

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 26 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark. Pro Monat. Eingetrag. in der Post-Regierungs-Verwaltung für 1894 unter Nr. 4919.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 20 Pf. Infolge für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 8. Februar 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Quittung.

Bei der Parteilasse gingen im Monat Januar folgende Beiträge ein:

Apolda, gesammelt in der rothen Wäsche des Restaurants Vorwärts 21,82. Auerbach i. V., Börse - 50. Adlershof-Köpenick, internationaler Prisenverein 14. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 200, (darunter gemäßigtes Familienfest Tempel's Hefkäse 15, - Schützschowski 3, -) 3. Kreis 200, - 4. Kreis (Ost) 500, (darunter Andreas W. 81, - Wellig u. Girsch 4,50, Tischlerei Kämmer, Kleine Frankfurterstraße 12, - Gesammelt durch Fig 3, -) 4. Kreis (Südost) 700, (darunter Gesangverein Sanges-Echo 20, -, Elatklub Tournee 5, - drei Porzellaner 0,55) 6. Kreis (Wedding) 200, (darunter eine Apfelsine bei Haserland 1,20, Neujahrsbär, Gesundbrunnen 1,43, durch Masche 3, -) 6. Kreis (Rosenthaler Vorstadt) 151,80 (darunter eine abgelebte Unterstützung 1,80) 6. Kreis (Moabit) 160, (darunter Gesangverein Steinmetze 10, - Vereinte Sangesbrüder 11,60, Sylvesterabend gesammelt bei Hermerichs 7, -) Berlin, div. Beiträge: P. S. 50, - A. B. 50, - Dr. P. W. 20, - Gef. auf einer Anekdote in Schöneberg 2,00, A. S. B. 20, - Haba 3, - Maskenball, Spinnmühlen-Gesellschaftshaus 3, - Tischlerwerkstatt von Heinrich und Brandenburger, Bergmannstr. 91, mit zwei Ausnahmen 6,75, Langhüter-Verein „Solidarität“ 5, - M. B. 75, - J. B. 25, - Luther-Worms 30, - Lokal „Freischütz“, Fruchtstr. 36a, ob Saal, amerik. Auktion einer Wurst 2,25, amerik. Auktion eines Wandteppichs 11,90, Sa. 14,15. Zur Feier des 27. Januar von einer Lehrerin 2, - Durch F. für einen Vortrag 10, - Drei v. Frege'sche grüne Jungens aus Moabit 3, - Wandklub „Grane Wolke“ 25, - Personal von Maurer u. Dimmig 45, - Kontobucharbeiter Rochstr. 5, - Grächter 5, - Personal des „Vorwärts“ 150, - Badische Druckerei, Werlathstraße 30, - Rothe Buchbinder, Grimstraße 5, - Technisches Personal Lessing-Theater 150, - Pfeiffer's Wäderei 1,20, Gesangverein Liedesfreier 30, - Pfeiferei Oranienstr. 9 mit einer Ausnahme 4,30, amerik. Aukt. Gesangverein Freiheit 4,10, Ein kleiner kräftiger Mother, Nettelbedstraße, 10, - A. B. 150, Student Liechstraße 3, - Puperkolonne Poppe 5, - Student 167 1, - Gesammelt am runden Tisch bei Nebelin - 20, Widiker, Breitestraße, 3, - Gesangverein Moabit, amerikanische Auktion 4,30, S. G. W. (darunter Sylvesterfeier 1,15) 5,15, Tagendbund 10,50, „Fieghen“ 25, - Amerikanische Auktion Pianoforte-Fabrik Hörs u. Ko. 3,50, Pflanzverein Wedding 3,50, Fendelung 2, - Beuth, Oberchl., gemäßig. Veismannstein 3,15, Bremen, B. C. 5, - Viefefeld, von organisierten Maurern 10, - Breslau, rothe Hochzeit, Sonnenstraße, 150, Bremen, vom rothen Jakobinerklub durch A. v. Cappeln 4,30, Bremerhaven 100, - Cottbus, Stammtisch Höper's Restaurant 10, - Grimmschau, Picknick des Gesangvereins Vorwärts 10, - Coburg 5, - Charlottenburg, rothe Geburtstagsfeier Wallstr. 6, 2,60, Dresden, Theaterproletariat 5,50, Dresden, Altstadt, G. Messing 300, - Dresden-Bieschen, gesammelt v. Harder'schen Genossen am Hohen Neujahr 1,20, Turlach, von sozialdemokratischen Arbeitern 30, - Gimsbüttel-Hamburg, Sportklub Proletaria 8, - Ewing, von den

rothen Jungens 2, - Gesammelt bei einer rothen Geburtstagsfeier 3,30, Sa. 5,30, Froburg i. S., S. Sch. 5, - Falkenberg (Oberchl.) 2, - Finsterwalder und Nebendorfer Genossen 10, - Forst i. L., v. Genossen 200, - Forst i. L., rother Geburtstag in Berge 1, - Bon N. S., Niesengebirge 1,50, Sa. 2,50, Glauchau, amerik. Auktion Gesang, Vorwärts 1,50, Gerzdorf bei Zwickau N. G. - 60, Gotha 100, - Gera, Beitrag der Genossen 50, - Gerzdorf (Hohenstein-Ernstthal), gesammelt von den lustigen Heringsbändigern 15, - Grafenraben i. Elfaß 1, - Hohenstein-Ernstthal, Ueberschlag der Sylvesterfeier 5, - Hagen, Ueberschlag der „Volkswacht“; 2. Rate 100, - Hannover 500, - Halberstadt 50, - Hamburg, v. e. sozialdem. Staatsbeamten 20, - Hamburg, Geburtstag bei Meyer, Zwickfeld 49 1,80, Hannover-Münden, vom Metallarbeiter-Stiftungsfest 4,80, Immenau, Ueberschlag v. Zigarrenten zum der Weisgerber 10,30, Niel, zu Weihnachten v. B. 10, - Köpenick, Ueberschlag der Laffallefeier 70, - Kellinghusen 31,29, P. Fr. G. 225, - Lübeck, Wahlkreis 200, - Leipzig, Gesangverein Volkstreuend 50, - Langenbielau, amerik. Aukt. 3,25, P. M. 300, - Ludenwalde, Wahlkreis Janch - Belgig - Jüterbog - Ludenwalde 60, - Müden-Lübbede, aus dem Wahlkreis durch den Vertrauensmann 20, - München, von einer rothen Hochzeit 8,81, Marburg, langer und runder Tisch 3,05, Nylau, Weihnachtsgeheim von einem rothen Schuster 3, - empfangen bei Jettweg 1,05; amerik. Auktion eines Stehtragens 2,55; Summa 6,60, Mannheim S. B. 50, - Nordische Wasserfontäne 20,000, Reudamm, zielbewusste Genossen 6, - Neu-Trebbin, Ueberschlag einer Versammlung durch Salomon 4,30, Oerlinghausen, von den rothen Gefellen 2, - Pforzheim, rothe Fahne 6, - Prenzlau, gesammelt auf einer rothen Kindtaufe 2, - Pohlitz, gesammelt durch F. M. bei H. am 20. Januar 3, - Quarth, gemäßigtes Kartenspiel - 50, Quedlinburg, B. 2, - Schwedt a. D. 100, - Stuttgart, aus Schwaben 300, - Sonnenburg (Neumarkt) Volksversammlung 3, - Steglitz, In 30, - Tremen, rothe Hochzeit 2, - Tempelhof, Ueberschlag vom „Wahren Jakob“ durch den Vertrauensmann 10, - „Vorwärts“ 4, Quortal 1893 8644,05, Verther 3000, - Wandabed 500, - Wandabed, amerikanische Auktion bei P. G. 3,50.

In der Quittung vom 10. Dezember 1893 Nr. 290 des „Vorwärts“ muß es unter den Beiträgen der Berliner Wahlkreise, 6. Kreis (Moabit) nicht heißen Theaterverein Nord 7,30, sondern Vergnügungsverein Nordmarch 7,30, abgeliefert durch Lewandowski. Ferner muß es in der Quittung vom 9. Januar 1894, Nr. 6 des „Vorwärts“, unter den diversen Berliner Beiträgen nicht heißen G. H. in Ch. d. Hd. 30, - sondern G. H. in Ch. d. Hd. 0,30.

Die Genossen von Fernerleben und Westerhüsen haben im Juni vorigen Jahres 100 M. zum Wahlfonds beigezeichnet. Diese Summe befindet sich unter den von der Expedition des „Vorwärts“ gesammelten Geldern und ist quittiert in Nr. 145 des „Vorwärts“ vom 23. Juni 1893.

Berlin, den 7. Februar 1894.
Für den Parteivorstand
A. Gerisch, Rathstr. 9, 1.

Das deutsche Auswanderungswesen im Jahre 1893.

Dem Reichstage ist soeben der Bericht über die Thätigkeit des Reichskommissars für das Auswanderungswesen während des Jahres 1893 zugegangen, der eine Reihe anziehender Thatfachen zur Erkenntnis der überseeischen Wanderbewegung bietet.

Es wird nicht viele Leute geben, die an die Richtigkeit des Bismarckischen Wortes glauben, daß die Wohlständigkeit die Ursache der zunehmenden Auswanderung sei. Es steht fest, daß die Flucht über das große Wasser zwar der haarfahne Ausdruck der Unzufriedenheit mit den heimischen Zuständen und die naturnothwendige Wirkung bestimmter wirtschaftlicher Vorgänge ist. Aber der Deutschlandmüde, der jenseits des Meeres sich eine neue Heimath gründen will - und der Zug nach Westen, nach den Gestaden der nordamerikanischen Union ist auch heute noch am stärksten -, muß in der Regel über einen Mindestbetrag von Mitteln verfügen, die ihm die Möglichkeit gewähren, nicht bloß die Fahrkosten zu bestreiten, sondern auch für den Anfang wenigstens eine wenn auch noch so geringe Baarschaft mit herüberzunehmen.

Die ländliche Bevölkerung und die Gruppen der Arbeiterschaft, die noch geschickte Arbeit verrichten, stellen das Hauptkontingent der Auswanderer. Kleinbauern des Ostens, Landarbeiter aus Pommern, Posen, Schlessen ziehen in hellen Schaaren aus dem paradiesischen Gebiete alt-preussischen Junkerthums, um sich in Amerika von den Segnungen patriarchalischer Zustände zu erholen. Im Königreich Preußen betrug der Durchschnittsah der Ausgewanderten im Jahre 1892 vom Tausend 249 der Bevölkerung. Wenn wir dagegen die einzelnen Provinzen betrachten, so ergibt sich, daß aus Westpreußen 9,33, aus Posen 8,83, aus Pommern 6,44 vom Tausend der Bevölkerung über deutsche, belgische und holländische Häfen ausgewandert sind. Wo die größten Kartoffeln der „armen Bauern“ wachsen, da ist der Trieb, sich von der Scholle zu lösen, am allerstärksten. Leider aber sind es nicht die Schnapsbrenner, Zunderfieber, Stärkemehlmacher und Kornwucherer, die den Staub von ihren Pantoffeln schütteln; die beste Kraft des platten Landes, fleißige Bauern, tüchtige Landarbeiter mit Weib und Kind gehen Deutschland verloren, dank dem herrschenden System der Massenauswanderung, vor der eben die Flüchtlinge entweichen. Im Jahre 1893 daselbe Bild! Es wanderten aus Preußen insgesammt 46 361 Personen aus, davon aus Westpreußen 6024, aus

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Alle Rechte vorbehalten.

Helene.

37

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Wjerotfschka ließ fort und fort ihre Signale erschallen und auch die übrigen Schwestern erhoben sich.

Nur Schwester Helene, die ihrer Freundin zunächst lag, rührte sich nicht.

Sie schloß fest, in übergroßer Ermattung, die sich in dem jungen Gesichte, das blaß und schmal geworden war, deutlich ausdrückte. Sofia schenkte ihr einen mitleidigen Blick, dann sagte sie an der Schulter, und ihr das wirre Haar aus der Stirne streichend, rief sie: „Steh' auf Helene, wir müssen uns fertig machen, steh' auf.“ Die Deutsche kann wieder nicht zu sich kommen, brummte die barmherzige Wittne, die eine orthodoxe Russin war, und eben, nach Osten gewendet, ein kurzes Gebet vollendet hatte.

„Schütten Sie ihr nur recht viel kaltes Wasser in's Gesicht,“ fügte sie hinzu, indem sie sich nach russischer Art bekränzte.

Sofia begnügte sich, sie stärker zu rütteln.

„Hörst Du, der Transport wird gleich da sein, es ist Zeit, auf, auf!“

Helene seufzte tief, streckte sich, seufzte wieder und wollte sich auf die andere Seite legen, aber Sofia hörte nicht auf sie zu rütteln.

„Daß - ja - ich komme schon,“ hauchte Helene, dann mit einer gewaltsamen Anstrengung über sich selbst, erhob sie sich und langte nach ihren Kleidern. Taumelnd that sie einige Schritte, stolperte über die Matratze, fiel darauf und blieb liegen. Sie war sofort wieder eingeschlafen.

„Ein wahrer Mehlack,“ entschied Schwester Wjerotfschka, die ihre Kutte bereits umgeworfen hatte und nun mit ihren plumpen Füßen über die Schlafende hinwegstieg. „Sie hat gar keinen Ehrgeiz.“

„Sie ist todmüde,“ entschuldigte Sofia, „sie konnte gestern Abend kein Glied mehr rühren.“

„O, wir auch nicht, wir alle nicht.“

„Gewiß, aber der Dienst ist für sie noch neu und der Jammer greift ihr ins Herz.“

Von Christus kommt uns die Kraft und er verleiht sie denen, die zu ihm beten,“ bemerkte Schwester Wjerotfschka in ihrer verdrossenen Art, indem sie sich abermals bekränzte.

Sofia antwortete nicht, sie stand bereits vor dem Waschtisch und begann ihre Toilette. Auch in den Tagen der anstrengendsten Arbeit fand sie die Zeit, sich sorgfältig zu reinigen. Sie büschelte ihre Hände und Nägel und kämmte aufmerksam das blonde, seideweiche Haar, das sie jetzt kurz verschitten trug. Sie zog ihr Kleid aus dunkler Wolle an, das stramm um ihren vollen Körper sich schmiegte, und am Arme, Allen erkennlich, die weiße Binde mit dem rothen Kreuze zeigte. Als ein weiteres Abzeichen trug sie ein goldenes Kreuz an einem blauen Bande am Halse.

Sie sah in dieser ersten Tracht schön und vornehm aus.

Jetzt trat die Oberin, Schwester Maria, aus ihrem Bette hervor. Alle begrüßten sie.

Zu ihrer Tracht unterschied sie sich in nichts von den Anderen, aber sie imponierte durch ihre ruhige Würde. Sie war nicht jung und nicht hübsch, ihr Haar war früh ergraut und ihre Haut gelb und runzlig geworden, aber aus ihren grauen Augen sprachen hohe Klugheit und Welt-erfahrung, und der strenge Mund war meist durch ein lebenswürdiges Lächeln verschönt. Sie war von einigen Schwestern gefürchtet, von vielen geliebt, von allen geehrt.

Sie wendete sich Helene zu und kniete an ihrer Seite nieder. Sanft streichelte sie das blasse Gesicht, dann sagte sie ruhig, aber entschieden:

„Stehen Sie auf, Schwester Helene.“

Und Helene riß die müden Augen gewaltsam auf und erhob sich von ihrem Lager.

Es fröstelte sie; als sie aber das eiskalte Wasser über Gesicht und Nacken goß, fühlte sie sich merklich erfrischt.

Sofia Alexandrowna war zum Fenster getreten und sah nach dem Thermometer.

„Es hat zwölf Grad Kälte und die schlechten Wege . . . die armen Verwundeten!“ rief sie bekümmert.

„Gott stehe ihnen bei,“ bemerkte die Oberin, wir werden doch nur ein Viertel davon behalten können . . . sie müssen weiter nach Siskowa.“

Dort soll bereits eine furchtbare Anhäufung von Kranken und Verwundeten sein.“

Dann müssen sie über die Donau.“

„O, Schwester Maria, wie Viele werden da unterwegs zu Grunde gehen!“ rief Helene, sich der Oberin nähernd - „diese Transporte sind mörderisch!“

Die Oberin nickte: „Leider.“

Wir haben keine Eisenbahnen, um die Verwundeten zu befördern, wir befinden uns in einem wilden, un-zivilisirten Lande.“

„Zu dem man mit den Waffen der Zivilisation kämpft, es ist entsehrlich!“

Die Oberin schüttelte lächelnd den Kopf, als könne sie diese Erregtheit nicht billigen. „Wir werden heute noch viel zu thun bekommen, Schwester Helene, es ist unsere Pflicht, kaltes Blut zu bewahren.“

Sofia trat auf sie zu und schloß die Freundin in ihre Arme.

„Muth, Helene, stähle Deine Nerven, wir müssen das Schlimmste ertragen lernen.“

Und sie drückte sie an sich und sah ihr mit einem so festen Blick in die Augen, als wolle sie in ihr die Heldin erwecken.

Es polterte über die hölzerne Treppe, zwei Schwestern traten herein. Sie schüttelten sich.

„Ach, die Kälte draußen, und hier ist es auch nicht warm, warum heißt Ihr nicht besser, wir erfrieren!“

Sie warfen sich, wie sie waren, in ihren Mänteln und ohne die schweren Stiefel ausziehen, auf die Matratzen und blieben da liegen. Zwanzig Stunden waren sie ununterbrochen auf ihrem Posten geblieben und hatten die schwerste Arbeit geleistet.

Die Oberin hatte sich mit dem Samowar beschäftigt.

Pommern 5080, aus Posen 6987, aus Brandenburg mit Berlin 6091.

Zum Jahre 1893 ist die Beförderung von Auswanderern über deutsche Häfen gegen die vorhergegangenen Jahre erheblich zurückgegangen. Während im Jahre 1890 243 288, 1891 289 228, 1892 241 595 Personen befördert wurden, betrug die Zahl der Auswanderer im Jahre 1893 nur 168 272. Die Ursachen dieses Rückgangs, so führt der amtliche Bericht aus, besonders so weit er Hamburg betrifft, dürften hauptsächlich in den Nachwirkungen der Cholera-Epidemie des Jahres 1892, der allgemein gedrückten Lage der Geschäftswelt und in dem aus gesundheitslichen Rücksichten erlassenen Verbote des Hamburger Senats, russische Auswanderer über Hamburg zu befördern, zu finden sein. Das Verbot blieb bis gegen Schluss des Jahres in Kraft, ist jedoch inzwischen für die russischen Auswanderer, die die in Kurland bei Spandan errichtete Untersuchungsstation und Desinfektionsanstalt passiert haben, aufgehoben worden. Der Anfall war beträchtlich, da die russischen Auswanderer einen großen Bestandteil der gesammten über Hamburg gehenden Auswanderung bilden, z. B. im Jahre 1892 fünfzig Prozent erreichten.

Indes, auch wenn man diese zwei Ursachen, die Nachwirkung der verheerenden Seuche und das Russenverbot, anschalet, so bleibt als eine bedeutende die Auswanderungsziffer beeinflussende Erscheinung der wirtschaftliche Niedergang übrig. Es haben sich die sozialen Verhältnisse im Jahre 1893 dermaßen verschlechtert, die chronische Krise lastete so schwer auf den meisten Erwerbszweigen, der Nothstand, den die Herren am Bundesrathstisch durch ihre kapitalistische Brille gar nicht oder nur „theilweise“ sehen, hat so um sich gegriffen, daß selbst die Zahl derjenigen, welche durch die Nothlage zur Auswanderung veranlaßt werden, aber noch so viel besitzen, um die Kosten der Auswanderung erschwigen zu können, in nicht geringem Maße zurückgegangen ist. Endlich kommt hinzu der ganz anderordentliche Nothstand in den Vereinigten Staaten, dem Hauptziele unserer Auswanderung, der jeden überlegenden Deutschlandmüden veranlassen wird, die Auswanderung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Hier reden die Thatsachen eine gar überzeugende Sprache; auch der Regierungsbericht kann sich dieser Veredsamkeit nicht völlig entziehen.

Hervorzuheben ist das, was der Bericht über die Zustände auf den Auswandererschiffen mittheilt. In der Presse und im Parlament sind die Leiden der Zwischendeckreisenden, das heißt der erdrückenden Mehrheit der Passagiere, oft und eindringlich genug dargestellt worden. Es hat sich herausgestellt, daß die Unternehmer die altbewährte Geldackpolitik, aus den Armen den höchstmöglichen Gewinn herauszuschlagen, mit Erfolg anwenden, daß die Leistungen, was die Unterbringung, die Kost, die Schlafräume, die Behandlung betrifft, nur zu oft sehr viel zu wünschen übrig lassen, und daß die bitteren Klagen, die hierüber laut werden, zumeist gerechtfertigt sind. Während die Reisenden der ersten und zweiten Kajüte in Brunnräumen untergebracht sind, und die Leckerbissen der Saison auf ihrer Tafel haben, geht es dem armen Teufel, der mit Hunderten im Zwischendeck zusammengedrängt ist, um so betrübender.

Der Bericht aber sagt: Eine erhebliche Verbesserung im Betriebe der Auswandererbeförderung ist darin zu erblicken, daß vielfach bei unvollständiger Besetzung der Schiffe, sofern dies nach der Bauart möglich ist, eine nicht belegte Abtheilung des Zwischendecks als Speiseaal für die Zwischendeck-Passagiere eingerichtet wird. Auch hinsichtlich der Verpflegung geschieht zur Zeit mehr als früher, wenigstens auf den nach Nordamerika gehenden Schiffen. Die Rhebereien gehen darin überall weit über ihre gesetzlichen Verpflichtungen hinaus. So erhalten die Zwischendeck-Passagiere zum Frühstück und ebenso des Abends kaltes Fleisch oder Wurst bzw. warmes Essen über den gesetzlich vorgeschriebenen Proviant. Den Wünschen des Reichskommissars hinsichtlich Einführung einer oder der anderen Verbesserung ist seitens der beteiligten Rhebereien in der Regel auf das Bereitwilligste entsprochen worden, wie auch jeder Ausbesserung, die etwa zu machen war, stets sofort abgeholfen wurde.

Der gute Wille des Herrn Reichskommissars in allen

Die Schülerin Petrowna Nikolajewna, ein junges, adeliges Fräulein, deren Begeisterung nur durch ihre Ungeschicklichkeit übertroffen wurde, stellte die Tassen zurecht.

In ihrem Eifer, gutes zu thun und sich möglichst nützlich zu machen, gab sie sich übergeschäftigt. Bei allem wollte sie dabei sein, und stand überall nur im Wege.

Sie hatte soeben eine Tasse herabgesetzt, die unglücklicherweise auf den Wasserkrug aufgefallen war, den sie — zufällig — hier stehen gelassen hatte.

Erschreckt blickte sie nach derselben, wobei sie den Krug umstieß, der — welcher ein Pech — noch ziemlich gefüllt war. Wie gut, daß der dicke Teppich das Wasser so völlig aufsog; auch die Tasse zeigte nur einen Sprung.

Sie erhob sich aus ihrer gebückten Stellung mit einem pfiffigen Lächeln.

„Ein Sprung, der kaum schon früher dagewesen sein,“ dachte sie.

Schon lange brodelte das Wasser, sie schenkte den Thee ein, aber da sie sich sofort die Finger verbrannte, mußte sie alles Uebrige Selene überlassen, und die Schwestern konnten somit, ohne weitere Unglücksfälle, ihr Frühstück einnehmen.

Da wurde Peitschengeknall und laute Rufe vernehmbar. Mäurer mit Fackeln, deren flackerndes Licht an der Zimmerdecke erschütterlich ward, räumten die Straße auf und nieder.

„Sie kommen!“ rief es.

Die Oberin trat an das Fenster und öffnete, um hinaus zu sehen.

Da ward die Thüre aufgerissen und eine kleine, mädchenhafte Gestalt wankte, tammelnd vor Erschöpfung, herein.

„Geht — helft — Wagen an Wagen — fast alle unverbunden — wir haben sie nur so aufgeladen —“ Ihre Stimme war rau und heiser, sie klang kaum menschlich.

„Tania!“ rief Sofia, „Du hast den Transport begleitet?“

Tania war in einen Sessel gesunken.

„Thee!“ rief sie mit trockenen, schier verdurstenden Lippen, „ich sterbe!“

Sie lehnte sich in den Sessel zurück und schloß die Augen.

Ehren! Jedoch seine Ansprüche an das, was wünschenswerth, sind wirklich nicht hoch. Und dann fragt sich immer, was und wie viel er trotz aller Gründlichkeit seiner Revisionen gesehen hat. Er hat ein viel zu großes Beobachtungsgebiet, ein Mangel, woran alle sozialpolitischen Behörden — man denke nur an die Gewerbe-Aufsicht — tranken, und er vermag nicht Alles zu beaufsichtigen. Und wie ist's mit den Vorkommnissen auf der Fahrt? Wer lehrt sich an die Beschwerden der Gelandeten?

Es wurden im Jahre 1898 über deutsche Häfen 168 272 Personen befördert. Davon gingen über Bremen 109 400 und über Hamburg 58 872 Personen.

Unter den über Bremen beförderten 109 400 Personen, von denen 39 852 Deutsche, 69 548 Ausländer waren, befanden sich 66 171 Personen männlichen und 43 229 Personen weiblichen Geschlechts. Hiervon waren 92 887 Erwachsene, 13 898 Kinder im Alter von 1 bis 10 Jahren und 8120 unter 1 Jahr alt. Von den Auswanderern reisten einzeln 48 171 Männer, 18 447 Frauen, ferner 44 781 Personen in 12 865 Familien. Die hohe Zahl allein auswandernder Frauen läßt sich daraus erklären, daß die heutige Wirtschaftsweise immer mehr die Frauenarbeit entwickelt und das Weib auf sich selbst stellt, sie selbstständig macht und in das Getriebe der Produktion hineinreißt.

Unter den über Hamburg beförderten 58 872 Personen, von denen 30 510 Deutsche und 28 362 Ausländer waren, befanden sich 34 325 Personen männlichen und 24 547 Personen weiblichen Geschlechts. Hiervon waren 47 244 Erwachsene, 8986 Kinder zwischen 1 und 10 Jahren und 2642 Kinder unter 1 Jahr alt. Von den Auswanderern reisten einzeln 20 817 Männer, 7452 Frauen, ferner 30 603 Personen in 9087 Familien.

Unter den über die deutschen Häfen insgesammt beförderten 168 272 Personen kamen 70 362 aus Deutschland. Von diesen gehörten ihrem Berufe nach an:

der Landwirtschaft	6 965	oder	9,8	pCt.
Industrie	15 191	„	21,4	„
dem Handel und Verkehr	5 800	„	8,3	„
der Arbeiterschaft	21 154	„	30,5	„
anderen Berufen (freien Berufen, öffentlichem Dienst)	1 600	„	2,3	„
ohne Beruf bezw. ohne Berufsangabe	19 572	„	27,7	„
zusammen 70 362 = 100 pCt.				

Die Wirtschaftspolitik kann aus diesen Zahlen lernen. Die Arbeiter der Industrie und der Arbeiter „stand“ überhaupt, wie sich das amtliche Schriftstück ungenau ausdrückt, — gemeint sind doch gewerbliche und ländliche Arbeiter — stellen den höchsten Prozentsatz Auswandernder. Es ist eine Lust zu leben in Deutschland.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Februar.

Im Reichstage fand heute eine Art Generaldebatte über die Vorgänge bei den Reichstagswahlen statt. Veranlaßt wurde die Debatte durch die vom Centrum und der Freisinnigen Vereinigung gestellten Anträge auf Abänderung des Wahlgesetzes. Die zwar nicht einschneidenden, aber einige Verbesserungen ermittelnden Vorschläge wurden in Abwesenheit des Bundesrathes verhandelt. Die Vertreter des Centrum, der Polen und der freisinnigen Gruppen traten für die vorliegenden Anträge ein. Der Sprecher unserer Partei, Bloß, legte dar, daß sie zwar zugunehmen seien, aber keineswegs genügen, alle Mißbräuche unumgänglich zu machen, er wies auch auf eine Reihe sonst nothwendiger Aenderungen des Wahlgesetzes, wie die Vermehrung der Wahlkreise, und die Festsetzung des Sonntags als Wahltag hin. Die rüpelhaften Angriffe des Antisemiten Gräfe auf unsere sächsischen Genossen und die Erklärung Möller's, daß seine Wahl ohne Wahlbeeinflussung stattgefunden habe, forderten Genossen Auer zu einer ebenso kräftigen wie überzeugenden Klarstellung der Verhältnisse in Sachsen und im Dortmunder Revier heraus. Genosse

Dieses kleine, überzarte Wesen war Tania Michailowna, eine Studentin der Medizin aus Petersburg. Sie hatte ein schmales, brünettes Gesichtchen mit scharf und lähn gezeichneten Brauen. Die etwas aufgestülpte Nase, die vorstehenden Backennochen, gaben ihr ein echt slawisches Gepräge. Sie wurde schön, sobald sie die Augen aufschlug.

Jetzt hielt sie sie noch immer geschlossen und das rabenschwarze Haar, das kurz geschnitten in diesen Büscheln ihr in die Stirne fiel, ließ sie unheimlich blaß erscheinen: sie glich einer Sterbenden.

Selene hatte sie angstvoll umschlungen, während Sofia ihr eine Tasse Thee zum Munde führte.

Sie schlürfte ihn gierig, obgleich sie den Mund kaum öffnete.

Die Schwestern durften nicht länger bei ihr verweilen und so war Petrowna Nikolajewna, die indess die ganze Apotheke in Unordnung gebracht hatte, um stürzende Tropfen zu finden und sie doch nicht fand, angewiesen, sich weiter um sie zu bekümmern.

„Aber Sie dürfen ihr kein Medikament eingeben,“ lautete die strenge Verordnung der Oberin.

Eine kleine Vergiftung war bei Petrowna's Herzengüte und Hilfsbereitschaft durchaus nicht ausgeschlossen.

Noch glänzten die Sterne am Himmel, als die Schwestern vor's Haus traten, und der volle Mond neigte sich gegen das Kuppeldach der kleinen Moschee, die sammt dem schlanken Minarett sich dunkel abhob von dem klaren, sternhellen Himmel. Die Luft war kalt, von den Bergen wehte es schwarz herüber.

Die Schwestern achteten nicht darauf, aber sie verspürten die belebende Wirkung.

Die Straße war angefüllt mit schreienden Menschen, die den Sortirungsbaracken entgegenliefen; die Schwestern schlossen sich ihnen an.

Auf der Landstraße sah man eine ganze Kolonne von Wagen herankommen.

Zumeist Telega's, das landesübliche Dreigespann, das man, da die Sanitätswagen nicht im entferntesten anreichten, von den Einwohnern entlehnte.

Aber auch die Telega's wurden zu wenig und man mußte zu schwerem Fuhrwerk seine Zuflucht nehmen.

Die Wagen hatten die fünfundsiebenzig Werst rasch zurückgelegt. Sie polterten über die gefrorenen angefahrenen

Ulrich wies seinen nationalliberalen Landtmann Stamm zurecht und beleuchtete die Wahlbeeinflussungen in Hessen. —

Die deutsche Dahomey-Expedition ist durch die amtlichen Berichte, mit deren Veröffentlichung nicht länger gezögert werden konnte, in ihrer ganzen Ausdehnung festgestellt worden. Es ist kein Zweifel mehr: Beamte des Deutschen Reichs, angebliche „Träger der Kultur“, haben sich schlimmer benommen, als die schlimmsten Barbaren; sie haben ein Verbrechen an der Menschheit verübt und dem Ruf Deutschlands einen schweren Schlag versetzt. Angesichts dieser Thatsache, haben wir zu fragen: warum hat die Reichsregierung mit der Veröffentlichung der amtlichen Berichte so lange gewartet? Und welche Schritte hat sie gethan, um die Urheber und Mitschuldigen dieses Verbrechens und dieser beispiellosen Beschimpfung des deutschen Namens zur Verantwortung und Strafe zu ziehen? —

Ueber den deutsch-russischen Handelsvertrag äußert sich die konservative Presse ziemlich kleinlaut. Die Konservativen scheinen den Glauben daran verloren zu haben, daß die Annahme des Vertrages sich noch verhindern läßt. —

Der Bund der Landwirthe scheut die Dessenlichkeit. Die Herren, welche für die nicht geheime Stimmabgabe „ihrer“ Landarbeiter eintreten, halten die diesjährige Generalversammlung des Bundes hinter verschlossenen Thüren ab, sie lassen keine Berichterstatter zu und mutmaßen den Zeitungen zu, einen von ihnen selbst redigirten Bericht aufzunehmen. Die Herren fürchten wohl nach unjener Information nicht mit Unrecht, daß der Entrüstung gegen die Leitung des Bundes, speziell gegen den Herrn Bloß und Suchland offen Ausdruck gegeben und daß über die Agitation gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag sehr abfällig geurtheilt werden wird. Dazu kommt noch die Opposition der Antisemiten und der alten Bauernbündler. Die Geheimnißkammer wird den Herren nicht viel nützen, sie wird nur das allgemeine Gefühl, daß der Bund der Landwirthe den Höhepunkt seines Einflusses überschritten hat, bestärken. Die geplante Gründung eines neuen Bauernbundes und die zahlreichen Angriffe aus den Kreisen der Mitglieder auf die Leitung des Bundes lassen diese Auffassung berechtigt erscheinen. — Auf der Tagesordnung der Generalversammlung stehen folgende Punkte:

1. Begrüßungswort vom ersten Vorsitzenden, Herrn v. Bloß.
2. Geschäftsbericht, erstattet vom Herrn Direktor Dr. D. Suchland.
3. Rassenbericht, erstattet durch die hierzu bestimmte Kommission, und Decharge für das Rechnungsjahr 1899.
4. Beschlusfassung über die Aenderungen der Satzungen, wie solche in dem an die Herren Bezirksvorsitzer vertheilten Entwurfs enthalten sind. Referent der 2. Vorsitzende Herr Dr. Blöcke. (Der Entwurf wird auch auf besonderen Wunsch den Herren Ortsvertrauensmännern zugefandt, woselbst ihn die einzelnen Mitglieder einsehen können. — Die Einsichtnahme und Abhebung des Entwurfs steht den Mitgliedern in unserem Bureau offen.)
5. Vorträge: a) Der russische Handelsvertrag und die Währung. Referenten die Herren: Dr. von Frege, Kay und Lude. b) Die organische Reform der Wörze. Referenten die Herren: Oberamtmann Ring und Dr. Diederich Hahn. c) Die Presse und der Bund. Referenten die Herren: Freiherr von Wangenheim, Dr. Blönnis und Zelge.

Und all' dies soll in — vier Stunden erörtert werden. Geschwindigkeit ist wohl keine Hexerei, aber hier sicherlich Volksbetrug. Unsere Leser können übrigens versichert sein, daß trotz der Vorfrist der Leitung des Bundes der Landwirthe uns ein Bericht über die Versammlung zugehen wird. —

Zur wirtschaftlichen Nothlage. In der vorgestrigen Nummer des „Dresdener Anzeiger“, eines Amtsblatt's, finden sich zwei Notizen:

Chemnitz, 2. Februar. Daß das Jahr 1899 für die Wirkwaren-Industrie nicht erfreulich war, ist schon wiederholt gemeldet worden. Einen sprechenden Beweis dafür lieferte namentlich auch die Zusammenstellung der Ausführungsergebnisse aus dem Bezirke des hiesigen amerikanischen Konsulates. Die deutsche Reichsstatistik, die jetzt vorliegt, verzeichnet im Jahre 1898 folgende Ausfuhr an Strumpfwaren gegenüber dem vorhergegangenen Jahre. Es wurden ausgeführt:

Geleise dahin, unter dem Geschrei und Geföhne der Verwundeten, die pelo mäle, wie man sie vom Schlachtfelde aufgesellen hatte, darin zusammengeworfen lagen.

Jeder Stoß brachte ihnen die entsetzlichen Qualen, und sich gegenseitig bedrängend, war einer von dem Blute des andern besudelt.

Die Wagen fuhren an die Zelte des Kriegshospitals heran und an die Sortirungsbaracken der Ambulanz des rothen Kreuzes, eine doppelreihige Quene bildend.

Der Plah vor der Baracke war mit Fackeln erleuchtet, und als die Schwestern ankamen, fanden sie die Kerze und Feldscherer und das gesammte Unterpersonal um die zuerst Angelangten versammelt.

Die Diener hoben die Verwundeten von den Wagen, um sie auf die bereit gestellten Bahnen zu legen und zur Sortirung zu bringen. Einige waren bereits gestorden, andere hauchten unter den sie annehmenden Händen den letzten Seufzer aus.

Man warf sie bei Seite, ohne sie genauer zu untersuchen.

Wahrhaftig, man hatte genug und Übergang mit denen zu thun, die man noch retten konnte.

Es fehlte an Bahnen und Trägern. Die Sortirungsbaracke war überfüllt und man legte die Verwundeten einzuwickeln um dieselbe herum auf den kalten, gefrorenen Boden.

Schon hieß es, daß die Mehrzahl wieder aufgeladen werden müsse, um nach Siftowa weiterzufahren.

Da erhob sich lautes Geschrei, Weinen und Flehen. Sie könnten nicht weiter, sie könnten nicht! Da möge man sie lieber gleich umbringen, als ihre Leiden verlängern.

Und Alle wimmerten und flehten um Wasser, weil sie verschmachteten.

Die Labemittel waren zur Stelle und die Schwestern eilten von Einem zum Andern, um sie mit Thee und Wein zu erquickeln.

Und sie begaben sich in die Wagen, zu den Erschöpften, oft gräßlich Verstümmelten, die einen entsetzlichen Geruch verbreiteten, um ihre verdurstenden, fieberheißen Lippen zu wehen.

(Fortsetzung folgt.)

an Strumpfwaren	1892	1893	Ausfuhrwerth
	Doppelzentner	Doppelzentner	1893
baumwollene	86 366	88 082	52 801 000 M.
seidene	718	656	4 592 000 "
halbseidene	1 898	1 402	3 865 000 "
wollene, unbedruckt	88 968	85 290	29 997 000 "
bedruckt	283	503	478 000 "
Summa	127 663	125 853	91 233 000 M.

Es ist also ein Rückgang in der Ausfuhr um 1810 Doppelzentner oder 1,4 pCt. eingetreten. Die beiden Haupt-Exportgebiete sind England und die Vereinigten Staaten, und zwar gingen im Jahre 1893 an Strumpfwaren nach England 20 855 Doppelzentner oder 16,3 pCt. und nach den Vereinigten Staaten 44 798 Doppelzentner oder 35 pCt. der Gesamtausfuhr. Während z. B. im Jahre 1892 nach 44 667 Doppelzentner baumwollene Wirkwaren nach Nordamerika verschifft worden waren, sind im Jahre 1893 davon nur 42 241 Doppelzentner dahin gegangen. Nach dem fallen Geschäftsgange, der in den Fabriken herrscht, hätte man noch ungünstigere Ergebnisse erwarten können. Das der Rückgang nicht auffallender ist, liegt nur daran, daß die ersten Monate des vergangenen Jahres ein ziemlich lebhaftes Geschäft gebracht hatten.

Dieses ziemlich lebhaftes Geschäft gründete sich auf die ins Wasser gefallene Hoffnung, die Mac Kinley-Bill werde sofort abgeschafft werden.

Aus dem Industriebezirk Klingenthal und Umgebung schreibt man: Die Erwerbsverhältnisse des Bezirks weisen seit einiger Zeit wieder einen ständigen Rückgang auf. Die Textilindustrie ist ungenügend beschäftigt, weil sie abseits auf den Absatz nach Amerika angewiesen ist. Alle Anstrengungen, andere Absatzgebiete zu erschließen, so ermutigend von Zeit zu Zeit auch die Erfolge sind, können dem Niedergang des Geschäftes nicht aufhalten, sobald die amerikanischen großen Aufträge fehlen. Und das ist wieder einmal der Fall. Die Hoffnung auf Abwendung des Unglückes, die Krisis in Nordamerika und die südamerikanischen Wirren sind es hauptsächlich, welche den Gang des hiesigen Geschäftes ungünstig beeinflussen. Die Hoffnungen, welche sich an den Präsidentenwechsel in den Vereinigten Staaten knüpfen, haben sich ganz und gar nicht erfüllt. Unsere Textilindustrie ist jetzt und bleibt es auch — ein Spielball amerikanischer Einflüsse. Für die fortwährende Benützung des Handels sorgt doch schon die geringe Stabilität der Regierungsform. In alledem kommt noch, daß die hiesige Industrie nur noch auf Massenbetrieb und Massenproduktion eingerichtet ist, daß selbst große Aufträge mit Hilfe aller erdenklichen Maschinen in unglaublich schneller Zeit bewältigt werden. Bleiben diese großen Aufträge aus, was jetzt der Fall ist, so tritt sofort eine geschäftliche Krise ein. Selbst größere Betriebe lassen nur noch halbe Tage arbeiten, die gänzliche Einstellung der Arbeit ist, wenn nicht bald eine Besserung eintritt, nur noch eine Frage der aller nächsten Zeit. Schwere Schädigung der Arbeitgeber und bittere Noth der Arbeiter ist die stetige Folge derartiger Perioden. — Die Erfahrungen der letzten Jahre erfordern gewissermaßen die Einführung noch eines anderen Industriezweiges, damit bei ähnlichen Störungen wie im Jahre 1891/92 und jetzt nicht jede Gelegenheit zum Erwerbe abgeschnitten ist. Die Folgen der 1891/92er arbeitslosen Zeit sind noch nicht überwunden, möge eine gleich schwere Periode nicht schon wiederkehren.

Eines Kommentars bedarf diese Notiz so wenig wie die andere. Sie bestätigt Alles, was unsere Vertreter voriges Jahr in der Notstandsdebatte über die thörichten Hoffnungen, die man damals auf Amerika setzte, gesagt haben. Was die „Einführung eines anderen Industriezweigs“ betrifft, der mit der Textilindustrie abzuwecheln, gewissermaßen die Pausen derselben ausfüllen soll, so ist das ein frommer Wunsch, der nur großer Naivität oder Geschäftsunkenntnis entspringen konnte. Die eine Industrie wartet nicht mit ihren Pausen, bis für die andere eine „stille Zeit“ anfängt — in 9 Fällen von 10 werden die „Pausen“ der zwei Industrien gleichzeitig eintreten und die „stille Zeit“ wird vermuthlich für beide ganz ausbleiben. Derartige Luftschlöffer zeigen so recht deutlich die Rathlosigkeit der kapitalistischen Geschäftswelt. — In der Nummer des „Dresdener Anzeiger“, die obige 2 Notizen enthält, sind außerdem 88 Konkurse, d. h. amtliche Zahlungenstellungen aus dem deutschen Reich verzeichnet. Genug für einen Tag!

Die internationale Sanitäts-Konferenz ist heute in Paris zusammengetreten. —

Die Fälschung der Emser Depesche wird jetzt von einigen, auf die Unwissenheit spekulirenden Bismarck-Reptilien versucht in Anknüpfung an einen Artikel, den der französische Deleantist Keratin im „Figaro“ veröffentlicht hat. Dieser Artikel, dessen Zweck es ist, Napoleon und seine Leute als Verderber Frankreichs hinzustellen, bringt keine einzige neue Thatsache, und bestätigt obendrein ausdrücklich, daß die Emser Depesche gefälscht war. — Dies genügt zur Kennzeichnung des neuesten Versuches, die Bismarck'sche Depeschefälschung wegzufälschen. —

Der österreichisch-ungarische Handelsvertrag. Die Antwort auf die österreichischen Handelsvertrags-Vorschläge ist bereits fertig gestellt und geht in diesen Tagen nach Wien ab, so daß der Abschluß des russisch-österreichischen Handels-Vertrages bereits Anfang März erfolgen dürfte. —

Der Landtag des kleinsten österreichischen Kronlandes, des ultramontanen Vorarlbergs, hat in seinem Wehrausschuß die Landwehroverle der Regierung in einer Weise amendirt, die erwähnenswerth ist; er hat nämlich beschlossen, daß diejenigen Landwehrmänner für unfähig erklärt werden sollten, Offiziers- oder Unteroffiziersstellen zu erhalten oder beizubehalten, welche Soldaten mißhandelt haben oder sich an einem Duell betheiligen. Die österreichische Regierung wird natürlich alle Hebel in Bewegung setzen, um einen gleichlautenden Beschluß des Landtages zu verhindern. Gehört doch trotz aller Ablehnungen Soldatenschänderei und Duell zum militärischen Sitten. —

Einen fürchterlichen Anarchisten hat unser französisches Bruderorgan, der „Parti Ouvrier“ entdeckt — einen schrecklichen Menschen, der in der zynischsten Weise das Recht des Individuums gegenüber der Gesellschaft betont, der mit einer, eines Napoleon würdigen Roheit das Gesetz als das abschändlichste Mittel der Vergewaltigung und der Ausbeutung denuntziert und das Gesetz einen Feind des Gemeinwohls nennt, weil es „den Raub zum Recht, und die Abwehr des Raubes zum Verbrechen gestempelt hat“. Und dieser abschändliche Mißthäter? Zu seinem Glück ist er schon tobt, so daß man ihn nicht mehr ins Buchstaben oder auf's Schaffot bringen kann. Er heißt Bastiat. Wie Bastiat? Ja, der Bastiat, — der Apostel des Manchesterthums und Nährvater des biedereren Schulze-

Delisch, der gar keine Ahnung davon gehabt hat, was für eine Schlinge es war, von der er seine national-ökonomische Harmonie-Weisheit bezog!

Scherz bei Seite: bei der fundamentalen Ideen- und Anschauungsgemeinschaft des Kapitalismus und des Anarchismus ist es selbstverständlich, daß die Ideologen des Kapitalismus und des Anarchismus sich vielfach begegnen und dieselbe Form für denselben Grundgedanken finden. Wer Zeit hätte, könnte leicht den Beweis führen, daß alle, alle spezifisch anarchistisch geltende Sätze nur Plagiate kapitalistisch-manchepterlicher Originale sind. —

Parteinachrichten.

Die sächsische Polizei sucht ein neues Mittel in Anwendung zu bringen, die Sozialdemokratie zu vernichten. Sie versucht nichts mehr und nichts weniger, als die ganze sozialdemokratische Partei als einen Verein im Sinne des sächsischen Vereinsgesetzes zu betrachten und in Zukunft als solchen zu behandeln. Die Chemnitzer sozialdemokratischen Parteigenossen halten in kurzen Zwischenräumen Parteiverfassungen ab, in denen sie — wie dies eben überall gehandhabt wird — ihre Angelegenheiten ordnen und zu diesem Behufe wohl auch Komitees oder Kommissionen wählen. Es besteht aber keinerlei Organisation zwischen den Angehörigen der sozialdemokratischen Partei im Sinne des Vereinsgesetzes. Jeder, der unsere Ideen für richtig hält und für dieselben eintritt, ist Sozialdemokrat, ist Parteigenosse. Der Einzige, der die Parteigeschäfte fortlaufend leitet, ist der Vertrauensmann. Gegen diese Art unserer Organisation wurde bisher noch von keiner Behörde vorgegangen. Jetzt plötzlich aber sendet der Chemnitzer Polizeidirektor dem Vertrauensmann Genossen Trinschler ein Schreiben folgenden Wortlauts:

Wie sich aus dem Polizei-Amt vorliegenden Berichten mit genügender Sicherheit ergibt, besteht hier unter Ihrer Leitung eine Vereinigung von Personen, welche sich gemeinsam mit öffentlichen Angelegenheiten befassen und zu diesem Behufe in Versammlungen, wie solche zuletzt am 30. Juli, 1. Oktober, 12. November und 9. Dezember vorigen Jahres abgehalten worden sind, einen Vertrauensmann, Rechnungsdirektoren, Kommissionen, Komitees, Delegirte wählen, sich von den Gewählten Berichte erhalten lassen, über Ausschluß und Wiederaufnahme von Mitgliedern Beschlüsse fassen und zu einer gemeinschaftlichen Kasse steuern, über welche von Zeit zu Zeit Rechnung abgelegt wird.

Diese Vereinigung ist als ein Verein im Sinne des § 19 des Gesetzes vom 22. November 1850 anzusehen.

Es wird daher Ihnen als dem Leiter dieses Vereins hiermit aufgegeben, binnen vier Wochen von Empfang dieses angedruckten der Statuten des Vereins und ein Verzeichnis der sämtlichen Mitglieder desselben unter genauer Angabe des vollen Namens, des Standes und der Wohnung der Mitglieder anher einzureichen.

Das Polizei-Amt.

Wir sind gewiß starke Stückchen von Sachsen gewöhnt, dieses neueste Attentat auf das Vereinsrecht ist selbst im Lande Bismarcks etwas Ungehöriges. Wir enthalten uns vorläufig jedes weiteren Kommentars und warten ab, welche Schritte die Chemnitzer Parteigenossen unternehmen werden. Bemerken wollen wir nur noch, daß es — selbst in Sachsen — schwer halten dürfte, einen Gerichtshof zu finden, der das Vereinsgesetz in dem Sinne des Chemnitzer Polizeidirektors interpretiren würde, so daß eine Partei, die in ganz losem Zusammenhange steht, dem Vereinsgesetz unterstellt werden könnte.

Die Agitationskommission der Provinz Schleswig-Holstein, des Herzogthums Lauenburg, des Fürstenthums Lübeck und der Hansestadt Hamburg macht bekannt, daß laut des Beschlusses des letzten Provinzial-Parteiorgans die Kommission sich in Neumünster konstituirte hat. Alle für die Kommission bestimmten Briefe sind zu richten an H. Pinau, Johannistr. 7, alle Geldsendungen nur an W. Vogt, Viehlstr. 19, beide in Neumünster.

In 15 öffentlichen Versammlungen, welche unsere Hamburger Parteigenossen einberufen haben und die alle am Freitag Abend stattfinden, sollen Stellung nehmen zu der Hamburger Verfassung, die neuen Steuervorlagen und den Nothstand. Durch Verbreitung von einigen tausend Flugblättern ist, wie wir gestern bereits mittheilten, die Hamburger Bevölkerung auf die Versammlungen vorbereitet worden.

Von Hamburg geht uns folgendes Schreiben zu: Hamburg, 6. Febr. Die Berliner Anarchistisch-unabhängigen scheinen in letzter Zeit versuchen zu wollen, auch in Hamburg für ihre konfuse Ideen Propaganda oder auch nur — Geld zu machen. So war zum Freitag voriger Woche eine Versammlung hier in Lütjens' Stabliement angeündigt, in welcher Herr W. Werner aus Berlin als Referent erscheinen sollte. Diese Versammlung wurde leider von der Hamburger Polizeibehörde nicht gestattet, weil „sie befürchtete, die öffentliche Ruhe möchte gestört werden“. Daraus wurde von den betreffenden hiesigen Hintermännern zu demselben Abend eine andere Versammlung in demselben Lokal mit einem Herrn Spöhr-Berlin angemeldet. Doch auch diese wurde aus demselben Grunde von der Behörde inhibirt. Nun wendeten die unabhängigen Anarchisten ihre Schritte nach Altona. Dort hat denn auch gestern Abend in Meißner's Klub- und Ballhaus eine öffentliche Versammlung stattgefunden, in welcher Herr Spöhr aus Berlin als Referent erschien. Das von dem Einberufer vorgeschlagene Bureau wurde von der Versammlung kurzer Hand abgelehnt und dann ein solches unserer Parteigenossen inofficiell. Es war ein Verdict, das von Sp. vorgebrachte alberne und konfuse Zeug zu widerlegen, was denn auch in gründlicher Weise von sozialdemokratischen Rednern geschah. Dadurch war in Hamburg-Altona der Anarchismus für dieses Mal eingekerkert. Das durch Entree erhobene Geld sollte laut Beschluß der Versammlung Verwendung zur Unterstützung der Arbeitslosen finden. Es bedurfte einiger Nothigung, bis die Einberufer sich dazu bequemen, dem Wunsche der Versammlung nachzukommen und den Ueberschuß herauszugeben.

Zum Wohlthut der Stuttgarter Liederhalle brachten wir in unserer Nr. 18 vom 23. Januar eine Notiz, in der es mit Bezug auf die Buchdrucker hieß, daß namentlich sie es seien, die nach wie vor diese Mäuschleiten denutzen. Die Notiz war einem längeren Artikel der „Frankfurter Zeitung“ entnommen; jedoch enthielt auch die „Schwabische Tagwacht“, unser Stuttgarter Parteiorgan, eine ähnlich lautende Notiz. Es ist nun von dem Stuttgarter Buchdruckerverein weder uns eine Wichtigkeit zugegangen, noch ist uns eine solche in oben genanntem Partitribunal begegnet. Erst durch Zufall erlangten wir Kenntniß von einer Art Verächtlichkeit, die im „Correspondent“ (Organ der deutschen Buchdrucker) vom 31. Januar enthalten ist, und zwar erst, nachdem bereits in demselben Blatt vom 4. Februar wir an die Wichtigkeit gemahnt worden waren. In besagter Verächtlichkeit unserer Notiz wird ausgeführt, daß die Gewerkschaft der Stuttgarter Buchdrucker als solche mit der Nichtachtung des Wohlthut nichts zu thun habe, sondern daß das nur zuträffe auf die im Gesangsverein „Gutenberg“ befindlichen Buchdrucker. Wir nehmen von dieser Nichtachtung gern Notiz, obwohl wir ja thatsächlich nur von „Buchdruckern“ nicht von der „Gewerkschaft“

gesprochen hatten. Wir hätten dies früher gethan, wenn wir von der Notiz im „Correspondent“, der uns nicht zugestellt wird, Kenntniß gehabt hätten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Freigegeben, nachdem sie 7 Monate beschlagnahmt gewesen, wurde die Schrift des Genossen A. Hoffmann: „Die Sozialdemokraten kommen.“ Die Beschlagnahme wurde von der Staatsanwaltschaft Ramburg beantragt. Das Landgericht sowohl als das Oberlandesgericht lehnte jedoch die Verfolgung ab.

Soziale Uebersicht.

An die Vorstände der Gewerkschaftskartelle Deutschlands. Unterzeichnete Kommission richtet an die Vorstände und Vertrauensleute das dringende Ersuchen, doch dafür zu sorgen, daß in Städten, wo noch keine Kellnervereine bestehen, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, Vereine gegründet werden. Zum Wenigsten dafür einzutreten, daß in den größeren Städten öffentliche Kellnerversammlungen mit der Tagesordnung: „Der im März stattfindende Kongreß der im Gastwirthsgewerbe beschäftigten Personen“ abgehalten werden. Es ist sehr bedauerlich, daß uns auch nicht aus einem Orte Deutschlands eine Inschrift in dieser Sache zugegangen ist, trotzdem im „Correspondenzblatt“ wie auch in sämtlichen Partei- und Gewerkschaftsblättern unser Aufruf gestanden hat. Sollen die Kellner das Stillsitzen der Gewerkschaften sein? Wir verweisen hier auf den Beschluß des Jahreskongresses der Gewerkschaftskartelle: „beschließt der Kongreß, daß die Vertrauensmänner der organisierten Gewerkschaften in kürzester Zeit dafür zu sorgen haben, daß die Kellner in allen Städten, wo es möglich ist, Kellnervereine gründen und ist hierüber dem nächsten Kongreß Bericht zu erstatten.“

Diesem Beschlusse ist bis dato auch nicht im geringsten nachgekommen worden, und ersuchen wir nochmals dringend, uns in unserem Kampfe zu unterstützen.

Die Kongreßkommission.

J. A.: R. Hoffmeyer, Große Prinzenstr. 40, Altona.

An unsere Berufsgenossen! Bezugnehmend auf unseren Aufruf in der „Freiheit“ vom Sonntag, den 4. Februar, und im „Vorwärts“ vom Dienstag, den 6. Februar, theilen wir unseren Kollegen hierdurch mit, daß wir nur diejenigen Kollegen, welche sich bis jetzt im Streikbureau gemeldet haben, als solche betrachten können, welche nach Beendigung des Streiks und infolge desselben noch außer Arbeit, und daher unterstützungsbedürftig sind. Wir müssen annehmen, daß die Zahl der aus oben angeführtem Grunde arbeitslosen Kollegen keine größere ist, und können daher auch die später sich Meldenden nicht weiter berücksichtigen. Am Sonnabend, den 10. Februar, werden wir die in unserem Besitze befindliche Summe an die obigen Kollegen zur Auszahlung gelangen lassen, und ersuchen wir daher dieselben, sich an diesem Tage im Lokal von Riesel, Schützenstr. 58, einzufinden.

Das Agitationskomitee

der Droschkentulcher Berlins und Umgegend.

J. A.: H. Schulz.

Achtung, Kutscher! Am Freitag, den 9. d. M., Abends 10 Uhr, findet Johannistr. 20 eine Versammlung sämtlicher Kutscher Berlins statt, in der Genosse Räther über das Thema: „Was lehrt uns der letzte Droschkentulcher-Streik?“ referiren wird. Kollegen! Wir ersuchen Euch, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen, um gemeinsam zu berathen, wie solchen Niederlagen für die Zukunft weichen werden. Ein Jeder wird wohl das Gefühl haben, daß wir an einem Wendepunkt in unserer Bewegung angelangt sind, daß das patriarchalische Verhältnis zwischen Kutscher und Herrn aufgehört und wir fast vollständig in die Gewalt unserer Arbeitgeber verfallen.

Hier kann nur ein solidarischer Ausbau unserer Organisationen helfen und um den herbeizuführen, ist es Pflicht eines jeden Kutschers, in welcher Branche er auch thätig sei, in der obigen Versammlung zu erscheinen. Otto Rang.

Ein Streik der Leipziger Orthopäden ist in Sicht. Wenigstens sollen die Herren Ärzte, die von so „hohem“ Standesbewußtsein erfüllt sind, daß sie den Verkehr eines ihrer Kollegen mit Naturheilkundigen für eine Kränkung ihrer Ehre halten, mit einem solchen Streik gedroht haben, falls der Vorstand der Orthopäden nicht davon Abstand nimmt, zwei Vertrauensärzte angustellen, deren Aufgabe es wäre, die ärztliche Behandlung zu kontrolliren.

Gegen das Innungsschiedsgericht, welches die Glaserinnung von Frankfurt a. M. errichten wollte, war seitens der Arbeiter mit großer Entschiedenheit protestirt worden. Der Magistrat verweigerte seine Zustimmung, weshalb die Innung sich an den weiter zuständigen Bezirksausschuß in Wiesbaden wandte, der aber ebenfalls für Ablehnung sich aussprach, da die Arbeitnehmer nur unwillig bei dem Innungsschiedsgericht mitwirken würden, wodurch die Arbeiter erschwert und der Vortheil illusorisch gemacht werde. Der Standpunkt erscheint uns sehr richtig; es läßt sich nach Errichtung der Gewerbegerichte erst recht kein vernünftiger Grund mehr beibringen für die Privilegien der Innungsbrüder.

Arbeiterrisiko. In einer Sandgrube bei Brück (Kreis Mühlheim a. Rh.) wurde ein etwa 60jähriger Arbeiter durch eine an der Arbeitsstelle abdrückende Bodenmasse bis an die Brust verschüttet. Als ein Mitarbeiter hinzuprang, um ihn aus seiner gefährlichen Lage zu befreien, folgte ein zweiter Abruch und bald darauf ein dritter. Der verschüttete Arbeiter war gänzlich von dem Sande bedeckt; er wurde als Leiche am Tageslicht geschafft. Der zweite Arbeiter hatte einen Beinbruch erlitten. — Aus der Notiz geht hervor, daß an der Arbeitsstelle alle Schutzmaßregeln fehlten.

Arbeiterrisiko im Wägenergewerbe. Zur Erläuterung und Ergänzung der ausgedehnten Fragebogen wird am 14. Februar im Reichsamt des Innern eine Konferenz abgehalten werden, zu welcher verschiedene Innungen Vertreter senden wollen. Wie die „Wägener- und Konditor-Zeitung“ erfährt, ist auf Veranlassung des Ministerialdirektors v. Rottenburg auch die Einladung an den Verband der Wägener und die Zentral-Krankenkasse in Dresden ergangen, welche ersucht sind, ihrerseits ebenfalls je zwei Delegirte zu schicken.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Wien, 7. Februar. Heute fanden hier zwei von Sozialdemokraten einberufene Versammlungen Arbeitsloser statt, die eine derselben verlief ruhig, die andere wurde wegen der Ausfälle eines Redners gegen die derzeitige Gesellschaft von der Behörde aufgelöst.

(Depeschen des Bureau Verold.)

Wien, 7. Februar. In einer heute Nachmittag im Vororte Perchenfeld stattgefundenen Arbeitslosen-Versammlung schilderte der Arbeiter Rautsky die jammervolle Lage der Arbeiter und wies kritisch nach, daß die Zahl der Arbeitslosen in Niederösterreich allein 350 000 Mann betrage; in Wien seien 100 000 Arbeiter ohne Beschäftigung. Rautsky behauptete, an diesen Zuständen seien die bestehenden Klassen schuld und es könne nicht eher Besserung herbeigeführt werden, bis nicht die gegenwärtige Gesellschaftsordnung vollständig geändert sei. Daraus ergriff der Arbeiter Ritter das Wort zu einer höchst aufregenden Rede. Die Versammlung wurde schließlich von dem anwesenden Regierungsvertreter aufgelöst.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

43. Sitzung vom 7. Februar 1894, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen Initiativanträge und vor zunächst die gleichlautenden Anträge des Zentrums und der freisinnigen Vereinigung auf Abänderung des Wahlgesetzes.

Die Anträge sind die wörtliche Wiedergabe der Kommissionsbeschlüsse und eines früher von der deutschfreisinnigen Partei eingebrachten Antrages, wonach das Wahlgesetz eine Reihe von Änderungen im Interesse größeren Schutzes der Wahlfreiheit für die Wähler und eines größeren Schutzes namentlich des Wahlgeheimnisses erfahren soll. Nach den Anträgen soll kein einzelner Wahlbezirk weniger als 125 Einwohner enthalten, die Stimmzettel sollen in amtlich gestempelten Couverts abgegeben werden, deren Beschaffenheit vom Bundesrathe vorgeschrieben wird. Es sollen ferner Vorrichtungen im Wahllokale getroffen werden, welche dem Wähler ermöglichen, unbeeinträchtigt seinen Stimmzettel in den amtlichen Umschlag zu legen; die Wahl soll von 10 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Nachmittags (jezt 6 Uhr) dauern.

Abg. Gröber: Der Einwand, daß gerade die öffentliche Stimmgabe das verantwortliche Gefühl des Wählers schärfen, erziehe sich schon dadurch, daß das Gesetz eine solche Verantwortung gar nicht wolle. Die Verantwortlichkeit gegenüber einem anderen Wähler, etwa dem Arbeitgeber oder dem vorgesetzten Beamten, erkenne das Gesetz eben nicht an. Redner nimmt Bezug auf die Vorgänge bei der letzten Wahl in Essen, wo mit größter Kunst alle Möglichkeiten, das Geheimnis der Wahl zu wahren, illusorisch gemacht wurden, wo links und rechts von der Thür des Wahllokals die Beamten der Krupp'schen Werke postiert waren, wo Beamte die Persönlichkeiten der Wähler festhielten, wo andere Beamte ihnen die Krupp'schen Stimmzettel übergaben und andere streng darauf achteten, daß nur der übergebene und kein anderer Zettel den Wahlvorstehern, die wiederum fast ausschließlich Krupp'sche Beamten waren, überreicht wurden. Auch in einer großen Anzahl anderer Wahlkreise war derselbe Modus der Wahlbeeinflussung in der Befestigung des Wahlgeheimnisses in den eingegangenen Wahlprotokollen behauptet, so bei der Wahl in Wetzlar, wo Herr v. Benda gewählt wurde, ebenso bei der Wahl des Abg. Gorr. Häufig seien auch die Fälle, wo der Wahlvorsteher die Stimmzettel öffnete; auch die schwierige Frage, ob der Stimmzettel weiß sei oder nicht, tauche in zahlreichen Wahlprotokollen wieder auf. Allen diesen Uebelständen werde durch die vorgeschlagenen Änderungen abgeholfen. Die Zwergwahlbezirke müßten beseitigt werden. In jeder Wahl seien Wahlhelfer erforderlich; in Wahlbezirken, die nur gerade 6 oder nicht viel mehr Wähler hätten, sei die Wahrung des Wahlgeheimnisses die reine Komödie. Die vorgeschlagene Zahl von 125 Seelen entspreche etwa 25 Wahlberechtigten. Die gleiche Größe der Stimmzettel sei eine unabwiesbare Forderung, wenn man die perfiden Machinationen gewisser Parteien, namentlich in den westfälischen Groß-Industriebezirken Bochum, Dortmund u. s. w. unwirksam machen wolle. Die Couverts und die sogenannte Dunkelkammer seien eben unentbehrlich. Kowert's seien schon in den 70er Jahren von den Nationalliberalen gefordert worden. Die ganze Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse verlange mit zwingender Gewalt diese Veränderung, denn nicht bloß der Druck von oben, sondern auch der von unten beeinträchtigt die Wahlfreiheit und das Wahlgeheimnis gleich stark; um jeden Terrorismus abzuwehren, müsse man die gemachten Vorschläge annehmen, es stehe nichts im Wege, auch die zweite Lesung sofort heute stattfinden zu lassen.

Abg. Nicker: Der Schutz des Wahlgeheimnisses muß verstärkt werden. 1875 stellten die Nationalliberalen Völl u. Gen. ganz ähnliche Anträge; da war man mit dem Argument bei der Hand, daß der Wähler sich nicht gefallen lassen würde, eine halbe oder gar eine ganze Weile nach dem Wahllokal zu gehen. Aber schon damals hat Herr Völl geantwortet, daß an der Stimmgabe desjenigen, der sich schone, eine halbe oder eine ganze Stunde weit zu gehen, das deutsche Volk kein Interesse habe. Wir stehen nicht ganz auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse, wir hätten die Mindestzahl des Wahlbezirks lieber auf 400 Seelen festgesetzt gesehen, denn auch bei 25 Wählern wird die Geheimhaltung der Wahl bedenklich in Frage gestellt. Fautu de moux (In Ermangelung von etwas Besseren) empfehlen wir aber gleichfalls zur Zeit ein Eingehen auf dieses Kompromiß, desgleichen auf die übrigen Vorschläge der Kommission.

Abg. v. Czarlinski (Pole) spricht sich für die Annahme der Anträge aus. In der Provinz Posen habe ein hochgestellter Beamter, der über den Parteien stehen sollte, sich auf den Weg gemacht, sei bei der Wahlbewegung in der ganzen Provinz herumgereist, habe an Wahlversammlungen teilgenommen und die Erbitterung des Wahlkampfes geschürt. Deshalb begrüßen die Polen die gemachten Vorschläge mit großer Befriedigung und werden für sie stimmen. Die alten Bestimmungen hätten in ihrer neuerlichen Handhabung zu ganz schauerlichen Verhältnissen geführt. Man müsse der Wahltyrannie von oben und von unten entgegenarbeiten. Seien doch auch Versehungen von Beamten, natürlich im Interesse des Dienstes, für mißliebige Wahlen ein sehr beliebtes Auskunftsmitel; obwohl doch angeblich die Wahl geheim vollzogen werde, wisse die betreffende Behörde die nach ihrer Meinung Schuldigen mit unfehlbarer Sicherheit zu finden. Auch das Ansehen der Arbeitgeber wie der Beamten wird steigen, wenn dieser Antrag angenommen wird; wer dieses Ansehen auch feinerseits hoch halten wolle, müsse für diesen Antrag stimmen, und das würden die Polen thun. (Beifall.)

Abg. Penzmann (fr. Sp.): Da Gegner der Anträge bisher das Wort nicht ergriffen haben, dürfte wohl im Hause solche nicht mehr vorhanden sein. Das wäre an sich nur natürlich, denn die Tendenz des Gesetzes läuft einfach auf ein Gebot der Ehrenhaftigkeit und des politischen Anstandes hinaus. Früher habe einzig Herr v. Meyer sich gegen das geheime Wahlrecht direkt ausgesprochen, weil es den Mannesmuthe verleugnen heiße, seine Stimme nicht öffentlich abzugeben. Dieser Mannesmuthe ist im Munde der Standesgenossen des Herrn v. Meyer ganz gut aufgehoben; der abhängige Arbeiter aber kann nicht anders um seiner Existenz willen, als seinen Mannesmuthe zurückstellen. Im Wahlkreise Dortmund, der jetzt durch Herrn Möller vertreten wird, ist zu der Zeit, als ich ihn hier vertrat, mancher Arbeiter zum Selbstmord getrieben, weil ihm, da er nicht gewählt hatte, keine Arbeit mehr gegeben wurde; mich zu wählen war noch schlimmer, als einen Sozialdemokraten zu wählen. In dieser Beziehung ist zwischen den Feudalbaronen und den Schornsteinbaronen, den Schlotjüngern, nicht der geringste Unterschied; die gegen die letzteren erhobenen Vorwürfe sind voll und ganz berechtigt. Der Antrag, der dort mit Pappdeckel- und Löschpapier-Stimmzetteln getrieben wurde, ist ja noch in aller Erinnerung. Daß sich in dieser Aufassung des Wahlgeheimnisses bei den Liberalen des industriellen Westens viel geändert hätte, kann man nicht sagen, denn noch bei der letzten Wahl des Herrn Möller haben sich dieselben schlimmen Gesichten, wie sie früher in Hörde unter der Leitung des Herrn Direktors

Massenz passierten, in Castrop wiederholt, und nur ihnen verdankt Herr Möller seinen Sitz im Reichstage. Man habe zwar gesagt, ein verständiger Abgeordneter würde doch solche gefällige Wahl nicht anerkennen, ein erschickenes Mandat nicht annehmen; aber er sei doch nicht gezwungen zu glauben, daß diese Vorkommnisse wirklich geschehen seien. So habe Herr Möller in der vorigen Legislaturperiode das Mandat angenommen und behalten, bis es drei Tage vor der Auflösung kassiert wurde; so habe er es auch jetzt wieder angenommen, obwohl ihm die Ueberlegung der Thatfachen sagen müßte, daß er sich irre, wenn er glaube, der Wahlkreis Dortmund werde durch einen Mann vertreten, den dieser Wahlkreis gewollt habe. Auch solchen betrübenden Ergebnissen des angeblich geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrechts werde die Änderung des Wahlgesetzes ein Ende machen. Die Stimmzettel müßten bezüglich ihrer Beschaffenheit noch genauer vom Gesetz vorgeschrieben werden; es seien z. B. bei der Wahl des Abg. Grafen Bismarck Stimmzettel mit einem Wasserzeichen aufgetaucht. Die Verlängerung der Wahlzeit sei ein erfreulicher Fortschritt; besser aber wäre noch die Verlegung der Wahl auf einen Sonntag, der auch das Zentrum nicht widerstreben sollte. Die Opposition gegen den Antrag setze geradezu auf dem Standpunkte einer benutzten und gemollten Gesetzesübertretung. Stimmzettel, welche nach Gewicht und Größe erheblich von den vom Bundesrathe erlassenen Vorschriften abweichen, müssen für ungültig erklärt und die Anträge dahin ergänzt werden. Redner bittet ebenfalls, die zweite Lesung sofort vorzunehmen.

Abg. Vlos (soz.): Wir wollen die Form der Anträge, welche für die Antragsteller gewissermaßen ein Kränlein Nützlichkeit zu bilden scheinen, nicht antasten, aber doch unsere besonderen Wünsche bei dieser Gelegenheit vorbringen. Die Konservativen sprechen zwar heute über die Sache nicht, aber man kennt doch aus ihrer Presse ihre Meinung. Herr v. Stamm wünscht ein neues Sozialistengesetz. Herr v. Kardorff schärfere Anwendung der Freiheitsstrafen gegen uns. Diese Herren werden kaum ein erweitertes und verbessertes Wahlrecht unterstützen. Herr v. Kardorff hat ja sogar das Gespenst einer sozialdemokratischen Mehrheit erst jüngst an die Wand gemalt. Eine absolute Wahlfreiheit giebt es unserer Meinung nach nicht, so lange es abhängige Menschen giebt. Bei uns können die Wähler zwar keinen Minister stürzen wie in Frankreich, aber aus der Arbeit entlassen werden sie gerade wie dort. Mit der Wahlfreiheit ist es namentlich auf dem Lande charakteristisch bestellt. Auf gewissen Gütern wird gar nicht untersucht, wie der einzelne gestimmt hat, sondern es wird einfach die Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen gezählt, und eine entsprechende Anzahl von Leuten wird entlassen, und zwar wird diese Absicht vorher ganz offen den Leuten verkündet. Von Freiheit à la Meyer-Kunswalde unter solchen Verhältnissen zu reden grenzt doch an Uebermut. Die maßgebenden Faktoren für den Ausfall der meisten Wahlen sind Amtsvorsteher, Landräthe, Arbeitgeber und Kriegervereine, Reformbedürftig ist vor allem die Wahlkreis-Einteilung, und eine notwendige Konsequenz daran die Vermehrung der Wahlkreise. Man hat sich aber bisher immer geschaut, diese Frage anzuschneiden. Der Sitzungssaal des neuen Reichstagesgebäudes ist nicht größer als der jetzige; man denkt also offenbar an die Verwirklichung dieser dringenden Forderung weniger denn je. Man könnte doch auch einmal daran denken, die Gefässe sorgfältiger auszuwählen, in welche die Stimmzettel hineingethan werden. Im Gesetz ist immer schlechthin von „Wahlurne“ die Rede; man sieht aber höchst eigentümliche Urnen, wie Zigarrentischen, Suppenschüsseln und noch fragwürdiger Gefäße bei der Wahl als Wahlurnen in Verwendung. Am meisten bedauern wir, daß die Wahl nicht am Sonntag stattfinden soll; wir unterlassen trotzdem, einen besondern Antrag deswegen einzubringen, da er ganz aussichtslos wäre. Hinweisen müssen wir aber darauf, daß die kirchlichen Wahlen, welche doch nicht heiliger als die Reichstagswahlen sind, auch an Sonntagen und nur an Sonntagen vorgenommen werden. Die Wahl in der Woche macht den abhängigen Arbeiter namentlich auf dem Lande völlig von dem Willen, von der Willkür des Arbeitgebers abhängig, die Verweigerung der Erlaubnis zu wählen kommt dann ungemein häufig vor; selbst in Staatsverwaltungen, z. B. in den Eisenbahn-Verwaltungen in Hannover, hat man sich mehrfach veranlaßt gesehen, die Leute nicht zur Wahl gehen zu lassen. Hieraus allein folgt die Nothwendigkeit der Verlegung des Wahltages auf den Sonntag. Die Hauptsache bei der ganzen Angelegenheit ist übrigens, wie die Regierung sich dazu stellen wird. Wir glauben nicht, daß die Anträge bei ihr günstige Aufnahme finden werden. Wir stimmen dennoch dafür, weil wir sie als eine Demonstration ansehen; eine praktische Bedeutung können wir ihnen nicht beilegen.

Abg. Merbach (Rp.): Es ist auffallend, daß die Sozialdemokratie diesen Anträgen weniger Werth beilegt; sie verfügen über eine Parteidisziplin wie keine andere Partei; sie brauchen sie nicht. Wir stimmen gegen den Antrag. Wir wollen auch die Wahlfreiheit und das Wahlgeheimnis. (Lärm und Unterbrechung bei den Sozialdemokraten.) Wir verfügen nicht über den Parteiterrorismus wie Sie. (Lärm bei den Sozialdemokraten: von Völl! Urnabe-Bomst!) Wir erkennen die Tendenz des Antrages vollständig an, aber wir lehnen den Antrag ab wegen seiner praktischen Unburchführbarkeit. Mit der Festsetzung einer Mindestseelenzahl für die Wahlbezirke, mit den Kowert's, mit der Dunkelkammer, mit der Verlängerung der Wahlzeit, werden den Wählern und gerade den Arbeitern nur Unbequemlichkeiten und keine Vorteile bereitet. Die Zahl der Proteste beweist nichts; die Ordnungsparteien begeben eben den großen Fehler, denn, wenn sie Sieger geblieben sind, sich um die unglaublichen Ausschreitungen der unterlegenen Parteien nicht weiter zu kümmern und dagegen keine Proteste zu erlassen.

Abg. Osann (natl.) wundert sich über die Stellungnahme der Sozialdemokraten, die dem Antrag als einer Demonstration zustimmen, und protestirt gegen die Unterstellung des Abg. Penzmann, der jeden Abgeordneten für unehrenhaft und unanständig erklärt, der diesem Antrage nicht zustimme. Er werde sich durch solche Drohungen und Pressionen ebenso wenig wie der Abg. Merbach einschüchtern lassen, er vertrete dabei einen großen Theil seiner Freunde. (Lärm links.) Ja natürlich, wir haben eben nicht die Gabe, alle in ein Horn zu blasen. (Große Heiterkeit.) Wenn früher ähnliche Anträge von nationalliberaler Seite gefommen seien, so hätten sich eben die Zeiten geändert. Die Mehrheit seiner Freunde hält die vorgeschlagenen Wege zur Erreichung des Ziels für sehr wenig zweckmäßig. Die Beeinflussung des Wählers liege nicht auf der kurzen Straße in das Wahllokale, sondern in der vorhergegangenen Bearbeitung des Wählers, bei den katholischen Wählern z. B. die durch Geistliche, diese geborenen Agitatoren, von denen Herr Gröber allerdings nicht gesprochen habe. Und wie würde erst bei den Sozialdemokraten durch die Agitation die Wahlfreiheit zur Unfreiheit in der höchsten Potenz! Gerade diese beiden Beeinflussungen seien die verderblichsten (Unruhe links und im Zentrum; Zuruf: Unsin!) Ich bitte den Herrn, der eben „Unsin“ gerufen hat, das Wort nicht weiter zu gebrauchen, sonst würde ich in anderer Weise mit ihm sprechen. Die Zusammenlegung der Wahlorte würde sehr zahlreiche Wähler zwingen, weite Wege zu machen und das würde nur den Effekt haben, daß bei schlechter Witterung die Wähler

nicht zur Wahl gehen würden und darüber würde man sich dann nicht zu wundern haben.

Abg. Gräfe (Ants.) stellt sich mit seinen Freunden von vornherein auf den Boden des allgemeinen Wahlrechts; die Partei sei aber sowohl gegen die Wahl am Sonntag und zwar aus religiösen Gründen, als auch gegen die Herabsetzung des Alters für die Wahlberechtigung. Das bestehende Wahlrecht aber und namentlich das Wahlgeheimnis zu schützen hält auch sie für dringend geboten. Die amtlichen Beeinflussungen haben besonders in Sachen einen so hohen Grad erreicht, daß dem entschieden entgegengetreten werden müsse. Man geht in Sachen schon wieder mit dem beliebten Mittel der Sammlung von Unterschriften vor, die der abhängige Mann ganz wider Willen gebe, und die dann in den Zeitungen veröffentlicht werden; bei der Wahl werden dann diese Veröffentlichungen als die schlimmsten Proskriptionslisten wirken. Auf diese Weise sucht man einerseits in Sachen die Wähler wieder in die Arme der alleinseligmachenden deutschkonservativen Partei zurückzutreiben, andererseits aber herrsche in Sachen ein Terrorismus der Sozialdemokratie, der ganz ungläubliche Zustände erzeugt habe und neuerdings in dem Reichsthe der Petition der 42 Gemeinden (Lachen bei den Sozialdemokraten) seinen Ausdruck gefunden habe.

Abg. Hilbert (wilt, bayerischer Bauernbändler) tritt für die Anträge gleichfalls ein.

Abg. Träger (fr. Sp.): Die Ausübung des allgemeinen Wahlrechts darf nicht zur Nachfrage werden. Herr Osann hat die Frage auf das Gebiet der intellektuellen Beeinflussung hinübergespielt. Die beschäftigt uns hier gar nicht, die wollen wir nicht verhindern. Wir wollen die Anwendung der materiellen Mittel der Beeinflussung ausschließen. Die Regierung sieht sicher dem Antrage nicht unfreudlich gegenüber, hat sie sich doch der heutigen Verhandlung tollvoll fern gehalten. (Große Heiterkeit) uns den Schutz der Wahlfreiheit überlassend und in der unzuverlässigen Meinung, daß das von uns beschlossene gut und von ihr ohne weiteres angenommen werden wird. (Beifall links.)

Abg. Möller (natl.) hält die Tendenz der Anträge für eine gute, sie enthalten auch einen guten Kern, dessen nähere Prüfung in einer nochmaligen Kommissionsberatung vorgenommen werden müßte. Weiter verwahrt sich Redner gegen die seine Person und seinen Wahlkreis gemachten Ausführungen des Abg. Penzmann. Es sei diesmal keine Beeinflussung durch verschiedene geformte Stimmzettel vorgekommen. Eine Niederlegung des Mandats vor der Entscheidung durch die Wahlprüfungskommission wäre das vorige Mal eine Pflichtverletzung gegen die Wähler gewesen und würde es diesmal sein, deshalb lege er sein Mandat nicht nieder.

Abg. Auer (Soz.): Herr Merbach und Herr Osann wundern sich über unsere Zustimmung zu dem Antrage, den wir angeblich gar nicht ernst nehmen. Der Abg. Vlos hat ausgeführt, daß der Entwurf von der Regierung nicht angenommen werden würde; wenn wir trotzdem dafür stimmen täten wir es, um die Gegner bloß zu stellen. Wir meinen es mit dem Antrage durchaus ernst, und ich, der ich jener Kommission selbst angehört habe, unterlasse heute, wie ich damals es unterließ, Anträge auf Ausdehnung der Vorlage zu stellen, um die gewonnene Uebereinstimmung nicht zu zerstören. Wir sehen allerdings einen ganz wesentlichen Fortschritt in der Annahme der Vorlage; wenn auch nach dieser Annahme von einer absoluten Wahlfreiheit nicht die Rede sein kann. Wenn die Nationalliberalen und Konservativen den heutigen Zustand als mangelhaften, verbesserungsbedürftigen bezeichnen, warum bringen sie denn nicht ihrerseits eine Vorlage mit ihren Vorschlägen ein? Mit ihrer platonischen Liebeserklärung für Wahlgeheimnis und Wahlfreiheit ist es doch eine sehr merkwürdige Sache! Beeinflussung geschieht von jeder Seite, auch von unserer, das geben wir zu; der Unterschied ist nur der, daß die Beeinflussung unsererseits ausgeht von den Kermeren, Schwächeren, sozial niedrig Postirten, während die der Vertreter der reichen und einflussreichen Schichten sind und Ihre Beeinflussung entsprechend wirksamer ist. Den alten Kalauer, daß die Sozialdemokraten die ärgste Wahlbeeinflussung trieben, hätten Sie sich doch sparen sollen (Widerpruch rechts). Es glaubt Ihnen ja doch kein Mensch, daß derjenige, der am Boden liegt, dem Sie auf der Brust knien, eigentlich derjenige ist, der Sie maltreatirt und chikanirt (Widerpruch rechts); wenn Sie unter sich sind, lachen Sie ja doch darüber! Herr Merbach beweist mit seinen Ausführungen nur, daß er von den wirklichen Dingen in unserer Partei keine Ahnung hat. Disziplin herrscht bei uns, das ist richtig, darauf sind wir stolz, das ist ein Produkt unendlichen Fleißes in langen Jahrzehnten. Diese Disziplin ist der Ausdruck des Klassenbewußtseins, das in den Arbeitern zu ihrem großen Segen vorhanden ist. (Lärm rechts); sonst würde man mit den Arbeitern noch mehr Schindluder spielen als bisher. (Präsident v. Levetzow rügt diesen Ausdruck.) Ich bin gern bereit, das gebrauchte Wort zurückzunehmen. Wunderbar hört es sich an, daß eine Stelle, die dem Bunde der Landwirthe nicht fernsteht, uns den Vorwurf des Terrorismus macht! Diese Partei, die Herrn v. Völl in ihrer Mitte hat, der den eigenen Kollegen die Pistole auf die Brust setzt, sie auffordert, das Mandat niederzulegen, die Partei, die das imperative Mandat bei uns eingeführt hat in einer Weise, wie es bei den Sozialdemokraten nie der Fall, will uns das aufreden? (Lärm: Jawohl! Gewiß! rechts). Die Nothwendigkeit der Vorlage wird schon durch die Vorgänge in Bochum und Dortmund begründet. Reichstag und Wahlprüfungs-Kommission sind heute, im Gegensatz zu früher, darin einig geworden, daß eine Beeinträchtigung der Wahlfreiheit des Arbeiters seitens des Unternehmers unzulässig ist. Das letzte Beispiel dafür war der Kollege Möller. Ebenso sind wir dahin gekommen, die Stimmzettel für gültig zu erklären, auf welchen der gedruckte Name durchstrichen und ein anderer aufgeschrieben war. Beide Vorgänge beweisen, wie man auf diesem Wege allmählig die Nothwendigkeit der besseren Wahrung der Wahlfreiheit und des Wahlgeheimnisses anerkannt hat. Die Vorlage giebt einige weitere werthvolle Garantien. In einigen Praxiken ist uns ja immer noch das Königreich Sachsen das Musterland. Im Wahlkreise Dortmund hat ja nicht etwa Herr Möller den Unsin verhandelt, der mit den Stimmzetteln getrieben wird; das ist niemals behauptet worden, es sind immer dieselben Leute, die Oberbeamten der Werke, die Steiger u. s. w., welche im Auftrage der Werkbesitzer und unter Anführung der Direktoren diese Manipulationen vollführten. In anderen Fällen ist die verschleierte Größe der Stimmzettel benutzt worden, um die sozialdemokratischen Mitglieder von Kriegervereinen zu ermitteln und ihre Ausschließung zu bewirken; folches ist in einem Falle gerichtlich festgestellt worden. Den Vorschlag, die Wahlzeit um eine Stunde zu verlängern, verweist Herr Merbach auch, weil die natürliche Faulheit der Wähler sie verhindern würde, sich diese Begünstigung zu Nute zu machen. Das mag in einzelnen Fällen zutreffen, aber allgemein die Rücksicht auf die faulen Bürger soweit auszudehnen, daß man der großen Mehrzahl das Wahlgeheimnis nicht garantiren helfen will, das geht doch wirklich zu weit. Von einem Schwinden der Lust am Wählen kann übrigens, wenn man die Statistik der Reichstagswahlen ansieht, keine Rede sein, die Stimmzahl steigt im Gegentheil eine absolute und relative

Zunahme. Herr Gräfe hat heute die berüchtigte Petition der 42 Gemeindevorsteher in der Umgebung Dresdens erwähnt. Die Petition hat bereits ihre Geschichte; sie nimmt bei der Beurteilung der Arbeiterfrage in der Umgebung Dresdens den Mund sehr voll, sie stellt sie als die reinste Schänderhannes-Bande dar. Wunderbar ist, daß in diesen Bezirken die Antisemiten geduldet sind. Wollen die Letzteren etwa als die Guten erscheinen und nur die Andern als die Schlinge hinstellen? (Zuruf des Abg. Gräfe: Dort haben Sie die Majorität erhalten!) O nein, ich bedauere sehr, daß diese Bezirke gerade von Antisemiten vertreten sind; aber daß gegen die sozialdemokratischen Arbeiter diese Beschuldigungen erhoben werden, ist eine niederträchtige Verächtlichmachung gemeinsten Art. (Unruhe rechts.) Nachträglich haben schon einige Gemeindevorsteher erklärt, sie bereuten ihre Unterschrift und wüßten überhaupt nicht, wie sie unter die Petition gekommen seien. Die Sache sei noch nicht aufgestellt; jedenfalls müßten die Sozialdemokraten gegen diese Unterschlebung auf das Entschiedenste protestieren.

Abg. Barth (fr. Vg.) tritt den Ausführungen des Abg. Osann entgegen. Seine Besorgnis, daß sich in dem unrichtigen Namen jemand seltsame und dadurch das Wahlgeheimnis verletzen könne, siehe auf der gleichen Stufe mit der Möglichkeit, daß ein Wähler mit einem Knäuel die Wahlurne zerplatze oder dem Wahlvorsteher ein Zintenfuss an den Kopf werfe. Solche Möglichkeiten groben Unfugs könne doch kein Grund sein, im übrigen als notwendig erkannte Maßregeln zu unterlassen. Auch nochmalige Kommissionsberatung sei überflüssig; nach Lage der Geschäfte würde dann überdies in der gegenwärtigen Session wiederum nichts zu Stande kommen.

Abg. Ulrich (Soj.): Herr Osann sollte doch wissen, daß man auch in Hessen sich neuerdings daran gewöhnt hat, den ganzen Beamtenapparat gegen die Sozialdemokraten spielen zu lassen und offizielle Beamtenlandibaturen anzustellen. Bei uns in Hessen sind die Nationalliberalen von demselben Fleisch und Blut wie in Preußen die Konservativen und machen ganz ebenso in Wahlbeeinflussungen. Der Kreisamtmann und die weiteren Beamten bis herunter zum Nachwächter und Schweinehirt werden amtliche Agitatoren; ihnen leisten die sonstigen Beamten die nötige Hilfe. Natürlich nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern als Wähler. Von einem Colorado der Wahlfreiheit in Hessen kann daher nicht im geringsten die Rede sein; es wird vielmehr bei uns nach und nach immer preußischer. Schon fangen die heftigen Gendarmen an, die Wahlversammlungen zu verbieten, wie es die preussischen dürfen. Was hier vorgeschlagen ist, ist das Mindeste, was der Reichstag annehmen muß. Die Besorgnisse des Herrn Osann über die Unzulänglichkeit der spanischen Wand sind wirklich nicht ernsthaft zu nehmen.

Damit schließt die erste Beratung. Nach dem Schlusswort der Abg. Gröber und Nicker wird der Antrag Müller, die beiden Anträge an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen, gegen die Mehrheit der Nationalliberalen abgelehnt, ebenso ein Antrag auf Vertagung gegen die Stimmen der Nationalliberalen, der Reichspartei und des größten Teiles der Deutschkonservativen. Das Haus tritt somit in die zweite Beratung ein.

Die §§ 6, 10 und 11 des Wahlgesetzes werden in der von den Antragstellern vorgeschlagenen abgeänderten Form ohne Debatte angenommen. Vor der Beratung des § 11a, welcher von den Unschlügen handelt, wird auf Antrag Gröber die Vertagung angenommen.

Schluss 5/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Stat.)

Abgeordnetenhause.

Sitzung vom 7. Februar 1894, 11 Uhr.

Am Ministerische: von Heyden, Miquel, Thielen, v. Verlepsch.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Landwirtschaftskammern wird fortgesetzt.

Abg. Nicker (fr. Vg.): Nach der gestrigen Debatte kann man wohl annehmen, daß die Vorlage nicht in der Form angenommen wird, wie sie vorgelegt ist. Alle Redner und auch der Minister waren der Meinung, daß von dieser Vorlage eine Befreiung der Nothlage der Landwirtschaft nicht zu erwarten sei. Die Landwirtschaftskammern sind eine komplizierte Schöpfung, beruhend auf einem nach anderen Wahlrecht als dem Landtagswahlrecht. Mehr Arbeit, mehr Wahlen und mehr Steuern werden dadurch notwendig. Die Listen müssen geführt werden für die Wahlen etc., der Landrat muß die Wahlgeschäfte leiten. Sollen die 40 Köpfe starken Kammern Rentenbriefe zu billigen Zinsen ausgeben? Wer übernimmt die Garantie? Wie denkt sich der Minister die Sache? Die ganze genossenschaftliche Thätigkeit der freien Vereine wird vernichtet. Den Landwirtschaftskammern kann eine Mitwirkung bei der Verwaltung der Produktendörfer und bei den Preisnotierungen übertragen werden. Das ist ein schönes Gericht, welches den Kammern vorgelegt wird. Wie denkt man sich das eigentlich? Es handelt sich bloß um eine Konzeption an den Bund der Landwirthe, das geht aus den Motiven deutlich hervor, wo es heißt: „Nur durch eine Zusammenfassung aller auf die Hebung der Landwirtschaft abzielenden Bestrebungen können die Landwirtschaftskammern eine wirkliche Gesamtvertretung der Landwirtschaft bilden und von der Gefahr befreit bleiben, einseitige Agitationsverbände zu werden.“ Es ist schade, daß Herr von Blöb nicht hier ist. Ich hätte gern mit ihm darüber diskutiert. Er hält es nicht einmal für notwendig, sich zu dieser Vorlage zum Wort zu melden. Herr von Blöb gewinnt auch schon Einfluß auf die Mandate; dem Herrn Uden hat er das consilium abcondi gegeben; er hat ihm ergebenst anbeimgestellt, sein Mandat niederzulegen. Von den landwirtschaftlichen Zentralvereinen haben sich 10 gegen 4 für Landwirtschaftskammern ausgesprochen; 2 bleiben unentschieden. Der Antrag auf fakultative Landwirtschaftskammern wurde im Landes-Oekonomikollegium mit 18 gegen 8 Stimmen angenommen und unter den 18 waren 8 vom Minister ernannte Mitglieder! Es findet sich auch nirgend in der Landwirtschaft große Reizung für die neue Einrichtung, nicht einmal bei den Großgrundbesitzern. Man hat allerdings erlautet, daß es ein Fehler ist, eine Scheidung zwischen Groß- und Kleingrundbesitz vorzunehmen. Das ist ein Fortschritt, vielleicht nimmt man nun auch Anlaß, die Sonderrechte des Großgrundbesitzes bei der Kreisordnung zu beseitigen. Das wäre besser als die Annahme der Vorlage.

Der gestrige Tag wird stark angegriffen werden in der Weltgeschichte; denn ein Handelsvertrag mit Rußland ist ein weltgeschichtliches Ereignis. Ich kann der preussischen Regierung nur Glück wünschen dazu, daß sie den Reichskanzler unterstützt hat. Der Handelsvertrag wird am anderen Ende der Leipzigerstraße nicht abgelehnt werden; er kann nicht abgelehnt werden. Der Handelsvertrag liegt im Interesse der Landwirtschaft und die Landwirthe, welche ihm entgegenwirken, haben keine Ahnung von dem kolossalen Schaden, den sie dem Deutschen Reich und der Landwirtschaft zufügen. Herr v. Minnigerode hat auch den westpreussischen Landwirthen gerathen, nicht so viel zu klagen; andere Leute hätten noch mehr Grund dazu. Darin liegt vielleicht der Schlüssel dafür, daß Herr v. Minnigerode nicht mehr der Führer der Konservativen ist. Auch Herr v. Schorlemer hat erklärt, daß die Lage der Landwirtschaft noch nicht zum Verzweifeln ist. Geben Sie also Ihre Agitationsreisen mit Herrn v. Blöb gegen den russischen Handelsvertrag auf. Sie werden nichts erreichen! Verjagen Sie nicht und töten Sie sich vor allen Experimenten, welche nur neue Steuern kosten. (Große Heiterkeit rechts.)

Abg. Klose (Z.) ist für die Vorlage gemeldet, macht aber verschiedene Bedenken geltend. Das Wahlrecht sei nicht gerecht, denn die kleinen Gemeinden erhalten dasselbe Stimmrecht wie die großen. Die Vertretung der Landwirtschaft in den landwirtschaftlichen Vereinen sei vielleicht besser als die neue Ver-

treitung und für den Kredit würde es genügen, wenn den Bauern der landwirtschaftliche Kredit eröffnet würde. Auch eine Regulierung des Erbrechts ist wünschenswerth. Man will mit der Vorlage ein Stück der sozialen Frage lösen. Da hätte man aber die Handelsvertrags-Politik nicht machen sollen, dann sollte man an die Währungsfrage herantreten. Mit einem solchen Gesetze wie es hier vorliegt, sollte man mindestens noch ein Jahr warten. Hoffentlich wird es in der Kommission eingehend geprüft und erheblich verbessert.

Abg. Lamprecht (L.) hat sich gegen die Vorlage zum Wort gemeldet, obgleich er derselben im Allgemeinen sympathisch gegenübersteht. Er werde, wenn auch nicht augenblicklich, so doch für die Zukunft der Landwirtschaft große Dienste leisten. Aber der Vorlage stehen auch erhebliche Bedenken entgegen, namentlich sind die Vorschriften nicht bestimmt genug; es heißt immer: „es kann“; das muß erheblich schärfer gefaßt werden.

Man sagt, die Landräthe sind die Hebeammen der konservativen Wahlen gewesen. Das bestreite ich; aber wenn es wahr wäre, so wäre die Geburt bei uns immer noch ziemlich von hinten gegangen; bei den Freisinnigen war es schwieriger; da mußte der Doktor helfen und zur Jangengeburtschreien. (Große Heiterkeit.) Daß eine Verschiedenheit der Interessen zwischen großem und kleinem Grundbesitz besteht, erkennen wir nicht an. (Zustimmung rechts.)

Abg. Graf Strachwitz (Z.) ist im Allgemeinen mit der Vorlage einverstanden, wünscht aber, daß den Landwirtschaftskammern eine größere Bedeutung beigelegt würde, als die Vorlage es thut. Die Befugnisse der Kammern sind nicht groß genug. Die Nothlage der Landwirtschaft ist entstanden daraus, daß die Einnahmen nicht mehr die Betriebskosten decken. Deshalb ist die Vorlage keine Abhilfe für jetzt. Diefem entgegen zu treten hat die Regierung die Verpflichtung, weil sie ihn zum großen Theil verschuldet hat. Durch das Aktiengesetz hat die Staatsregierung das platte Land entvölkert; sie hat unseren Viehexport zerstört, sie hat die gemischten Transporthandel eingeführt, und was ist der russische Handelsvertrag anders als eine Begünstigung der ausländischen Landwirtschaft. Deshalb glaube ich, daß diese Vorlage noch nicht das letzte Wort der Regierung sein wird. Je schneller sie vorwärts geht, desto mehr wird sie sich den Tadel der Landwirthe verdienen.

Minister v. Heyden: Die Staatsregierung denkt in keiner Weise daran, die Thätigkeit der landwirtschaftlichen Vereine, namentlich der Lokalvereine, zu beeinträchtigen. Ebenso ist gar kein Zweifel darüber, daß die jetzt bestehenden Zentralvereine nicht gegen ihren Willen aufgehoben resp. den Landwirtschaftskammern inkorporiert werden können. Es ist nur als wünschenswerth hingestellt worden, daß die beiden Organisationen nicht neben einander bestehen bleiben. Die Nothlage der Landwirtschaft beruht zum Theil auf der großen Konkurrenz und den entwickelten Verkehrsverhältnissen. Daneben kommt die Verschuldung in Betracht. Der steigenden Verschuldung muß entgegengewirkt werden. Der Landwirth soll nicht bloß der Verwalter seiner Gläubiger sein; er soll so unabhängig sein, daß er nicht gleich zusammenbricht, wenn eine ungünstige Konjunktur eintritt. Die Schuldenbegrenzung ist bisher nur vom Standpunkt des Kapitalisten aus gemacht worden. Das war bisher natürlich. Es läßt sich aber darüber nachdenken, ob man nicht die Verschuldung reguliren kann vom Standpunkte des Schuldners. Auch die Frage der Verringerung des Erbrechts ist wichtig; sie beschäftigt die landwirtschaftlichen Kreise seit Jahrzehnten. Es drückt sich immer mehr der Gedanke Bahn, daß das jetzige Erbrecht am Grund und Boden nicht so bleiben kann wie es ist, sondern geändert werden muß. Die ersten Versuche sind gemacht durch die Höfe-Ordnungen, die allerdings in manchen Landestheilen nicht zum Ziele geführt haben, weil die Sitte nicht mehr dafür sprach. Aber die Sitte besteht zum Theil noch und mit dieser Sitte muß man die Rechtsinstitution in Verbindung bringen. Wenn man diese Frage in die Hand nehmen will, hat die Regierung jetzt nicht die erforderlichen Organe, um die Verhältnisse zu befragen. Es muß mit häuerlichen Kreisen schon bei der Vorberatung der Gesetze in Fühlung getreten werden. Von der Umwandlung der Hypothekenschuld in eine Rentenschuld und anderen Plänen ist gar keine Rede; es handelt sich nur um eine Verbilligung der weiteren Verschuldung. Wenn Deutschland heute bloß ein Agrarland ohne Handel und Industrie wäre, so würde er nicht die Stelle einnehmen, die er jetzt inne hat. Sicher hat die Gesetzgebung Handel und Industrie allein gefördert, jedenfalls ist das der Erfolg geblieben. Die Landwirtschaft ist zurückgeblieben und es soll jetzt der Versuch gemacht werden, die Landwirtschaft wieder hoch zu bringen. (Beifall rechts.)

Abg. Nicker (fr. Vg.): Mit Herrn von Puttkamer, wohl meinem schärfsten politischen Gegner, stimme ich diesmal vollständig überein. Es handelt sich darum, ob amtliche Formen oder freie Vereinswesen zur Vertretung der Berufsinteressen. Ich stehe mit Herrn von Puttkamer auf dem letzteren Standpunkte. Ich könnte den Landwirtschaftskammern nur zustimmen aus Bosheit gegen die Agrarier; aber dies ist doch kein Standpunkt für die Gesetzgebung. Wenn Sie ein Vorbild haben wollen, wie wenig die Landwirtschaftskammern bedeuten werden, so vergleichen Sie die Bedeutung des Landesökonomikollegiums gegenüber dem deutschen Landwirtschaftsrath, dem Verein der Steuer- und Wirtschaftsrformer und dem Bund der Landwirthe. Diese Vereine gefallen mir nicht in ihrer Thätigkeit, aber sie bedeuten politisch das Hundertfache dessen, was das Landesökonomikollegium bedeutet. Was ist aus den Gewerbelammern geworden? Sie bestehen in den meisten Provinzen nicht mehr, weil den Provinzen die Arbeit der Gewerbelammern die Kosten nicht mehr werth schienen. Und wo ist der vielgerühmte Volkswirtschaftsrath geblieben? Die Regierung kann garnicht zwingen werden, solche Korporationen zu befragen. Die Eisenbahn-Verstaatlichung, die neue Zollpolitik, die sozialpolitische Gesetzgebung u. s. w. hat man durchgeführt, ohne die Handelskammern zu fragen. Und wenn die Handelskammern sich aufbäumen, dann werden sie unter Zensur gestellt und dürfen keine Berichte mehr drucken lassen, die nicht vorher ein Geheimrath genehmigt hat. Man wundert sich über das Aufhebungsrecht, welches die Vorlage beabsichtigt. Eine solche Bestimmung steht im Handelskammergesetz nicht, aber die Regierung hat doch mit der Auflösung gedroht, und eine Handelskammer, die Sörkiser, hat sich insolge dessen in eine Privatvereinigung umgewandelt. Die Landwirtschaftskammern sollen die öffentliche Meinung bearbeiten. Dazu sind sie zu schwach, dazu müssen sie zu viel Rücksichten nehmen, ebenso wie die Handelskammern, über deren Köpfe hinweg man die verschiedenen freien Vereine gegründet hat, welche weit mehr bedeuten als die Handelskammern. In die Handelskammern kommen die Träger der ersten Firmen, ruhige, behäbige, gesättigte Existenzen (Heiterkeit), die nur in näherer Beziehung zu den Behörden kommen wollen. Sie haben allerlei kleine Bündel (Heiterkeit). Der Adler auf dem Dienstfiegel der Landwirtschaftskammern hat nicht so viel zu bedeuten als der Adlerorden (Heiterkeit). Man wird dann neue Titel für die Mitglieder der Landwirtschaftskammern finden: Agrilkulturräthe und Geheime Agrilkulturräthe (Heiterkeit). Was bleibt von der Thätigkeit der Handelskammern? Die Berichte und Statistiken! Da die sind so gut wie die Handelskammersekretäre, und besoldete Sekretäre können freie Vereine auch stellen. Die Landwirtschaftskammern haben gar keine Legitimation, für die Arbeitnehmer der Landwirtschaft mitzusprechen. Wenn man von Amts wegen Korporationen organisiert, müssen die Arbeiter doch auch gehört werden. Bei den Fachgenossenschaften der Handwerker ist auch ein Gehilfen-Ausschuß vorgesehen. Warum werden hier die Arbeiter außer Betracht gelassen? Die Wirtschaftsbeamten, die Inspektoren auf den größeren Gütern übertragen doch die Grundbesitzer in

wielen Punkten; von ihnen ist aber auch gar keine Rede. Von 500 000 Landwirthe wahlberechtigt sind, dann fällt die Hälfte der selbständigen Landwirthe schon überdies beim Wahlrecht aus. Was beabsichtigt diese eine Hälfte im Namen der ganzen landwirtschaftlichen Bevölkerung zu sprechen? Landwirtschaftskammern und Vereine können nicht neben einander existiren, sie müssen einen Kampf auf Leben und Tod führen. Der Minister meinte heute, die Zentralvereine könnten sogar bestehen bleiben, während in den Motiven das Gegentheil gesagt und sogar behauptet wird, daß die Kammern das ganze landwirtschaftliche Vereinswesen auffaugen werden. Ich bin der Meinung, die freien Vereine werden das stärkere Element sein, wenn nicht die Subventionsfrage wäre. Wenn die Subvention den Vereinen entzogen wird, dann erhält die amtliche Organisation eine Ueberlegenheit. Bezüglich der Wahl hat Herr Sattler recht, daß sich beim Landrat einige Gemeindevorsteher und Rittergutsbesitzer einfinden werden, um die Wahl zu vollziehen. Es werden also nur dieselben Personen gewählt werden, die im Provinziallandtag sitzen. Dieses Wahlsystem übertrifft das Landtags-Wahlsystem noch an Gleichgültigkeit; lieber sollte man doch dem Landrat die Ernennung der Mitglieder übertragen. (Heiterkeit.) Ich wünsche, man ließe die Landwirtschaftskammern bei Seite und strebe darnach, die landwirtschaftlichen Vereinigungen noch unabhängiger zu machen. Wie sehr die landwirtschaftlichen Vereine Politik getrieben haben, wissen wir; jetzt kommt das Kammergericht und stellt die Vereine unter das Vereinsgesetz. Der Minister will die Kammern schaffen, um sie von der Aufsicht der Polizei zu befreien. Man sollte lieber das Vereinsrecht reformiren und namentlich die Verbindung von Vereinen unter einander frei geben. Wenn erst die Konservativen ein Interesse daran bekommen, dann wird das leicht zu erreichen sein. Namentlich sollten sich aber die landwirtschaftlichen Vereine von den Landräthen mehr emancipiren. Die Landräthe beherrschen solche Vereine, welche weder wegen ihrer landwirtschaftlichen Kenntnisse, noch wegen ihrer Persönlichkeit das verdienen; sie besitzen keinen Ehr und keinen Halm (Heiterkeit) und ihre Anspitzungen beschränken sich auf ein Paar Klumentöpfe auf dem Balken ihrer Kreisräthe (Große Heiterkeit). Wegen Parzellirungen und Kolonisationen liegt ein ganzes Bündel hindernder Maßregeln vor. Die jungen Leute vom Lande kommen in die Garnisonen und wenn sie zurückkehren, sehen sie sich verurtheilt zu demselben Pook, welches ihre Eltern hatten; es ist ihnen nicht möglich, Grund und Boden zu erwerben. Wenn nicht nach Amerika, geht er in die Stadt, wo er sich wenigstens frei fühlt, und anstatt diese Gebundenheit zu vermindern, will man sie vermehren. Man spricht von der Verallgemeinerung der landwirtschaftlichen Kreditorganisationen. Diese paßt eigentlich nur für die größeren Grundbesitzer. Bei den Landwirthen gehört der größte Theil des Gutes den Gläubigern; der Rest hat alle Schwankungen der Ernten und Konjunkturen zu tragen. Damit ist der Ruin vorhanden. Die Landwirtschaft hat nicht genug Kredit, sondern zu viel Kredit. Ich bin wirklich zweifelhaft, ob die landlichen Kredit-Institute wirklich die gefehllichen Begünstigungen verdienen, die ihnen zu theil werden. Die härtere Amortisation der Schuld erinnert mich an den Rath, sich an dem eigenen Kopf und dem Sumpf zu ziehen. Die Freiheit des Grund und Bodens muß verhärtet werden. Wenn dann den Grundbesitzern zu helfen ist, so kann das ja auch durch Ueberlauf von Land geschehen. Eine Zwangsorganisation würde ein großes Unrecht sein gegen die kreditwürdigen Besitzer gegenüber den anderen. Verwahren muß ich mich gegen den Gedanken einer Benachteiligung der Gläubiger, wie sie Herr v. Mantuffel im Herrenhaus in Aussicht gestellt hat. Das ist eine Konfiskation des Eigenthums. Es kann nichts verhängnisvolleres gedacht werden, als daß man solche Grundstücke aus solchen Kreisen heraus zum Ausdruck bringt. Besonders aber widerspreche ich dem Gedanken, den Staatskredit dafür in Anspruch zu nehmen. Wozu würden die besitzlosen Arbeiter berechtigt sein, wenn man ihn für die besitzenden Klassen in Anspruch nimmt? Der Staatskredit wird schon für die eigentlichen Staatsbedürfnisse in bedenklicher Weise gebraucht. Hüten wir uns, auf solche Dinge einzugehen. Ich bedaure, daß der Landwirtschaftsminister nicht gegen diese drei Gedanken Widerpruch erhoben hat. Wenn das nicht geschieht, dann wird eine gewaltige Erschütterung des Realcredits die Folge sein und daraus folgt wieder eine Erschütterung des Personalcredits. Ich erkläre mir die Vorlage auch nur daraus, daß man wegen des russischen Handelsvertrages eine gewisse bessere Stimmung bei den Agrariern erzeugen will. (Zuruf: Spect!) Spect kann ich es nicht einmal nennen; es sind nur gemalte Gerichte für den agrarischen Hunger, über deren Betrachtung die Agrarier den russischen Handelsvertrag vergessen. (Heiterkeit.) Der russische Handelsvertrag ist so gut, daß er für sich allein marschiren kann; er wird sich die Annahme erzwingen, weil er eine politische Nothwendigkeit ist. Deshalb kann ich nur bitten, gegenüber dem Handelsvertrag den Begegnungspunkt nicht soviel damit heranzuziehen, weil Sie sich dadurch immer noch mehr Blößen geben (Widerpruch rechts). Die Kette Ihres Widerstandes wird gebrochen werden, weil sie gebrochen werden muß (Zustimmung links, Zischen rechts).

Abg. Kuebel (nat.) bedauert, daß die Landwirtschaftskammern an die Stelle der Zentralvereine treten sollen. Der größere und kleinere Besitz haben nicht gleiche Interessen. Der größere Besitzer steht bei seiner Viehzucht auf den Milchtrug, der kleinere auf die Arbeitskraft. Der größere Besitzer hat bei seiner Feldwirtschaft andere Interessen, als der kleine Besitzer, welcher Obzucht treibt. Bei den Landwirtschaftskammern werden die kleinen Landwirthe selten vertreten sein. Wenn ein kleiner Landwirth überhaupt gewählt wird, so wird es ihm schwer werden, gegenüber den größeren Landwirthen mit seiner Meinung aufzutreten.

Abg. Ring (L.): Die Landwirtschaftskammern müßten möglichst selbständig sein, damit sie der Regierung gegenüber unabhängig bleiben. Die Staat wird eine Form finden müssen, um einen Theil der Hypothekenschulden in Rentenschulden zu verwandeln; denn nicht bloß der Besitzer, sondern der unverschuldete Besitzer ist die beste Abwehr der Sozialdemokratie. Namentlich würde leicht beim Rentengesetz eine Aenderung dahin herbeigeführt werden können, daß kleinen Leute von den Rentenschulden Geld gegen Rentenschuld gewährt werde.

Um 4 Uhr wird darauf die weitere Beratung bis Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Kommunales.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung für Vorberatung der Vorlage des Magistrats, betreffend die Regelung der Dienstaufstellungen der städtischen Beamten, beschäftigt sich in seiner heutigen Sitzung hauptsächlich mit den Gehaltsverhältnissen der Gemeindefullehrer. Es wurde namentlich die unzulängliche Befoldung dieser Beamten hervorgehoben, die einen Lehrer selbst in vorgerückten Jahren der Gehaltslosigkeit verurtheilen. Dem Magistrat wurde hauptsächlich die finanzielle Belastung des Stadtfiskus in den Vordergrund gerückt, die es nicht erlaube, den Forderungen der Lehrer gerecht zu werden. Wenn die etwas hochstehenden Pläne einzelner Mitglieder des Ausschusses verwirklicht werden sollen, müßte für das nächste Jahr der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer 115 pCt. betragen. Dem gegenüber wurde darauf hingewiesen, daß man nicht immer notwendige Ausgaben, die eine gerechtere Befoldung dieser Beamtenkategorie erfüllen sollen, nur deshalb aus dem Etat streichen sollte. Ihm einen möglichst niedrigen Zuschlag zu erheben. Es ist nur zu verwundern, daß gerade hier, wo es sich um die Aufbesserung der Gehälter für Lehrer der Kinder der arbeitenden Klassen handelt, diese

finanzielle Frage so in den Vordergrund gerückt wird, während die finanziellen Verhältnisse der Stadt im glänzendsten Lichte geschildert werden, wenn es sich um Projekte à la Königsstraße und Schloßplatz handelt.

Vollschullehrer und Schloßplatz — ja, Bauer, das ist ganz was anders.

Lokales.

Der Sozialdemokrat Nr. 2 gelangt heute, Donnerstag, Nachmittag zur Ausgabe. Die Berliner Expeditoren werden ersucht, ihre Exemplare Nachmittags von 4 Uhr ab in der Expedition des „Sozialdemokrat“, Beuthstr. 2, Hof 2 Treppen, abzuholen.

Das Gewerbegericht hat schon so manches jener modernen Schutze, die namentlich im Bauwesen vom gemeinsten Naube, dem Naube des Arbeitslohn, schlemmen und demnen, so gut es gehen wollte, Mores gelehrt. Weil das Gewerbegericht die selbstverständliche Pflicht, die Arbeiter vor der Ausbeutung durch jenes Gefindel zu schützen, meistens nach Kräften erfüllt und sich auch im übrigen möglichst Objektivität beiseigigt hat, erfreut es sich, trotz dieser oder jener Fehler, in Arbeiterkreisen eines unverkennbaren Vertrauens und sogar gewisser Popularität. Bekanntlich kann man dies von allen anderen Gerichtsinstitutionen, in denen ausschließlich Bourgeois zu urtheilen berufen sind, erklärungswürdig nicht sagen.

In der Gegenwart zu dem Vertrauen, das die Arbeiter den Gewerbegerichten meistens entgegen bringen, steht die oft bis zur Ungebühr gesteigerte Mißachtung und Voreingenommenheit, die man in Unternehmer- und namentlich in gewissen Handwerkerkreisen diesen Institutionen gegenüber einig des wegen hoch, weil in ihnen Arbeiter mit zu Gericht sitzen, die durch die freie Wahl von Jürgelgleichem zu diesem Ehrenamt berufen sind. Es will diesen verböhnten Köpfen immer noch nicht in den Sinn, daß der Arbeiter, dessen Ideal sie sich vorstellen als ein Wesen, auf das von rechts wegen das Ausnahmeweise der Gesinde-Ordnung verallgemeinert werden müßte, über ihre von „Gott“ eingesetzten „Herren“ in Gewerbebestimmungen mit zu Gericht sitzen und die von uns gefamngzeichneten Verfahren mit Zug und Recht aburtheilen sollen.

Bei dem verböhnten Kleinmeisterthum liegt natürlich nichts näher, als daß es der Sozialdemokratie den für sie übrigens höchst ehrenvollen Vorwurf macht, daß sie die Schuld an den vielen, dem Unternehmertum im höchsten Grade unangenehmen Urtheilen des Gewerbegerichts trage. Die Herren haben bei ihrem Groll gegen die bisherige Rechtsprechung des Gewerbegerichts selbstverständlich eine Heißung vor einem weiteren Vordringen der Sozialdemokratie und rüsten sich angelehnt der im September d. J. stattfindenden Neuwahlen zum Gewerbegericht schon jetzt zum Widerstand gegen den verhassten Feind. Ein Mundschreier, daß die Gewerbekommission des Vereins selbständiger Handwerker (gez. Heitken) von Berlin verendet, hat folgenden Wortlaut:

Die Neuwahlen der 70 ausscheidenden Arbeitgeber-Beisitzer des Gewerbegerichts zu Berlin finden laut § 11 des Ortsstatuts im September d. J. statt. Bei der hohen Wichtigkeit dieser Wahlen für den Handwerker- und Gewerbebestand ist es allen theilhaftigen Kreisen dringend geboten, dahin zu wirken, daß die sozialdemokratisch gefärbten Elemente, wenigstens nicht auch als Arbeitgeber-Beisitzer wiedergewählt werden, und verhindert wird, daß bei der Zusammensetzung des Gerichts, wie jetzt diese Partei häufig die Majorität erhält, was nach den bekannt gewordenen Gerichtsentscheidungen vielfach die unangenehmsten Konsequenzen für den belagerten Arbeitgeber nach sich gezogen hat.

Infolge der starken Inanspruchnahme des Gewerbegerichts — zirka 4000 Klagen pro Quartal — wird die Beilegung jedenfalls eine bedeutend stärkere als bei der ersten Wahl werden und erachten wir es daher für eine ernste Pflicht aller Gewerbetreibenden, nach besten Kräften dahin mitzuführen, daß das Resultat für den Gewerbebestand ein befriedigendes wird.

Zum Zweck einer Besprechung und event. Theilnahme an den Vorbereitungen zu dieser Wahl ist im Hause des Vereins selbständiger Handwerker, Weberstraße 17, eine Versammlung auf Montag, den 12. Februar er., Abends 7 1/2 Uhr angesetzt worden, wozu wir Sie ergebenst ersuchen, ein oder mehrere Mitglieder Ihres geehrten Vereins zu delegieren, um die gemeinsamen Maßnahmen mitzubereiten.

Wir brauchen diesem Produkt verbissener Duld wohl weiter nichts hinzuzufügen, als die Mahnung, die Berliner Arbeiterschaft, auch ihrerseits rechtzeitig das Möglichste zu thun, damit heute nach dem Herzen der Gewerbekommission nicht ins Gewerbegericht hineinkommen. Im Interesse einer gesunden Rechtsprechung ist eine energische Agitation je eher, je besser am Platz!

Die städtischen Gasanstalten haben dem Magistrat, wie er in seinem neuesten Bericht über deren Verwaltung eingestuft, im Jahre 1892/93 recht wenig Freude bereitet. Während seit einer langen Reihe von Jahren, sagt der Bericht, die Gasproduktion alljährlich erheblich gegen das Vorjahr gesteigert werden mußte, ist im Betriebsjahre 1892/93 eine Verminderung eingetreten. Die gesammte Gasproduktion betrug in 1891/92: 108 400 000 Kubikmeter, in 1892/93: 102 524 000 Kubikmeter, also in 1892/93 um 576 000 Kubikmeter (das heißt um mehr als 1/2 pCt.) weniger als in 1891/92. Die Verminderung der Gasproduktion ist notwendig geworden, weil sich eine Verminderung des Gasbedarfes gezeigt hat. Die gesammte Gasabgabe betrug in 1891/92 108 429 000, in 1892/93 102 432 000 Kubikmeter, also in 1892/93 um 991 000 Kubikmeter (d. h. um fast 1 pCt.) weniger als in 1891/92. Es ist dies seit 1878/79 das erste Mal, daß sich eine Verminderung des Gasbedarfes gezeigt hat. Es hat sich jedoch schon in den letzten Jahren angedeutet; denn wenn die Gasproduktion im Jahre 1889/90 noch um mehr als 6 1/2 pCt. gesteigert werden konnte, stieg sie in 1890/91 nur noch um 4—4 1/2 pCt. und in 1891/92 um etwas über 2 1/2 pCt., während sie in 1892/93, wie oben bemerkt, bereits um mehr als 1/2 pCt. eingeschränkt werden mußte. Die Verminderung des Gasverbrauches ist dadurch herbeigeführt worden, daß die Verwendung des Gases zur Beleuchtung bei den Privaten in einem bedeutend zurückgegangen ist. Auf dieses Gas fällt mehr als 1/4 des Gesamtverbrauches an Gas, so daß hier eine Verminderung des Bedarfes sofort auf den Gesamtverbrauch merklich einwirken muß. Das zu Beleuchtungszwecken an Privaten abgegebene Gasquantum betrug in 1891/92: 76 162 504, in 1892/93: 74 294 868 Kubikmeter (d. h. 77 1/2 bezw. etwas über 76 pCt. des Gesamtquantums), also in 1892/93 um 1 867 636 Kubikmeter weniger als in 1891/92. Diese Verminderung wird durch die Steigerung des Gasverbrauches für die öffentliche Beleuchtung, für die Beleuchtung in Anstalten und für gewerbliche Zwecke bei Privaten um zusammen 1 517 705 Kubikmeter um theilweise wieder ausgeglichen. Für den Rückgang des Gasverbrauches zur Beleuchtung bei Privaten führt der Bericht als Ursachen an: Die Vermehrung der elektrischen Beleuchtung, die ausgebreitete Anwendung von Brennern, die eine bessere Ausnutzung des Gases ermöglichen, die Sonntagruhe, nach deren Einführung der Gasverbrauch an den Sonntagen sofort erheblich gesunken ist, und — die nunmehr seit mehr als zwei Jahren andauernde ungünstige Lage in fast allen Zweigen der Industrie und der Gewerbe, welche in dem jetzt abgelaufenen Jahre (das heißt bis 1. April 1893) in seiner Weise eine Besserung erfahren hat, indem die Geschäftstätigkeit in dem größten Theile der Fabriken, wie in den verschiedenen Zweigen des Handwerks und der Kleinindustrie diejenige früherer Jahre nicht erreicht hat, und auch die Bauhätigkeit erheblich hinter den früheren Jahren

zurückgeblieben ist.“ Der Bericht weist den von ihm behaupteten Einfluß der ungünstigen wirtschaftlichen Lage auf den Gasverbrauch an den einzelnen Stadttheilen eingehend nach. Der Verbrauch ist auch da zurückgegangen, wo noch keine Kadel der Berliner Elektrizitätswerke, wohl aber größere industrielle Etablissements zu finden sind, z. B. in der Luisenstadt jenseits des Kanals und in der Oranienburger Vorstadt. Und wenn hauptsächlich die nördlichen und nordwestlichen Außenbezirke, die Stadttheile Friedrich-Wilhelmstadt, Thiergarten und Moabit, Wedding und Rosenfelder Vorstadt noch eine Erhöhung des Gasbedarfes, wenn auch nur eine bedeutend geringere als in den Vorjahren, aufweisen, so erklärt der Bericht das daraus, daß in diesen Gegenden wenigstens noch eine leidliche Bauhätigkeit geherrscht hat, die neue Wohnhäuser und damit neuen Bedarf an Gas schuf. In diesen Ausführungen liegt das nachträgliche Eingeständnis, das im vorigen Winter und sogar auch in dem vorhergehenden Sommer in Berlin eine große Zahl von Arbeitern arbeits- und brotlos gewesen ist; denn wenn die Bauhätigkeit im allgemeinen darniederlag, wenn die Geschäftstätigkeit in den Fabriken u. s. w. eine geringe war, dann haben viele Tausende von Arbeitern feiern müssen. Dieses Gesandnis ist um so werthvoller, als es von dem Magistrat selber kommt, der ja bekanntlich seit mehreren Jahren und bis in die allerjüngste Zeit das Vorhandensein eines durch allgemeine Arbeitslosigkeit hervorgerufenen größeren Nothstandes in Berlin entweder überhaupt nicht oder doch nur in bescheidenen Grenzen anerkannt hat. Dieses Gesandnis ist jedoch nicht neu. Es hieß bereits in dem vorigen (Anfang Januar 1893) herausgegebenen Magistratsjahr über die Verwaltung der Gasanstalten, daß das Betriebsjahr 1891/92 für fast alle Zweige der Industrie, des Handels und der Gewerbe, folglich auch für die Gasanstalten, nicht günstig gewesen sei. Es wurde in jenem Bericht sogar angegeben, daß der Rückgang in der Geschäftstätigkeit sich zum Theil bereits gegen Ende des Jahres 1890/91 bemerklich gemacht habe, also in jenem traurigen Winter, in dem der Oberbürgermeister v. Jordanbed unter dem Beifall der bürgerlichen Majorität der Stadtverordneten-Versammlung zum ersten Male das Wort aus sprach: „Es giebt keinen Nothstand in Berlin!“ Und die Berichte über die Gasanstalten sind nicht die einzigen, in denen solche Eingeständnisse zu finden sind. Der Berliner Magistrat liefert in den Berichten über fast alle Zweige der städtischen Verwaltung Material zur Beurtheilung der Frage, ob Gewerbe und Industrie in Berlin darniederliegen und ob ein Nothstand herrscht. Er liefert das Material freilich immer erst so spät (die Berichte erscheinen 6—12 Monate und noch später nach Ablauf des Berichtsjahres), daß man daraus höchstens noch beweisen kann, wie groß der Nothstand des Vorjahres war, um dessen Linderung die städtische Verwaltung bereits glücklich herumgekommen ist. Deshalb kann auch jedes Jahr in aller Gemüthsruhe die Behauptung aufgestellt werden, daß zum mindesten von einem Nothstande, der „außergewöhnliche“ Maßregeln zu seiner Linderung erheische, „gegenwärtig“ nichts zu merken sei.

Ein Kulturbild. Zur Beschaffung von Revolvern für die Beamten, welche den Aufwandsdienst über die auf den Riefelfeldern beschäftigten Korrigenden versehen, sind in dem neuen Etat 1500 M. eingestellt worden. Es sind 50 Revolver erforderlich. Begründet wird diese Forderung mit den Widersprechlichkeiten, die die Hauslinge aus Gründen, über die nichts verlaudet, beargen haben sollen. Wir haben es herrlich weit gebracht in der preussischen Kultur.

Die Errichtung eines Berliner Stadtgesundheitsamtes für hygienische und Nahrungsmittel-Untersuchungen ist vor längerer Zeit beschlossen worden. Wie die „Pharm. Zig.“ vernimmt, wird die Anstalt nunmehr in allernächster Zeit ins Leben treten.

Mehr Menschlichkeit und weniger Bureaunkrämmung dürfte nach den Klagen, die uns mehrfach zugegangen sind, auch einigen Institutionen zu empfehlen sein, von denen der Unbesorgene denken sollte, daß sie sich in erster Linie berufen fühlen müßten, den Menschen menschlich zu behandeln. Wir meinen die Ortsklassen oder vielmehr deren Verwaltungen und ihr Verhalten denjenigen Mitgliedern gegenüber, die krank geworden und demgemäß in die Lage versetzt sind, die ihnen zukommenden Unterstützungen aus ihrer Kasse in Anspruch zu nehmen.

Es ist wirklich kaum zu verstehen, so berichtet man uns, mit welcher unendlichen Geduld die armen kranken und schwachen Menschen auf dem Bureau ihrer Klasse oft Stundenlang warten, bis man ihnen mit wenig Höflichkeit die paar Pfennige Krankengeld hinreich, die sie mit Zug und Recht zu fordern haben. Ein Mitglied der Allgemeinen Ortsklasse, welches an Augenentzündung krank darniederliegt, konnte nicht selber gehen und mußte seine Frau auf das Bureau schicken. Es ist empörend, so berichtet diese Dame, daß im Kassenraum nicht wenigstens für erträgliche Luft und für die erforderlichen Sitzplätze in genügender Menge gesorgt wird. Die Pestluft, sowie ferner der Mangel an Gelegenheit zur Verrichtung gewisser Bedürfnisse hat manchmal die peinlichsten Szenen im Besolge, und auch ich war nach zweifelhaftem Warten, und nachdem in meiner Gegenwart schon zwei Frauen ohnmächtig geworden waren, trotz meiner starken Konstitution nahe daran, bestimmungslos zu werden. Und die Kassenbeamten? Als einer Krankengeld-Empfängerin abel geworden war und alles nach Wasser schrie, schaltete es hinter dem Tische her: Na, na, habt Euch man nicht so! Nichts seltenes ist es auch, daß auf dem Schein, den man vorzeigt, irgend ein Strich fehlt und dann kann man losziehen — natürlich ohne das zu Hause oft sehr schmerzhaft erwartete Krankengeld erhalten zu haben — um am nächsten Tage dieselbe Qual wieder Stundenlang über sich ergehen zu lassen. Wie leicht erklärlich sollen die uns geschilderten beschämenden Zuständen schon mehrfach die Ungeduld der Wartenden entfesselt und zu recht unerquicklichen Räumzügen geführt haben.

Treffen die Schilderungen, die uns von Ortsklassen-Mitgliedern gemacht werden, auch nur zum Theil zu, so sind es die Mitglieder der in betracht kommenden Krankenkassen ihrer eigenen Würde als Arbeiter schuldig, daß sie im weitesten Sinne des Wortes für freie Luft sorgen.

Wie leicht tragen diese Mittheilungen dazu bei, das Interesse der Arbeiterschaft für ihre Krankenkassen wieder etwas aufzuwecken; ohne lebhaftes Verlangen der Mitglieder nach Besserung werden die Uebel von heute noch lange andauern.

Geschäftskrisse. In dem Bierkriege, den die verbundenen Gast- und Schankwirthe und Bierverleger gegen die Brauereien und deren Flaschenhandel mit so großer Bravour unternommen hatten, haben sich die Verbündeten eine klägliche Niederlage geholt. Unsere s. B. ausgesprochene Erwartung ist im vollsten Maße eingetroffen: die Brauereien haben die Forderungen der Verbündeten, welche diese den Brauereien einfach diktierten zu können glaubten, rundweg abgelehnt. Wir freuen uns hierüber, nicht etwa im Interesse der Brauereien, sondern im Interesse der Arbeiter. Herr Hoppoldt hatte sicherlich nicht zu viel gesagt, wenn er in der „Bierkommissions-Sitzung“, über welche die „Deutsche Gastwirths-Zeitung“ einen offiziellen Bericht veröffentlicht, diesem zufolge sagte: „Wegen der Forderung von Flaschenbier an Fabriken und größere Arbeitsstätten seien es gerade die Arbeiter selbst, welche dringend die Lieferung von Flaschenbier aus der Brauerei direkt verlangen mit der Angabe, daß Bier vom Gastwirth r. sei schlecht.“ Der gedachte Bericht der „Deutschen Gastwirths-Zeitung“ über die „Bierkommissions-Sitzung“, in welcher Vertreter beider Parteien mit einander verhandelten, enthält übrigens einige nicht uninteressante Stellen, die wohl verdienen, etwas mehr in das Licht der Öffentlichkeit gerückt zu werden. So sagte z. B. Herr Hoppoldt, dem Berichte zufolge, nachdem er den Flaschenbierhandel der Brauereien deren Widersachern gegenüber verteidigt hatte, gewissermaßen zu deren Verübung: „Ein

Geschäftskrisse“, der heute keinem Unternehmer zu verdienen sei würde angewendet, um die Konsumenten zufrieden zu stellen, und zwar dahin, daß man die Flaschen kleiner machen läßt, daß, anstatt wie vielfach behauptet wird, eine bestimmte Anzahl Flaschen nicht 0,4, sondern nur 0,37 Liter Inhalt haben, womit bei einem größeren Quantum schon zu rechnen sei.“ Diese Thatsache ist jedenfalls recht interessant zu hören, und wir sind dem Herrn Hoppoldt sehr verbunden, daß er uns mit diesem „Geschäftskrisse“ der Brauereien bekannt gemacht hat. Nur möchten wir bezweifeln, daß die Konsumenten hierdurch thatsächlich zufriedengestellt werden. Weiter meinte Herr Hoppoldt — wir folgen auch hier dem gedachten offiziellen Berichte — in bezug auf die Bierverleger: „... In den meisten Fällen würden die Etikettes auf Flaschen so täuschend seitens der Bierverleger nachgemacht, daß das Publikum glauben müsse, das Flaschenbier sei direkt von der bezeichneten Brauerei bezogen.“ Also auch ein „Geschäftskrisse“! Man sieht, es hat einer dem andern nichts vorzuerwerfen. Ueber die Manipulationen der Gast- und Schankwirthe als Dritte im Bunde, das liebe Publikum über den Löffel zu barbieren, schweigt sich der Bericht aus. Wenn der Bericht sodann weiter meldet, daß „Kollege Lasse bedauert, daß die Anlegenheit so öffentlich in der Presse besprochen würde“, so wollen wir ihm das gerne glauben. Es mag nicht angenehm sein, Geschäftsgeheimnisse und Geschäftskrisse so öffentlich an den Pranger gestellt zu sehen.

Frau Alma Palm erucht uns zu konstatieren, daß nicht sie es war, welche uns damit drohte, aus der Partei auszutreten, wenn wir die Berichterstattung über die Konsumvereins-Versammlungen unterlassen. Wir thun dies sehr gerne und freuen uns, auch gleichzeitig mittheilen zu können, daß der Schreiber jenes Briefes uns sein Bedauern über jene Aeußerung ausgedrückt hat. Aus dem Briefe der Frau Palm theilen wir noch die folgende Stelle mit:

Wir ist es gleich, welche Stellung der „Vorwärts“ gegen die Konsum-Vereine einnimmt, ich bin gegen die Konsum-Vereine wie eine große Menge zielbewusster Sozialdemokraten, und bin ich der Ansicht, daß jeder Sozialdemokrat betrefis solcher Privat-Ausdrucksformen auch seine freie Meinung hat, und nicht mit dem Kopf nickt, weil der „Vorwärts“ nicht gegen solche Vereine Stellung nimmt.“

Wir geben darin Frau Palm vollständig Recht, wir protestirten bloß dagegen, daß der Kampf gegen die Konsumvereine unter sozialdemokratischer Flagge geführt wird.

Sunde- und Menschenfutter. Unmittelbar unter den Augen der „Väter unserer Stadt“, am östlichen Eingange des Rathhausplatzes, spielen sich alle Morgen Szenen ab, die das Verlangen eines Nothstandes als krassen Unfluth brandmarken. Eine lange Reihe von Personen der unteren Stände, rüstige Männer, Frauen, Greise und Kinder, steht Vormittags zwischen 8 und 9 Uhr wie vor dem Postkammer aufgespannt, um das angebotene Bouillonfleisch, welches der Pächter des bezeichneten Etablissements nicht mehr verwerten kann, anzulassen. Regen, Schnee, Kälte hat hier auf die Nachfrage keinen Einfluß, diese bleibt stets stärker als das Angebot. Verschiedene größere Restaurants vergeben ihre Küchenabfälle im ganzen an Hundstückerhändler, diese sortiren sie wiederum und verkaufen Fleischreste à Pfund 15 Pfennig an Arme, deren Magen alles ertragen kann und muß.

Fabrikantenfürsorge. Eine kleine Illustration des Hochmuths und Dünkels gewisser Kreise liefert folgende Episode. Ein hiesiger großer Fabrikant läßt seit vielen Jahren, wahrscheinlich der billigen Arbeitslöhne wegen, einen Theil seiner Baumwollensfabrikate durch Hausindustrielle im sächsischen Erzgebirge anfertigen. Weil er zufällig einen größeren Posten fertiger Arbeit abzuliefern hatte, wollte einer dieser Weber, der alt und grau geworden war, ohne die Residenz gesehen zu haben, die Gegend besuchen, um sammt seiner Frau die Großstadt zu besichtigen. Unser Fabrikant labet großmüthig das Ehepaar zu einem Besuch des Rathhausplatzes ein, was von den einfachen Leuten nach längerem Stranden angenommen wird. Nachdem man Bier getrunken hat, stellt der Appetit sich ein und großmüthig, wie er nun einmal ist, bestellt der spendliche Herr Fabrikant für sich einen Braten und für seine beiden Gäste, vielleicht, damit sie sich an dem ungewohnten Fleisch nicht den Magen verderben sollten, je eine Portion — Linsen!!! Das war unserm biedern Sächler aber doch zu stark. Ohne ein Wort zu verlieren, nahm er seine Frau am Arm und ließ den Braten sammt Braten und Linsen unter den ironischen Bemerkungen der Zuschauer sitzen.

Auffehen erregten zwei Streifzüge, welche die Sittenpolizei am Montag Abend gegen das von zweifelhaften Männlein und Weiblein besuchte Lokal Verolina in der Zimmerstraße, sowie gegen die neben diesem Lokal belegenen und in gleichen Ruf stehende Freundliche Wirthschaft unternahm. Sämmtliche 50 Gäste beiderlei Geschlechts wurden nach der Polizeiwache in der Lindenstraße geführt und dort nach Aufnahme ihrer Personalien bis auf sechs verdächtige Männer wieder entlassen. Anlaß zu dem Vorgehen gegen die beiden Wirthshäuser soll die überhandnehmende Belästigung der Passanten in dieser Stadtgegend gegeben haben.

Ein breiter Dieb ist in der Person des 25 Jahre alten Artisten Ernst Haller aus Hannover am heutigen Mittwoch Morgen um 10 1/2 Uhr an der Ecke der Schützen und Charlottenstraße festgenommen worden. Der Wirthshändler Babenderede aus Lankwitz befand sich in einem Geschäftsladen und hatte sein Fuhrwerk draußen stehen lassen. Dies benutzte Haller, um sich auf den Bod zu schwingen und davonzufahren. Man setzte ihm nach, Babenderede hielt das Gesehweh wohl nicht selbst zugefügt fest; der Dieb sprang herunter und versetzte dem Besizer einen Schlag mit einem Stock über den Kopf, daß er blutete und am Auge verletzt wurde. Jetzt kam der Reviervorstand, Polizeileutnant Hennig hinzu und veranlaßte die Festnahme Haller's, sowie einer zweiten der Behilse verdächtige Person. Bevor die Polizei erschien, wurde der Thäter vom Publikum durch eine gehörige Tracht Prügel „vorbestraft“.

Zu dem Vorfalle in der Markstraße wird sehr mitgetheilt, daß die Kriminalpolizei, die zwar den Ueberfall und die Brandstiftung für erdichtet ansah, indes gestern noch nicht gleich zugreifen zu sollen glaubte, nunmehr die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Darstellung Kochan's erfunden, und daß dieser selbst der Brandstifter ist. Kochan ist daher auch bereits verhaftet worden. Das wesentlichste Entlastungsmoment bestand darin, daß er sich die Kopfgeschwulst wohl nicht selbst zugefügt habe. Es scheint aber, daß dies durch das selbstverschuldete Zuschlagen der Falltür entstanden ist, während Kochan auf der Treppe stand, indem er dabei von einer Leiste der Thür getroffen wurde.

Der Schwindler, der in Wirthshäusern plötzlich die Herausgabe von Geld verlangte, ohne daß er bezahlt hatte, ist jetzt verhaftet worden, nachdem er durch sein bestimmtes Auftreten meistens Erfolg gehabt hat. Er ist der Wildhauer Hugo W., der selbst zugiebt, in mindestens 25 Fällen seinen betrügerischen Zweck erreicht zu haben, die Orte aber, wo dies geschehen ist, nicht angeben kann. Sein Thätigkeitsfeld lag hauptsächlich in der Alten Jakobstraße.

Wegen Verdacht der vorfälligen Gefangenenerbreitung wurde in Leipzig ein 54jähriger Schloffer in Berlin, der früher Gefängniswärter in Halle war, infolge Requisition der Kgl. Staatsanwaltschaft verhaftet und an die genannte Behörde abgeliefert.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am gestrigen (Mittwoch) Nachmittag in der Fabrik von Siemens u. d. Halske in der Markgrafenstraße. Ein Fabrikarbeiter, der Wasserbehälter bis in das Erdgeschos gebracht hatte, setzte sich hier fest,

während die Kette weiter abließ. Ein Arbeiter trat mit dem Fuß auf den Stuhl, um ihn in das Kellergeschoß hinabzustößen, glitt dabei aus und stürzte mit dem Fahrsstuhl in den Schacht hinab. Er zog sich einen Bruch des rechten Oberschenkels und Verletzungen am Kopf und den Armen zu, so daß seine Ueberführung nach der Klinik in der Ziegelstraße erfolgen mußte.

Aus dem Fenster gestürzt hat sich in der Nacht zum Mittwoch gegen 2 1/4 Uhr der 54 Jahre alte Arbeiter Hermann Dahms, der im Seitenflügel des Hauses Mörkersstr. 71, 4 Tr., hoch wohnte. Als Motiv der That wird Schwermuth bezeichnet.

Polizeibericht. Am 5. d. M. Abends fiel ein Schlosser von der Treppe des von ihm bewohnten Hauses in der Diegnitzerstraße und erlitt so schwere Verletzungen am Kopfe, daß er am nächsten Vormittag verstarb. — Am 6. d. M. Vormittags wurde vor dem Hause Königsgräberstr. 140 ein Mann durch einen Geschäftswagen überfahren und im Gesicht so bedeutend verletzt, daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — Abends versuchte eine Frau in ihrer, in der Beusselstraße belegenen Wohnung, sich mittels Schweinefurtergrün zu vergiften. Sie wurde nach dem Krankenhause Moabit gebracht. — In der Nacht zum 7. d. M. sprang ein Arbeiter aus dem Fenster seiner im vierten Stock eines Hauses der Mörkersstraße belegenen Schlafstelle auf den Hof hinab und fand auf der Stelle den Tod. — Im Laufe des Tages fanden sieben kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Ein höchst gefährlicher Platterfahrer mit seinen Helfershelfern stand gestern vor der zweiten Strafkammer hiesigen Landgerichts I, um sich wegen 21 Bodendiebstähle bezw. Beihilfe und gewohnheitsmäßige Diebstahlerei zu verantworten. Der Einbrecher, der mit Stemmisen und Dietrich die festesten Thürschlösser zu öffnen versteht, ist der erst 19jährige Tapezier Buttgeret, neben ihm sah sein 14jähriger Bruder Hans Buttgeret und die Mutter der Weiden, Frau Buttgeret. Im September vorigen Jahres kamen in Berlin zahlreiche Bodendiebstähle vor, die mit der äußersten Frechheit ausgeführt waren und den Dieben reiche Beute brachten. Die Einbrüche fanden zumeist am hellen Tage statt und der Spitzhube, der zweifellos noch Kompilgen gehabt hat, hat häufig große Säcke und Körbe voll gestohlenen Gutes ohne jede Scheu aus den Dörfeln, denen er einen unliebsamen Besuch abgestattet, hinausgetragen. Kriminalkommissarius Müller, der die Recherchen in dieser Sache leitete, stellte fest, daß zahlreiche, offenbar gestohlene Waaren bei dem Preussischen Leibhause von einem Knaben auf eine bestimmte Legitimation verführt worden waren. Es wurden Kriminalbeamte in der Nähe des Leibhauses postirt und diese sahen eines Tages den Knaben Buttgeret in dem Augenblicke ab, als er einen kostbaren Pelz versehen wollte. Zur Legitimation diente die polizeiliche Anmeldung eines Studenten, der bei der angeklagten Frau Buttgeret wohnte. Infolge dessen wurde bei letzterer eine Hausdurchsuchung abgehalten, die überraschende Ergebnisse zu Tage förderte. Es wurden nicht weniger als 47 Pfandscheine über verführte Waaren vorgefunden, außerdem ein so großes Lager gestohlener Waaren, daß zum Transport derselben nach dem Polizeigenwächsam ein ganzer Möbelwagen nöthig war. Kriminalkommissar Müller mußte eine öffentliche Aufforderung an alle diejenigen erlassen, die das Opfer von Diebstählen geworden waren. Es meldeten sich ca. 50 Personen, die zahlreiche der bei der Polizei aufbewahrten Sachen als ihr Eigenthum erkannten und in Folge dessen nun als Zeuge figurirten. Der Hauptangeklagte gab 18 Fälle des Einbruchdiebstahls zu, der Knabe wurde überführt, in 7 Fällen mit am Thatorte gewesen zu sein und den Verkauf der gestohlenen Waare besorgt zu haben. Die angeklagte Mutter bestritt trotz des erdrückenden Beweises ihre Schuld. Nach siebenstündiger Verhandlung verurtheilte der Gerichtshof den ersten Angeklagten zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängniß, den Knaben zu 3 Monaten Gefängniß, die Mutter zu 3 Jahren Zuchthaus.

Versammlungen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Filzschuhbranche hielten am Montag, den 5. Februar, eine öffentliche Versammlung bei Seefeldt ab, um Stellung zur diebstahligen Rauferei zu nehmen. Diph führte in seinem einleitenden Referat die mangelhafte Feiler im vorigen Jahre auf die schwankende Haltung der Arbeiter in den verschiedenen Fabriken zurück und hielt ein entschlossenes Vorgehen um so mehr geboten, als in der Filzschuhbranche voraussichtlich ohne besondere Schwierigkeit sich eine strikte Arbeitsruhe durchführen lasse. Redner hält ein Zusammengehen mit anderen Gewerkschaften für unpraktisch, da man dann schwerlich kontrolliren könne, ob die Kollegen sänftlich an der Demonstration theilnehmen. Kollege Steffen macht den Vorschlag, Listen zur Unterschrift für die Arbeitsruhe in den einzelnen Fabriken zirkuliren zu lassen, um den Konflikt mit dem Arbeitgeber möglichst vorzubeugen und die Kollegen zur klaren Stellungnahme zu veranlassen. Dagegen erklären sich die meisten Redner, da eine solche schriftliche Zusage von vielen Kollegen doch nicht für bindend erachtet würde. — Bei der Abstimmung wird sodann die Resolution für strikte Arbeitsruhe am 1. Mai einstimmig angenommen. Die Agitationskommission erhält den Auftrag, in öffentlichen Versammlungen für die allgemeine Durchführung dieses Beschlusses zu agitiren.

In der folgenden Debatte wird Klage über den Geschäftsführer der Firma Eisenberg u. Strauß geführt und es als unerlässlich bezeichnet, an dem Tarif festzuhalten. — Für die am 14. Februar im selben Lokal stattfindende Ortsklassen-Versammlung ist im Interesse der sehr wichtigen Tagesordnung zahlreicher Besuch erwünscht.

Die Schmiebe waren am 6. Februar in Hensel's Salon versammelt und hörten mit Aufmerksamkeit einen Vortrag des Genossen Fr. Theiß-Hamburg über die wirthschaftliche Lage. Redner behandelte eingehend die in allen Verufen überhandnehmende Arbeitslosigkeit, während die Entlohnung der noch Arbeitenden eine durchaus unzulängliche genannt werden müsse und schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Kollegen es nunmehr an der Zeit finden mögen, sich allesamt um das Banner der Berufsorganisation zu scharen. (Beifall.) Kaiser und Ladner ergänzen die Ausführungen des Referenten; der Kollege Boffin regt die Gründung einer Arbeitslosenunterstützung an, welche ein Äquivalent darstellen soll gegenüber den Leistungen, welche den verheiratheten Kollegen durch die Reiseunterstützung erwachsen. Eine speziell für diesen Zweck einzuberufende Versammlung soll endgiltig zu dieser Frage Stellung nehmen. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war die Besprechung über die Zustände in der Innungs-Herberge Rulandstraße 9. Der sogenannte Hausvater Wilde soll zu wiederholten Malen das Hausrecht in Anwendung gebracht und sich Beschimpfungen der organisierten Kollegen erlaubt haben. Von Seiten der Kollegen Kaiser und Schmidt wird das Ersuchen an die Versammlung gerichtet, jeden einzelnen Fall unter Beibringung von Zeugen den Vertrauenspersonen mitzutheilen.

Zweite Versammlung der Kaufleute. Donnerstag, den 8. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Robert, Reuchstr. 22 1 Tr. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Wied. Vortrag über: „Die politischen Parteien und die Handlungsbüchlein“.

Haus- und Geschäftsdienner. Väter, Mütter, Meistler-Arbeiter, Wirthschafter, Getreide-Träger, Speicher- und Expeditions-Arbeiter, sowie alle im Handelsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Berlin's und Umgegend, Donnerstag, den 8. Februar, Abends 9 Uhr, Große öffentliche Versammlung in der Arminienhallen, Kommandantenstr. 30 (großer Saal). Tagesordnung: 1. Bericht der Mitglieder-Kommission über den diesjährigen Kongreß in Halle a. S. 2. Bericht, sowie Abrechnung und Neuwahl des Vertrauensmannes. 4. Wahl eines Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission. 5. Verschiedenes.

Berlin-Verliner Wohnungsmiethen. Donnerstag, den 8. Februar, Abends 9 Uhr, im Reinen Stadthaus, Kommandantenstr. 72, Vereinsversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Vorstehers Reubertus G. Horn über: „Die Umgestaltung der Gemeindefürsorge.“ Außerdem Wahl einer Kommission zur Vorbereitung der Hochhandelswahl.

Verband der Arbeiter-Gewerkschaften „Pöhlmanns“. Sitzung alle Donnerstage bei Wied, Reuchstr. 22.

Arbeiter-Redaktion „Bertha“. Donnerstag, den 8. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur Gleichheit“, Androssstr. 28. Auserordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Ergänzungswahl des Vorstandes und Verschiedenes.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag, Abends 8 1/2-10 Uhr: Nord-Schule, Müllerstr. 120; Unterricht in Deutsch (unt.) D.R.Schule, Wartenstr. 31; Erste Hilfe bei Unglücksfällen. Süd-Schule, Reichenbergerstr. 122; Unterricht in Kaufmännischen Rechnen, Korrespondenz und Buchführung.

Bei allen Unterrichtsfächern können Schüler und Schülerinnen aus jezt im Laufe des Semesters, eintreten.

Kaffe- u. Pöhlmanns-Klub. Donnerstag, Diegen, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schröder, Wartenstr. 28. — Neue Zeit, Abends 8 1/2 Uhr, Wartenstr. 40, bei Wied. — Süd-Ost, bei Zöllner, Sorauer- und Köpenickerstr. 40. — Klub der Freunde bei Quadt, Weinmännchenstr. 120. — Kassenloster, Abends 8 1/2 Uhr, Restaurant „Eichhof“, Baumgartenweg 22. — Sozialistischer Lesel- und Diskussionsklub Abends 8 1/2 Uhr, Reichenbergerstr. 127. — Diskussionsklub „Zeitgeist“ jeden Donnerstag nach dem 1. und 16. des Monats bei Tempel, Vangelstr. 22, Abends 8 1/2 Uhr. — Diskussionsklub „Gleichheit“ (Weidenf.) bei Wied, Charlottenburger Kommandantenstr. 40, Abends 8 1/2 Uhr. — August Geib Abends 9 Uhr im Restaurant Jubel.

Arbeiter-Gängerbund Berlin's und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Rortum, Wartenstr. 40, 2 Tr. Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 8, bei Wied. — Rosa Blume, Gr. Frankfurterstr. 123 b. Wied. — Frühlingstr. 20, bei Wied. — W. Reichstr. 20, bei Wied. — 16. bei Wied. — Welche Wöste, Reimendörfer, Reichstr. 20, bei Wied. — Morgenroth 1, Nimmelsburg, Berlinstr. 20, bei Wied. — 2. bei Wied. — Wilmersdorf, Berliner- und Wapplerstr. 40, bei Wied. — Zeitgeist (Hammacher), Doppel-Allee 24, b. W. Reinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Wartenstr. 28, bei Wied. — D. und W. Preussischer Arbeiter-Kongreß, Reuchstr. 22, bei Wied. — G. bei Wied. — 2. bei Wied. — 3. bei Wied. — 4. bei Wied. — 5. bei Wied. — 6. bei Wied. — 7. bei Wied. — 8. bei Wied. — 9. bei Wied. — 10. bei Wied. — 11. bei Wied. — 12. bei Wied. — 13. bei Wied. — 14. bei Wied. — 15. bei Wied. — 16. bei Wied. — 17. bei Wied. — 18. bei Wied. — 19. bei Wied. — 20. bei Wied. — 21. bei Wied. — 22. bei Wied. — 23. bei Wied. — 24. bei Wied. — 25. bei Wied. — 26. bei Wied. — 27. bei Wied. — 28. bei Wied. — 29. bei Wied. — 30. bei Wied. — 31. bei Wied. — 32. bei Wied. — 33. bei Wied. — 34. bei Wied. — 35. bei Wied. — 36. bei Wied. — 37. bei Wied. — 38. bei Wied. — 39. bei Wied. — 40. bei Wied. — 41. bei Wied. — 42. bei Wied. — 43. bei Wied. — 44. bei Wied. — 45. bei Wied. — 46. bei Wied. — 47. bei Wied. — 48. bei Wied. — 49. bei Wied. — 50. bei Wied. — 51. bei Wied. — 52. bei Wied. — 53. bei Wied. — 54. bei Wied. — 55. bei Wied. — 56. bei Wied. — 57. bei Wied. — 58. bei Wied. — 59. bei Wied. — 60. bei Wied. — 61. bei Wied. — 62. bei Wied. — 63. bei Wied. — 64. bei Wied. — 65. bei Wied. — 66. bei Wied. — 67. bei Wied. — 68. bei Wied. — 69. bei Wied. — 70. bei Wied. — 71. bei Wied. — 72. bei Wied. — 73. bei Wied. — 74. bei Wied. — 75. bei Wied. — 76. bei Wied. — 77. bei Wied. — 78. bei Wied. — 79. bei Wied. — 80. bei Wied. — 81. bei Wied. — 82. bei Wied. — 83. bei Wied. — 84. bei Wied. — 85. bei Wied. — 86. bei Wied. — 87. bei Wied. — 88. bei Wied. — 89. bei Wied. — 90. bei Wied. — 91. bei Wied. — 92. bei Wied. — 93. bei Wied. — 94. bei Wied. — 95. bei Wied. — 96. bei Wied. — 97. bei Wied. — 98. bei Wied. — 99. bei Wied. — 100. bei Wied. — 101. bei Wied. — 102. bei Wied. — 103. bei Wied. — 104. bei Wied. — 105. bei Wied. — 106. bei Wied. — 107. bei Wied. — 108. bei Wied. — 109. bei Wied. — 110. bei Wied. — 111. bei Wied. — 112. bei Wied. — 113. bei Wied. — 114. bei Wied. — 115. bei Wied. — 116. bei Wied. — 117. bei Wied. — 118. bei Wied. — 119. bei Wied. — 120. bei Wied. — 121. bei Wied. — 122. bei Wied. — 123. bei Wied. — 124. bei Wied. — 125. bei Wied. — 126. bei Wied. — 127. bei Wied. — 128. bei Wied. — 129. bei Wied. — 130. bei Wied. — 131. bei Wied. — 132. bei Wied. — 133. bei Wied. — 134. bei Wied. — 135. bei Wied. — 136. bei Wied. — 137. bei Wied. — 138. bei Wied. — 139. bei Wied. — 140. bei Wied. — 141. bei Wied. — 142. bei Wied. — 143. bei Wied. — 144. bei Wied. — 145. bei Wied. — 146. bei Wied. — 147. bei Wied. — 148. bei Wied. — 149. bei Wied. — 150. bei Wied. — 151. bei Wied. — 152. bei Wied. — 153. bei Wied. — 154. bei Wied. — 155. bei Wied. — 156. bei Wied. — 157. bei Wied. — 158. bei Wied. — 159. bei Wied. — 160. bei Wied. — 161. bei Wied. — 162. bei Wied. — 163. bei Wied. — 164. bei Wied. — 165. bei Wied. — 166. bei Wied. — 167. bei Wied. — 168. bei Wied. — 169. bei Wied. — 170. bei Wied. — 171. bei Wied. — 172. bei Wied. — 173. bei Wied. — 174. bei Wied. — 175. bei Wied. — 176. bei Wied. — 177. bei Wied. — 178. bei Wied. — 179. bei Wied. — 180. bei Wied. — 181. bei Wied. — 182. bei Wied. — 183. bei Wied. — 184. bei Wied. — 185. bei Wied. — 186. bei Wied. — 187. bei Wied. — 188. bei Wied. — 189. bei Wied. — 190. bei Wied. — 191. bei Wied. — 192. bei Wied. — 193. bei Wied. — 194. bei Wied. — 195. bei Wied. — 196. bei Wied. — 197. bei Wied. — 198. bei Wied. — 199. bei Wied. — 200. bei Wied. — 201. bei Wied. — 202. bei Wied. — 203. bei Wied. — 204. bei Wied. — 205. bei Wied. — 206. bei Wied. — 207. bei Wied. — 208. bei Wied. — 209. bei Wied. — 210. bei Wied. — 211. bei Wied. — 212. bei Wied. — 213. bei Wied. — 214. bei Wied. — 215. bei Wied. — 216. bei Wied. — 217. bei Wied. — 218. bei Wied. — 219. bei Wied. — 220. bei Wied. — 221. bei Wied. — 222. bei Wied. — 223. bei Wied. — 224. bei Wied. — 225. bei Wied. — 226. bei Wied. — 227. bei Wied. — 228. bei Wied. — 229. bei Wied. — 230. bei Wied. — 231. bei Wied. — 232. bei Wied. — 233. bei Wied. — 234. bei Wied. — 235. bei Wied. — 236. bei Wied. — 237. bei Wied. — 238. bei Wied. — 239. bei Wied. — 240. bei Wied. — 241. bei Wied. — 242. bei Wied. — 243. bei Wied. — 244. bei Wied. — 245. bei Wied. — 246. bei Wied. — 247. bei Wied. — 248. bei Wied. — 249. bei Wied. — 250. bei Wied. — 251. bei Wied. — 252. bei Wied. — 253. bei Wied. — 254. bei Wied. — 255. bei Wied. — 256. bei Wied. — 257. bei Wied. — 258. bei Wied. — 259. bei Wied. — 260. bei Wied. — 261. bei Wied. — 262. bei Wied. — 263. bei Wied. — 264. bei Wied. — 265. bei Wied. — 266. bei Wied. — 267. bei Wied. — 268. bei Wied. — 269. bei Wied. — 270. bei Wied. — 271. bei Wied. — 272. bei Wied. — 273. bei Wied. — 274. bei Wied. — 275. bei Wied. — 276. bei Wied. — 277. bei Wied. — 278. bei Wied. — 279. bei Wied. — 280. bei Wied. — 281. bei Wied. — 282. bei Wied. — 283. bei Wied. — 284. bei Wied. — 285. bei Wied. — 286. bei Wied. — 287. bei Wied. — 288. bei Wied. — 289. bei Wied. — 290. bei Wied. — 291. bei Wied. — 292. bei Wied. — 293. bei Wied. — 294. bei Wied. — 295. bei Wied. — 296. bei Wied. — 297. bei Wied. — 298. bei Wied. — 299. bei Wied. — 300. bei Wied. — 301. bei Wied. — 302. bei Wied. — 303. bei Wied. — 304. bei Wied. — 305. bei Wied. — 306. bei Wied. — 307. bei Wied. — 308. bei Wied. — 309. bei Wied. — 310. bei Wied. — 311. bei Wied. — 312. bei Wied. — 313. bei Wied. — 314. bei Wied. — 315. bei Wied. — 316. bei Wied. — 317. bei Wied. — 318. bei Wied. — 319. bei Wied. — 320. bei Wied. — 321. bei Wied. — 322. bei Wied. — 323. bei Wied. — 324. bei Wied. — 325. bei Wied. — 326. bei Wied. — 327. bei Wied. — 328. bei Wied. — 329. bei Wied. — 330. bei Wied. — 331. bei Wied. — 332. bei Wied. — 333. bei Wied. — 334. bei Wied. — 335. bei Wied. — 336. bei Wied. — 337. bei Wied. — 338. bei Wied. — 339. bei Wied. — 340. bei Wied. — 341. bei Wied. — 342. bei Wied. — 343. bei Wied. — 344. bei Wied. — 345. bei Wied. — 346. bei Wied. — 347. bei Wied. — 348. bei Wied. — 349. bei Wied. — 350. bei Wied. — 351. bei Wied. — 352. bei Wied. — 353. bei Wied. — 354. bei Wied. — 355. bei Wied. — 356. bei Wied. — 357. bei Wied. — 358. bei Wied. — 359. bei Wied. — 360. bei Wied. — 361. bei Wied. — 362. bei Wied. — 363. bei Wied. — 364. bei Wied. — 365. bei Wied. — 366. bei Wied. — 367. bei Wied. — 368. bei Wied. — 369. bei Wied. — 370. bei Wied. — 371. bei Wied. — 372. bei Wied. — 373. bei Wied. — 374. bei Wied. — 375. bei Wied. — 376. bei Wied. — 377. bei Wied. — 378. bei Wied. — 379. bei Wied. — 380. bei Wied. — 381. bei Wied. — 382. bei Wied. — 383. bei Wied. — 384. bei Wied. — 385. bei Wied. — 386. bei Wied. — 387. bei Wied. — 388. bei Wied. — 389. bei Wied. — 390. bei Wied. — 391. bei Wied. — 392. bei Wied. — 393. bei Wied. — 394. bei Wied. — 395. bei Wied. — 396. bei Wied. — 397. bei Wied. — 398. bei Wied. — 399. bei Wied. — 400. bei Wied. — 401. bei Wied. — 402. bei Wied. — 403. bei Wied. — 404. bei Wied. — 405. bei Wied. — 406. bei Wied. — 407. bei Wied. — 408. bei Wied. — 409. bei Wied. — 410. bei Wied. — 411. bei Wied. — 412. bei Wied. — 413. bei Wied. — 414. bei Wied. — 415. bei Wied. — 416. bei Wied. — 417. bei Wied. — 418. bei Wied. — 419. bei Wied. — 420. bei Wied. — 421. bei Wied. — 422. bei Wied. — 423. bei Wied. — 424. bei Wied. — 425. bei Wied. — 426. bei Wied. — 427. bei Wied. — 428. bei Wied. — 429. bei Wied. — 430. bei Wied. — 431. bei Wied. — 432. bei Wied. — 433. bei Wied. — 434. bei Wied. — 435. bei Wied. — 436. bei Wied. — 437. bei Wied. — 438. bei Wied. — 439. bei Wied. — 440. bei Wied. — 441. bei Wied. — 442. bei Wied. — 443. bei Wied. — 444. bei Wied. — 445. bei Wied. — 446. bei Wied. — 447. bei Wied. — 448. bei Wied. — 449. bei Wied. — 450. bei Wied. — 451. bei Wied. — 452. bei Wied. — 453. bei Wied. — 454. bei Wied. — 455. bei Wied. — 456. bei Wied. — 457. bei Wied. — 458. bei Wied. — 459. bei Wied. — 460. bei Wied. — 461. bei Wied. — 462. bei Wied. — 463. bei Wied. — 464. bei Wied. — 465. bei Wied. — 466. bei Wied. — 467. bei Wied. — 468. bei Wied. — 469. bei Wied. — 470. bei Wied. — 471. bei Wied. — 472. bei Wied. — 473. bei Wied. — 474. bei Wied. — 475. bei Wied. — 476. bei Wied. — 477. bei Wied. — 478. bei Wied. — 479. bei Wied. — 480. bei Wied. — 481. bei Wied. — 482. bei Wied. — 483. bei Wied. — 484. bei Wied. — 485. bei Wied. — 486. bei Wied. — 487. bei Wied. — 488. bei Wied. — 489. bei Wied. — 490. bei Wied. — 491. bei Wied. — 492. bei Wied. — 493. bei Wied. — 494. bei Wied. — 495. bei Wied. — 496. bei Wied. — 497. bei Wied. — 498. bei Wied. — 499. bei Wied. — 500. bei Wied. — 501. bei Wied. — 502. bei Wied. — 503. bei Wied. — 504. bei Wied. — 505. bei Wied. — 506. bei Wied. — 507. bei Wied. — 508. bei Wied. — 509. bei Wied. — 510. bei Wied. — 511. bei Wied. — 512. bei Wied. — 513. bei Wied. — 514. bei Wied. — 515. bei Wied. — 516. bei Wied. — 517. bei Wied. — 518. bei Wied. — 519. bei Wied. — 520. bei Wied. — 521. bei Wied. — 522. bei Wied. — 523. bei Wied. — 524. bei Wied. — 525. bei Wied. — 526. bei Wied. — 527. bei Wied. — 528. bei Wied. — 529. bei Wied. — 530. bei Wied. — 531. bei Wied. — 532. bei Wied. — 533. bei Wied. — 534. bei Wied. — 535. bei Wied. — 536. bei Wied. — 537. bei Wied. — 538. bei Wied. — 539. bei Wied. — 540. bei Wied. — 541. bei Wied. — 542. bei Wied. — 543. bei Wied. — 544. bei Wied. — 545. bei Wied. — 546. bei Wied. — 547. bei Wied. — 548. bei Wied. — 549. bei Wied. — 550. bei Wied. — 551. bei Wied. — 552. bei Wied. — 553. bei Wied. — 554. bei Wied. — 555. bei Wied. — 556. bei Wied. — 557. bei Wied. — 558. bei Wied. — 559. bei Wied. — 560. bei Wied. — 561. bei Wied. — 562. bei Wied. — 563. bei Wied. — 564. bei Wied. — 565. bei Wied. — 566. bei Wied. — 567. bei Wied. — 568. bei Wied. — 569. bei Wied. — 570. bei Wied. — 571. bei Wied. — 572. bei Wied. — 573. bei Wied. — 574. bei Wied. — 575. bei Wied. — 576. bei Wied. — 577. bei Wied. — 578. bei Wied. — 579. bei Wied. — 580. bei Wied. — 581. bei Wied. — 582. bei Wied. — 583. bei Wied. — 584. bei Wied. — 585. bei Wied. — 586. bei Wied. — 587. bei Wied. — 588. bei Wied. — 589. bei Wied. — 590. bei Wied. — 591. bei Wied. — 592. bei Wied. — 593. bei Wied. — 594. bei Wied. — 595. bei Wied. — 596. bei Wied. — 597. bei Wied. — 598. bei Wied. — 599. bei Wied. — 600. bei Wied. — 601. bei Wied. — 602. bei Wied. — 603. bei Wied. — 604. bei Wied. — 605. bei Wied. — 606. bei Wied. — 607. bei Wied. — 608. bei Wied. — 609. bei Wied. — 610. bei Wied. — 611. bei Wied. — 612. bei Wied. — 613. bei Wied. — 614. bei Wied. — 615. bei Wied. — 616. bei Wied. — 617. bei Wied. — 618. bei Wied. — 619. bei Wied. — 620. bei Wied. — 621. bei Wied. — 622. bei Wied. — 623. bei Wied. — 624. bei Wied. — 625. bei Wied. — 626. bei Wied. — 627. bei Wied. — 628. bei Wied. — 629. bei Wied. — 630. bei Wied. — 631. bei Wied. — 632. bei Wied. — 633. bei Wied. — 634. bei Wied. — 635. bei Wied. — 636. bei Wied. — 637. bei Wied. — 638. bei Wied. — 639. bei Wied. — 640. bei Wied. — 641. bei Wied. — 642. bei Wied. — 643. bei Wied. — 644. bei Wied. — 645. bei Wied. — 646. bei Wied. — 647. bei Wied. — 648. bei Wied. — 649. bei Wied. — 650. bei Wied. — 651. bei Wied. — 652. bei Wied. — 653. bei Wied. — 654. bei Wied. — 655. bei Wied. — 656. bei Wied. — 657. bei Wied. — 658. bei Wied. — 659. bei Wied. — 660. bei Wied. — 661. bei Wied. — 662. bei Wied. — 663. bei Wied. — 664. bei Wied. — 665. bei Wied. — 666. bei Wied. — 667. bei Wied. — 668. bei Wied. — 669. bei Wied. — 670. bei Wied. — 671. bei Wied. — 672. bei Wied. — 673. bei Wied. — 674. bei Wied. — 675. bei Wied. — 676. bei Wied. — 677. bei Wied. — 678. bei Wied. — 679. bei Wied. — 680. bei Wied. — 681. bei Wied. — 682. bei Wied. — 683. bei Wied. — 684. bei Wied. — 685. bei Wied. — 686. bei Wied. — 687. bei Wied. — 688. bei Wied. — 689. bei Wied. — 690. bei Wied. — 691. bei Wied. — 692. bei Wied. — 693. bei Wied. — 694. bei Wied. — 695. bei Wied. — 696. bei Wied. — 697. bei Wied. — 698. bei Wied. — 699. bei Wied. — 700. bei Wied. — 701. bei Wied. — 702. bei Wied. — 703. bei Wied. — 704. bei Wied. — 705. bei Wied. — 706. bei Wied. — 707. bei Wied. — 708. bei Wied. — 709. bei Wied. — 710. bei Wied. — 711. bei Wied. — 712. bei Wied. — 713. bei Wied. — 714. bei Wied. — 715. bei Wied. — 716. bei Wied. — 717. bei Wied. — 718. bei Wied. — 719. bei Wied. — 720. bei Wied. — 721. bei Wied. — 722. bei Wied. — 723. bei Wied. — 724. bei Wied. — 725. bei Wied. — 726. bei Wied. — 727. bei Wied. — 728. bei Wied. — 729. bei Wied. — 730. bei Wied. — 731. bei Wied. — 732. bei Wied. — 733. bei Wied. — 734. bei Wied. — 735. bei Wied. — 736. bei Wied. — 737. bei Wied. — 738. bei Wied. — 739. bei Wied. — 740. bei Wied. — 741. bei Wied. — 742. bei Wied. — 743. bei Wied. — 744. bei Wied. — 745. bei Wied. — 746. bei Wied. — 747. bei Wied. — 748. bei Wied. — 749. bei Wied. — 750. bei Wied. — 751. bei Wied. — 752. bei Wied. — 753. bei Wied. — 754. bei Wied. — 755. bei Wied. — 756. bei Wied. — 757. bei Wied. — 758. bei Wied. — 759. bei Wied. — 760. bei Wied. — 761. bei Wied. — 762. bei Wied. — 763. bei Wied. — 764. bei Wied. — 765. bei Wied. — 766. bei Wied. — 767. bei Wied. — 768. bei Wied. — 769. bei Wied. — 770. bei Wied. — 771. bei Wied. — 772. bei Wied. — 773. bei Wied. — 774. bei Wied. — 775. bei Wied. — 776. bei Wied. — 777. bei Wied. — 778. bei Wied. — 779. bei Wied. — 780. bei Wied. — 781. bei Wied. — 782. bei Wied. — 783. bei Wied. — 784. bei Wied. — 785. bei Wied. — 786. bei Wied. — 787. bei Wied. — 788. bei Wied. — 789. bei Wied. — 790. bei Wied. — 791. bei Wied. — 792. bei Wied. — 793. bei Wied. — 794. bei Wied. — 795. bei Wied. — 796. bei Wied. — 797. bei Wied. — 798. bei Wied. — 799. bei Wied. — 800. bei Wied. — 801. bei Wied. — 802. bei Wied. — 803. bei Wied. — 804. bei Wied. — 805. bei Wied. — 806. bei Wied. — 807. bei Wied. — 808. bei Wied. — 809. bei Wied. — 810. bei Wied. — 811. bei Wied. — 812. bei Wied. — 813. bei Wied. — 814. bei Wied. — 815. bei Wied. — 816. bei Wied. — 817. bei Wied. — 818. bei Wied. — 819. bei Wied. — 820. bei Wied. — 821. bei Wied. — 822. bei Wied. — 823. bei Wied. — 824. bei Wied. — 825. bei Wied. — 826. bei Wied. — 827. bei Wied. — 828. bei Wied. — 829. bei Wied. — 830. bei Wied. — 831. bei Wied. — 832. bei Wied. — 833. bei Wied. — 834. bei Wied. — 835. bei Wied. — 836. bei Wied. — 837. bei Wied. — 838. bei Wied. — 839. bei Wied. — 840. bei Wied. — 841. bei Wied. — 842. bei Wied. — 843. bei Wied. — 844. bei Wied. — 845. bei Wied. — 846. bei Wied. — 847. bei Wied. — 848. bei Wied. — 849. bei Wied. — 850. bei Wied. — 851. bei Wied. — 852. bei Wied. — 853. bei Wied. — 854. bei Wied. — 855. bei Wied. — 856. bei Wied. — 857. bei Wied. — 858. bei Wied. — 859. bei Wied. — 860. bei Wied. — 861. bei Wied. — 862. bei Wied. — 863. bei Wied. — 864. bei Wied. — 865. bei Wied. — 866. bei Wied. — 867. bei Wied. — 868. bei Wied. — 869. bei Wied. — 870. bei Wied. — 871. bei Wied. — 872. bei Wied. — 873. bei Wied. — 874. bei Wied. — 875. bei Wied. — 876. bei Wied. — 877. bei Wied. — 878. bei Wied. — 879. bei Wied. — 880. bei Wied. — 881. bei Wied. — 882. bei Wied. — 883. bei Wied. — 884. bei Wied. — 885. bei Wied. — 886. bei Wied. — 887. bei Wied. — 888. bei Wied. — 889. bei Wied. — 890. bei Wied. — 891. bei Wied. — 892. bei Wied. — 893. bei Wied. — 894. bei Wied. — 895. bei Wied. — 896. bei Wied. — 897. bei Wied. — 898. bei Wied. — 899. bei Wied. — 900. bei Wied. — 901. bei Wied. — 902. bei Wied. — 903. bei Wied. — 904. bei Wied. — 905. bei Wied. — 906. bei Wied. — 907. bei Wied. — 908. bei Wied. — 909. bei Wied. — 910. bei Wied. — 911. bei Wied

Veranstaltungen.

Eine Volksversammlung, einberufen von der Berliner Lokalkommission, tagte am 4. Februar im großen Saale der „Konkordia“, Andreasstr. 64. Die Tagesordnung betraf 1. Die Stellungnahme der Berliner Arbeiterschaft gegenüber den Wirthen, welche ihr Lokal zu Arbeitslosen-Versammlungen verweigern und 2. das Verhalten des „Verbands Berliner Hausdiener“ gegenüber den Beschlüssen über die gesperrten Lokale. Das einleitende Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Jost. Wie bekannt, hätten die Vertrauensleute unserer Partei sofort nach den Vorgängen vom 18. Januar in ihren Wahlkreisen große Arbeitslosen-Versammlungen einberufen, um gegen die Uebergriffe der Polizei am Friedrichshain und die Haltung der Behörden zur Arbeitslosigkeit Protest einzulegen. Diese fünf großen Versammlungen fanden am 22. Januar (Montag) Vormittags statt. In den Versammlungen gingen bereits Gerüchte umher, die Inhaber der Lokale „Konkordia“, „Sanssouci“ und „Buggenhagens Etablissement“ hätten ihre Säle zu diesen Versammlungen, ohne triftige Gründe mitzutheilen, verweigert, und würden wohl demzufolge ihre Lokale gesperrt werden müssen. Die Lokalkommission habe sofort Untersuchungen angestellt, deren Resultate er kurz in folgendem zusammenfasse. Herr Säger, Deonom der „Konkordia“ habe nachweislich seinen Saal schon längst für diesen Tag an den „Raucherbund“ vermietet gehabt, der auch bereits Morgens mit der Dekoration der Lokalitäten begann. Bei Rücksprache mit dem Vorsitzenden resp. dem Komitee des Bundes — die aber leider unterblieb — hätte sich das Dekoriren vielleicht bis zum Nachmittage verschoben lassen. Herrn Säger treffe somit keine Schuld, weshalb die Kommission die Differenz für beiderseitig erklärt. Herr Dahms, der Besizer von „Sanssouci“, schätzte bei Verweigerung des Saales die nothwendigen Reinigungsarbeiten vor. In der Sitzung der Kommission, zu der er eingeladen war, sprach er sein Bedauern über das Vorkommniß aus. Er will nicht gewußt haben, daß die Versammlung von sozialdemokratischer Partei ausgehe, sonst hätte er dennoch seinen Saal hergegeben. Auch bei ihm wollte die Kommission von einer Sperrung des Lokals absehen. Ueber Herrn J. Müller, den Deonom des „Etablissement“ Buggenhagen“ zu entscheiden, werde der Versammlung nicht schwer fallen. Derselbe hatte anfänglich seinen Saal den Vertrauensleuten des dritten Kreises, den Genossen Fröh und Börner, deren Eigenschaft als solche ihm längst bekannt ist, vermietet resp. zugesagt und dies in seinem Buch vermerkt. Das war am 19. Januar. Am andern Tage erhielt Genosse Börner einen eingeschriebenen Brief, worin ihm der Bruder des Herrn J. Müller mittheilte, daß er den Saal nicht zu einer Arbeitslosen-Versammlung hergeben könne, es könnten sich sehr leicht — dieselben Vorgänge wie am 18. Januar abspielen. Die Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft. Grauer sucht den Grund für diese Zurücksetzungen der Herren Wirthe in der Taktik der Lokalkommission, die gewöhnlich nach kurzer Zeit eine aufgegriffene Sperrung zurücknimmt. Dadurch verliere der Boykott an Kraft und Ansehen. Gerade der Buggenhagensche Saal war lange Zeit für uns nicht zu haben und zwar erst dann, als es mit dem Wirthe „Schief“ stand. So scheint es auch jetzt mit dem Tempelplatz der Fall zu sein. Er war der Ansicht, daß alle Fälle genau zu prüfen wären, dann aber auch der Boykott, wenn er ausgesprochen, so lange aufrecht erhalten werden müsse, bis der betreffende Deonom aus dem Lokal raus- und kein anderer wieder reingehet. (Lebhafter Beifall.) Heinrich war derselben Ansicht. August Schweizer drückte seine Verwunderung darüber aus, daß die Lokalkommission erklärt, die Angelegenheit mit den ersten beiden Wirthen sei geregelt, das solle sie der Volksversammlung überlassen. Die Entschuldigung des Wirthes von „Sanssouci“ sei linden-lahn. Würde er sowohl als Herr Säger ohne uns fertig werden, dann würden uns diese Lokale kaum zur Verfügung stehen. Herrn Müller waren die Vertrauensleute bekannt; er sei dafür, daß alle 3 Lokale 1-2 Jahre gesperrt würden. (Beifall.) Otto erklärte, betreffs der „Konkordia“ habe der Vertrauensmann Mattutat einen Irrthum selbst zugestanden. Vertrauensmann Schulz theilte mit, daß er sich selbst durch Einsichtnahme des Buches überführt habe, daß die „Konkordia“ von früh an vermietet war. Herr Müller suchte sein Verhalten mit den Vorwissen im Friedrichshain am 18. Januar, die er aus dem „Lokal-Anzeiger“ erfahren habe, zu entschuldigen, er stelle nach wie vor seinen Saal zu allen politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen zur Verfügung. Nachdem der stellvertretende Vertrauensmann des dritten

Kreises, Börner, festgesetzt hatte, daß Genosse Fröh und er das Lokal von Buggenhagen (Deonom J. Müller) am 19. Januar gemietet hätten und diesem auch keinen Zweifel gelassen haben, daß sie die Vertrauensleute des 8. Kreises sind und den Saal zu einer Arbeitslosen-Versammlung haben wollen, wurde ein Schlusssatz angenommen. Ueber die beantragte Sperrung aller drei Lokale wurde getrennt abgestimmt. Den Boykott über die „Konkordia“ zu verhängen wurde mit geringer Majorität abgelehnt. Mit großer Mehrheit wurde hierauf die Sperrung über „Sanssouci“ und einstimmig auch über „Buggenhagens Etablissement“ am Moritzplatz ausgesprochen. Ueber die Frage der Dauer des Boykotts entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, die mit der Annahme eines Antrag Grauer endete: Der Lokalkommission wird aufgegeben, innerhalb eines Jahres in dieser Frage keine Versammlung einzuberufen. Eine Frage, ob Lokale, welche vor dem Boykott zu Vergütungen gemietet wurden, beizubehalten sind, beantwortete die Versammlung dahin, daß dies unzulässig ist und alle Abmachungen mit den Betr. Wirthen rückgängig zu machen sind.

Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung referirte Genosse Kähler. Die Parteigenossen Berlins haben mit Argusaugen zu wachen, daß alle Organisationen und auch der einzelne Arbeiter, der vorgeht, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zu stehen, den Beschlüssen der Volksversammlungen Rechnung zu tragen und gesperrte Lokale unter allen Umständen zu meiden hat. Dies thut beispielsweise der „Verband Berliner Hausdiener“ nicht. Mit Zähne und Vereinschleifen habe derselbe schon früher wiederholt bei Vergütungen anderer Vereine in gesperrten Lokalen theilgenommen. In einer Sitzung der Lokalkommission habe der Vorsitzende auf Vorkommnisse hin versprochen, daß dies nicht wieder vorkommen solle. Dessen ungeachtet hat der Verein am 27. Januar in der „Philharmonie“ einen Maskenball abgehalten und will auch am 24. Februar wieder einen solchen in dem noch gesperrten Tempelplatz abhalten. Dieses indifferent Verhalten schädige die Bestrebungen der organisirten Arbeiterschaft aufs Schwerste. Deshalb möge die Volksversammlung durch Annahme der ihr von ihm unterbreiteten Resolution erklären, daß sie derartige Handlungsweise entschieden verurtheile und es jedem Genossen zur Pflicht mache, die Beschlüsse der gesammten Berliner Arbeiterschaft zu respektiren.

Der Redner gab noch weitere Beweise des ungesetzlichen Verhaltens namentlich der Vorstandsmitglieder des genannten Vereins dem „Verband der Geschäftsdienerschaft“ gegenüber, die der nachfolgende Redner Menge zu widerlegen nicht im Stande war. Nach längerer Debatte fand die Resolution gegen etwa 10 Stimmen (Angehörige des Vereins) Annahme. Ebenso fand ein Antrag Annahme, die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ zu ersuchen, ferner keine Berichte und Inserate dieses Vereins in seine Spalten aufzunehmen. Ebenso solle die Lokalkommission alle ihre Erklärungen, den Verein und überhaupt alle Angelegenheiten betreffend, nicht mehr im Sprechsaal, sondern an der Spitze des lokalen Theiles veröffentlichen. — Heinrich ersuchte, auch die kleineren Säle bei Vergütungen und Versammlungen zu berücksichtigen.

Im 6. Wahlkreise tagte am 6. d. Mts. im Saale der Adler-Brauerei eine öffentliche Volksversammlung. Zu dieser Versammlung waren alle Wirthe, welche ihre Lokale verweigern, ebenso die Vorstände der Klubs, Vergütungsvereine u. eingeladen. Die Versammlung eröffnete zunächst die Frage: „Wie stellen wir uns den Wirthen gegenüber, welche ihre Lokale zu Versammlungen und verweigern?“ Von allen Rednern wurde es als unerhört bezeichnet, daß auf dem Grundbrunnen, wo so viele Säle vorhanden sind, nicht einer zu Versammlungen zu haben sei. Den Genossen wurde die meiste Schuld hieran beigemessen, welche trotzdem die Lokale besuchen. Ebenso den Vergütungsvereinen u. welche dort ihre Feilschkeiten abhalten. Es wurde allen Genossen zur Pflicht gemacht, die Lokale zu meiden, auch die Vergütungsvereine nicht zu unterstützen, welche in boykottirten Lokalen ihre Feste feiern, ebenso wurde den Genossen nahe gelegt, auch solche Lokale zu meiden, in denen Plakate zu Feilschkeiten in boykottirten Lokalen ausgehängen, der ganzen Berliner Arbeiterschaft wurde zur Pflicht gemacht, die Boykottliste wohl zu beachten. In der Nacht der Arbeiterschaft liege es, die Wirthe zur Hergabe ihrer Lokale zu zwingen. Kurzer Hand nahm die Versammlung einstimmig folgenden Antrag an: „Dem Bureau der heutigen Volksversammlung wird zur Pflicht gemacht, in Gemeinschaft mit der Lokalkommission ein Flugblatt auszugeben, welches den Arbeitern und Genossen des Grundbrunnens klar machen soll, daß sie so lange alle Lokale zu meiden haben, bis dieselben zu allen Versammlungen zu haben sind.“ Nach Erledigung dieser Angelegenheit nahm die Volksversammlung einen Vortrag des Genossen

Hoffmann (Pankow) über das Thema: „Der Kampf um das Dasein“, mit Beifall entgegen. Ohne Diskussion wurde hierauf eine Resolution angenommen, die ihre Zustimmung zu dem Referat ausdrückt.

Ein Vortrag des Stadtverordneten Fröh Wisse über: „Unsere Waffen im Kampf um das Dasein“ bildete die Tagesordnung einer seitens der Frauen-Agitationskommission am Montag nach dem Böhmischen Brauhaus einberufenen Volksversammlung. Der Redner legte die Folgen des Konkurrenz-Kampfes auf wirtschaftlichem Gebiete klar und kritisirte die Mittel, deren sich die Kapitalistenklasse gegen ihre Arbeiter bedient, um sich mühselos zu bereichern. Infolge der fortgesetzten Gerabdrückung der Arbeitslöhne, die sich besonders bei einer Krise bemerkbar macht, geht auch die Kaufkraft der Arbeiterklasse zurück. Es entstehen Arbeitslosigkeit, sogenannte Krisen, und die Unternehmer spielen dann die Rolle der betrogenen Betrüger. Die Arbeiterklasse, welche in erster Linie unter den wirtschaftlichen Krisen zu leiden hat, ist berufen, bessere Zustände herbeizuschaffen. Die den Arbeitern von den Besthenden anempfohlene Spartheorie ist einfach widersinnig. Welche Mittel haben nun die Arbeiter zur Erreichung besserer Zustände in Anwendung zu bringen? Als erstes nannte der Redner die Organisation, die Vereinigung der Berufscollegen zu Gruppen, wie es auch seitens der Kapitalisten geschieht. Durch die Organisation wird der Ausbeutungstucht der Kapitalisten ein Flügel angelegt; ohne dieselbe würde auch die Arbeitslosigkeit noch viel schlimmere Früchte zeitigen, als es gegenwärtig schon der Fall ist. Ein weiteres Mittel ist die Presse. Aufgabe der Arbeiterpresse ist es, bei Streiks die Heranziehung der Streikbrecher zu verhindern, welche häufig nur in Unkenntnis der Verhältnisse den Leistungen der bürgerlichen Goldschreiber Gehör verleihen und die Bestrebungen ihrer Berufscollegen auf Besserung ihrer Lebenslage illusorisch machen. Den Zusammenhang der wirtschaftlichen Verhältnisse kennen zu lernen, ist außer der Presse die sozialistische Literatur eine weitere Quelle zur Bereicherung des von der Schule in diesen Fragen abfälligen vernachlässigten Wissens. Die Fürsorge für die weitere Entwicklung der Jugend ist eine Hauptaufgabe für unseren Nachwuchs. Wir haben, so schloß der Redner, im Kampf um das Dasein nur solche Waffen zu benutzen, die ein Volk sittlich heben, dieses sind die von ihm empfohlenen und damit werde die Sozialdemokratie feigen. (Lebhafter Beifall.) An der Debatte theilnahmen sich Fr. Waader, Frau Wengels und die Genossen Häblich und Bahson. Ein Antrag, eine einheitliche Gewerkschaftsprelle ins Leben zu rufen und die Bildung eines festen Gewerkschaftsbundes anzustreben, wurde, nachdem einige Redner die Versammlung zur Entscheidung derartiger Fragen für incompetent erklärt hatten, von Bahson zurückgezogen. Nach einem beifälligen Schlusswort des Genossen Wisse schloß hierauf Fr. Emma Schulz die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Im Interesse der Arbeiter-Bildungsschule fand am 5. d. M. im 6. Wahlkreise (Germania-Säle) eine von Frauen und Männern außerordentlich stark besuchte Volksversammlung statt, für welche ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wilhelm Liebknecht über das Thema: „Die Geschichte als Erziehlerin“ vorgesehen war. Nachdem vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende Ludwig die etwa anwesenden Bericht-erstatler aufgefordert hatte, der Wahrheit entsprechende Berichte abzufassen, ließ wiederum der Antrag ein, den Bericht-erstatler des „Berliner Lokal-Anzeiger“ auszuweisen. Diesem Antrage trat sowohl Ludwig wie auch Liebknecht entgegen, letzterer unter Hinweis auf die bislang von ihm befolgte Taktik, sich um das Geschrei der Gegner nicht im geringsten zu kümmern, außer soweit es belehrend ist. Mögen sie schimpfen und schreiben, so viel und was sie wollen, uns kann es nichts schaden. Ich habe das Geschimpfe auf mich nie beachtet, und mich stets wohl dabei befunden. Es hat mir viel genützt und nie geschadet. Und jedenfalls müssen wir, die wir die absolute Freiheit der Kritik für uns fordern, sie auch andern zuerkennen. Der Antrag ward zurückgezogen. Hierauf hielt Liebknecht einen andertthalbhündigen Vortrag, welchen er selbst als einen einleitenden bezeichnete. Das eigentliche Thema gedanke er in dem von ihm schon längere Zeit geplanten Zyllus von historischen Vorträgen zu behandeln. Da die Versammlung im Interesse der Arbeiter-Bildungsschule stattfand, so schickte er einige diese betreffende Worte seinem Vortrage voraus. Die Arbeiter-Bildungsschule, so äußerte sich Liebknecht, hätte infolge der Schwierigkeiten der Ausföhrung eine schwere Krisis durchzumachen gehabt. In der letzten Generalversammlung sei der Antrag gestellt worden, die Arbeiter-Bildungsschule in ihrer jetzigen Gestalt aufzulösen, um

Albert Dull's sämtliche Dramen.

(Schluß.)
In dem Drama Dull's berührt Maria ihrer jungen Freundin Magdalena auf hochpoetische Art, daß sie auf einer Reise mit ihrem Verlobten zu dessen Mutter in dem Bezirk der Eßener eine weisheitsvolle Gestalt erschaut, deren Schönheit den tiefsten Eindruck auf sie gemacht habe. Durch die ihr neuen Netze der Pankow hoch erregt, hielt sie die Erscheinung für einen Engel. Es war der Pfarrer Joseph von Arimathea, der sie dann später in einem visionären Zustande zwischen Träumen und Wachen amaranth und so der Vater von Jesus wurde. Weiter läßt der Dichter Jesus, der schon als Knabe eine ungewöhnliche Ergebung zeigt, von seinem natürlichen Vater in dem gekünstelten Glauben nicht nur, durch den die Eßener von den anderen jüdischen Sekteln sich unterscheiden, sondern auch in ihrer Gewissenshaft von der Natur und ihren Heilkräften unterrichten. Diese Geheimwissenschaft, ein sorgfältig gehüteter Besitz der Priesterkastei bei den alten Völkern, setzt Jesus in den Stand, die von dem Messias prophezeiten Wunder zu thun, um dadurch seine göttliche Sendung zu erhärten. Er heilt alle möglichen Krankheiten. Nur die Todenerweckung schließt Dull aus, weil, wie er im Vorworte sagt, dieses Wunder „gar zu offenbarlich märchenhaft“ ist, und so läßt er auch Jesus selbst nicht von den Todten auferstehen. Doch davon später.
Nicht als in fehlerlos, idealer Mensch, sondern bis zum Hochmuth stolz auf seine geistige Begabung und seine reinere Erkenntnis vor den göttlichen Dingen, tritt Jesus in das Leben. Da ist er Jesus, wie die Juden, welche von dem römischen Gewaltthätigen in den ihnen heiligsten Gefühlen verletzt sind, lieber zu sterben sich bereiten, als daß sie von ihren Söhnen weichen. Es ist eine ergreifende große Scene, wie sie den drohenden Meereswaffen gegenüber auf die Knie sich werfen. Jehoah anrufen und ihre Hoffnung auf den verheißenen Messias setzen. In diesem Augenblicke spricht erst in Jesu Seele der Funke auf, ob er nicht etwa ein erwarteter Ketter, der Christus seines Volkes sei? Dieser Gedanke treibt ihn in die Wüste, und in ihren Schrecken, die der Dichter mit den naturtreuen Farben seiner eigenen Anschauung schildert, tritt ihn der Verführer an. Aber der Teufel ist nicht außer ihm, sondern in ihm. Es hebt ein gewaltiges Ringen zwischen ihnen an, aus dem Jesus zuletzt als Sieger hervorgeht, indem er seinen geistigen Hochmuth demüthig

unter den Willen Gottes beugt. Zugleich ist in diesem heiden Streite mit sich selbst noch ein anderes in ihm zum Durchbruch gekommen. In seinem extatischen Zustande erscheint es ihm, als ob nicht er, sondern ein Anderer aus ihm spreche, als ob die erhabenen Gedanken, die seinen Geist wie ein Sturm erfassen, nicht aus seiner eigenen Seele quellen, als ob er das willenlose Werkzeug eines Höheren, daß Geistes Gottes sei. In diesem Augenblicke gerreißt in ihm das Band der Vernunft als der Einheit alles menschlichen Denkens und der Glaube, daß Gott sein Vater und er dessen eingeborener Sohn sei, gewinnt unerschütterliche Gewalt über ihn, der Widerstreit zwischen Materie und Geist ist geboren und der Spiritualismus ergreift das Szepter.
Der psychologische Prozeß, der sich in den Wüstenzonen vollzieht, ist vielleicht zu vielfach verschlungen und zu fein, um von dem Publikum eines Volksschauspiels in allen Einzelheiten genau verfolgt und verstanden zu werden. Jedenfalls offenbart sich aber in ihnen das dichterische Vermögen Dull's und sein Tiefsein am glänzendsten.
Es bleibt noch das letzte Wunder von dem Nimbus des Nebennatürlichen zu befreien. Die jüdische Priesterkastei, in deren Fanatismus der starre Buchhabenglauben mit sehr materiellen Befürchtungen zusammenfließt, hat Jesus am das Kreuz geliefert. Maria hat seinen Vater zur Hilfe gerufen, und Joseph von Arimathea hat den Schwamm, welcher dem Gekreuzigten gereicht wird, mit einer Offenz getränkt, die verhindert, daß bei dieser Art von Todesstrafe eintretende Bluthochung einen Herzschlag verursacht, und welche zugleich den Segnungen betäubt. Auch verlangt Joseph von Pontius Pilatus die Erlaubniß, Jesus beizuhalten zu dürfen, ohne daß demselben zuvor wie den beiden Schächern die Glieder mit Keulen zer schlagen werden. In dem ihm geböhrigen Hellenen, zu welchem ein verborgener Eingang in die Tiefe führte, gelangt es der ärztlichen Kunst Joseph's, daß nur noch schwach glimmende Leben in Jesus anzuziehen, worauf die Eßener von innen den verschickten Stein vom Grabe wälzen, und während die Wache, die sie in ihren leuchtend weißen Gewändern für Engel hält, entsetzt die Flucht ergreift, fährt Joseph mit einem anderen Eßener den Patienten davon.
Aber die Lebenskraft des auf diese natürliche und keineswegs beispiellose Art von den Todten Auferstandenen war erschöpft, seine Mission erfüllt. Nachdem er noch einige Male in dem abgelegenen Galilda mit seinen Jüngern zusammengekommen war und sie in seiner Lehre befestigt hatte, schenkt er den Vorstellungen

Joseph's von Arimathea Gehör, sich vollends in ein einfaches idyllisches Thal für den Rest seines Lebens zurückzuziehen. Auf dem Oelberge nimmt Jesus von seinen Jüngern Abschied. Die Sonne kämpft mit Nebeln, die bald den Gipfel des Berges einhüllen, bald sich lichten. Als Jesus nun den Gipfel erreicht, auf dem ihn Joseph erwartet, weichen die Nebel zur Seite und die Sonne wirft sein Bild auf die Nebelwand. Im nächsten Augenblicke ist alles verschwunden. Das ist die Himmelfahrt Christi. Der Dichter hat sich hier einer Naturerscheinung bedient, die auf dem Brocken und dem Rigi häufig beobachtet worden ist.
So läßt Dull auch das letzte Wunder in der dramatischen Darstellung natürlich geschehen. „Nur wenn Widervernunft und Widernatur, welche bisher“, so sagt er, „an das höchste Sittliche und Heilige unserer Erkenntnis unaussprechlich sich fetten, aus den Grundbegriffen der Religion schwinden, nur wenn das Christenthum, das sich selbst für ein Wunder aufgiebt, und das in der That eine weltergreifende Geistesflamme in die Menschheit eintrat, sich, ohne an geistiger Kraft, oder an sittlicher Würde einzubüßen, als erwachsen aus dem alltäglichen und geschichtlichen Boden des wahren und wirklichen Menschenlebens darstellt, nur dann vermag dasselbe eine Religion der Menschheit zu werden.“
Es bleibt noch ein Wort über den Verrath des Judas übrig, den Dull anders und tiefer motivirt als die Evangelien. Nicht Dabucht bewegt ihn. Er verehrt Jesus in solchem Maße, daß er seiner Liebe zu Magdalena, die in dem Drama immer bedeutender sich entwickelt, entsagt, als er entdeckt, daß ihr Herz dem Nazarener gehört. Aber er vermag diesen nicht bloß als einen Religionslehrer aufzufassen. Er glaubt, daß Jesus sich zum weltlichen König machen und Israel von der römischen Herrschaft befreien werde. Durch seinen Verrath will er den nach seiner Meinung zu lange Högerriden zur That treiben. Als diese auch nicht erfolgt und ein Zufall seine Absicht vereitelt, Jesus mit Hilfe der verschworenen Jüdeloten aus dem Wege von Oelberge aus der Gefangenschaft zu befreien, da giebt er sich den Tod. Es ist dieses eine Scene voll dämonisch-wilder Verzweiflung. Und wahrlich, die Föhrung der Handlung, sowie die Zeichnung nicht nur der einzelnen Personen, sondern auch der Massen, der in ihrem Glaubensfanatismus starren Juden, der hochrätigen, irrwüthen, unsittlichen Römer, sind von einem solchen energischen dramatischen Leben, von einer solchen Plastik, sodas man diesem Volksschauspiele die höchste Anerkennung zollen muß. „Die Eßener“ wären in der deutschen Literatur das einzige Stück, das

fe auf anderer Grundlage umzugestalten. Er freue sich, daß nicht dieser Antrag, sondern der auf Reorganisation angenommen worden sei.

Alle Bildungsanstalten der bürgerlichen Gesellschaft, von der niedersten Volksschule an bis hinauf zu den höchsten Bildungsinstituten erforderten große Zuschüsse seitens des Staates und der Gemeinden. Keine Schule, die Mittellose erzieht, kann sich finanziell aus den Beiträgen der Schüler allein decken. Für die Arbeiter-Bildungsschule muß eine bessere finanzielle Grundlage geschaffen werden. Allein auf die Beiträge der Schüler gestützt, können die Arbeiter-Bildungsschule sich unmöglich halten, zumal die Beiträge naturgemäß sehr niedrig sein, oft ganz wegfallen müßten. Es sei notwendig, daß die Massen der Arbeiter, ohne ihnen einen schweren Tribut aufzuerlegen, herangezogen werden, die Schule zu unterstützen und damit dem Partei-Interesse zu dienen. Zu diesem Zwecke seien größere Vorträge in Aussicht genommen, auch die gegenwärtige Versammlung diene zu diesem Zwecke. An dem Interesse der Berliner Arbeiterschaft würde es liegen, inwieweit sich die Bildungsschule einzuwurzeln vermöge, inwieweit sie in den Stand gesetzt werden könne, denjenigen, die den Drang nach Bildung, und die Befähigung, sich zu bilden, in sich fühlen, die Befriedigung dieses Bedürfnisses zu ermöglichen. Redner kam nunmehr auf die Lehrkräfte der Bildungsschule zu sprechen, bezeichnete und erläuterte, wie er bereits beim dritten Stiftungsfeste der Arbeiter-Bildungsschule gethan, die Nationalökonomie, die Naturwissenschaft mit besonderer Berücksichtigung der Hygiene und Gesundheitslehre, Gesetzkunde für das praktische Leben und die Geschichte als die hauptsächlichsten Lehrfächer der Arbeiter-Bildungsschule und kam somit auf sein eigentliches Vortragsthema zu sprechen. Nach dem Falle des Sozialistengesetzes sei der Kampf mit geistigen Waffen zur Ausrottung der Sozialdemokratie gepredigt worden. Als eine Hauptwaffe erachtete man, daß dem Kinde in der Schule die Geschichte so gelehrt werde, daß es gegen sozialdemokratische Forderungen geistig sei. Ja, wenn man das will, muß man die Geschichte fälschen. Da die Geschichte alles umfaßt, ist es von höchster Bedeutung, daß die Jugend in die Geschichte, d. h. in die wahre Geschichte eingeführt werde. Die Geschichte ist die Zusammenfassung aller Geschehen und Gewordenen. Sie soll sein der Inbegriff alles Wissens, die Summe des Ergebnisses aller Kulturarbeit, die Wissenschaft aller Wissenschaften. Was ist aber die Geschichte, wie sie allgemein gelehrt wird? Nach Voltaire's bekanntem Worte: eine fabel-convention, eine Fabel nach Uebereinkunft, oder um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen, eine konventionelle Lüge, höflicher ausgedrückt eine Legendenammlung. Vor der Kritik zerfällt aber die Geschichtsliege in nichts, ebenso die Großthaten Einzelner. An verschiedenen als Beispiele vorgeführten Größen, wie Friedrich dem Großen, Napoleon, Bismarck, Luther, an verschiedenen hervorragenden geschichtlichen Ereignissen, wie der Reformation, dem dreißigjährigen Kriege, sowie an verschiedenen Beispielen aus der alten Geschichte veranschaulichte der Vortragende, wie der Einzelne nichts sei in der Geschichte, wie die „Großen“ nur die Firma abgeben für die Leistungen der Vielen, d. h. der Massen, wie vor der Kritik die Größe der sogenannten Großen in bloßen Dunst zerfließt, das Verdienst der Kleinen und Kleinsten zur Geltung kommt, kurz — wie die Dinge thatsächlich ganz anders liegen, als die Geschichte sie uns lehrt, die Geschichte gleich der theologischen Weltanschauung stellt im wesentlichen die Dinge alle auf den Kopf. Wie nicht die Götter die Menschen, sondern die Menschen die Götter geschaffen, so haben nicht einzelne Menschen die Völker groß gemacht, sondern die Völker einzelne Menschen. Die Kritik zerstört die Heroen. Was man als Geschichte in der Schule lehrt, ist nichts als eine Reihe von Mythen. Der Einzelne vermag keinen maßgebenden Einfluß auf die Geschichte der Völker auszuüben und die Großthaten der Geschichte, soweit sie nicht Dichtung, sind Kollektivarbeit der Völker. Die Weltgeschichte ist deshalb die beste Lehrerin der Demokratie. Alles, was die Menschheit im Laufe von Jahrtausenden errungen, ist nicht das Werk Einzelner, sondern die vieltausendjährige Arbeit der Gesamtheit, — wie gesagt, Kollektivarbeit in des Wortes weitester Bedeutung. Nicht entartet ist die Menschheit von heute — wie man uns vorzuwindet — die Entwicklung geht stetig vorwärts, nicht rückwärts. Das Paradies liegt vor, nicht hinter uns. Nicht schlechter und schwächer sind die Menschen geworden, sondern besser und stärker. Der Mensch hat sich aus der Thierheit herausgearbeitet, — die Beweisen bilden eine organische Kette, von dem niedersten aufsteigend bis zum höchsten: dem Mensch, der selbst von dem niedersten, sich fortentwickelnd, emporgehoben ist. Der fundamentale Unterschied zwischen Mensch und Thier besteht längst nicht mehr für die Wissenschaft. Die höher entwickelten Thiere haben dieselben seelischen und geistigen Eigenschaften wie wir, nur in geringem Grade. Sie gleichen geistig den unentwickelten Menschen: den Kindern.

Vor der geschriebenen Geschichte liegt eine hunderttausendjährige Geschichte der Entwicklung des Menschen aus der Thierheit bis zur Schwelle der Geschichte im engeren Sinne. Aus jener Vorgeschichte kennt man kein Individuum, keine großen Männer,

keine Heroen. Und doch war Fortschritt. In hunderttausendjähriger Fortentwicklung hat der Mensch sich zu seiner heutigen Höhe herausgebildet, so ist die Menschheit durch die Arbeit, die Mutter aller Kultur, durch das Zusammenwirken Aller das geworden, was sie ist. Alle sogenannten „Erlösler der Menschheit“ haben entweder gar nicht gelebt oder aber sie waren nicht Träger der Kultur, vielmehr von dieser getragen. Die Kollektivarbeit tritt besonders anschaulich zu Tage bei den sogenannten Erfindungen. Neufeuur sagt: „Die Geschichte der Werkzeuge ist die Geschichte der Menschheit.“ Dies ist richtig und entspricht der materialistischen Geschichtsauffassung, wie die Sozialdemokratie sie lehrt, und Karl Marx sie wissenschaftlich begründet hat. Die Staatsform ist abhängig von den ökonomischen Verhältnissen, ist deren Produkt, und ändert sich mit ihnen. Der Vortragende veranschaulichte dieses an dem Zerfalle des römischen Reiches und des Feudalstaates. Heute befinden wir uns an einem gleichen Wendepunkt. Der Staat kann, auch nachdem seine ökonomische Grundlage zerbröckelt ist, sich noch eine Zeitlang selbstständig erhalten und dem Abgestorbenen noch ein Scheinleben verleihen. Allein der Staat mit all seinen Nachmitteln vermag nur bis zu einem gewissen Punkte dem unaufhaltsamen Fortschritte Widerstand zu leisten und die nicht mehr existenzberechtigten Einrichtungen aufrecht zu erhalten. Aber nur bis zu einem gewissen Punkte; ist dieser erreicht, dann ist seine Macht der Erde im Grunde, den Zusammenbruch des Alten, die Neugebaltung der Verhältnisse, wie der Stand der ökonomischen Entwicklung sie fordert, zu hintertreiben.

Leone, Willkür und Zufall giebt nicht in der Geschichte. Das Individuum ist nichts für sich allein — Alles in der Gemeinschaft. Eine abgrenzende, individuell persönliche Arbeit giebt es nicht, Alles ist Kollektivarbeit: das lehrt die Weltgeschichte. Und das gefällt den Nachhabern nicht und die Geschichte wird deshalb planmäßig gefälscht. Es ist darum notwendig, eine selbständige unabhängige Anstalt zu haben, in der die Weltgeschichte gelehrt wird — und gelehrt wird, was die Weltgeschichte lehrt: die Gleichheit der Menschheit, die Solidarität des Menschengeschlechts — die Nichtigkeit der materialistisch-sozialistischen Weltanschauung. Dies in einem fortwährenden Vortrage, der mit dem jetzigen zusammen gedruckt werden soll, noch des näheren auseinanderzusetzen, behielt sich Redner vor, dessen Darlegungen die Anwesenden lebhaftesten Beifall zollten.

Nach einer Pause, die zur Anwerbung von Mitgliedern für die Arbeiter-Bildungsschule benutzt wurde, trat die Versammlung in eine Diskussion ein. Träger, Kontrolleur der Arbeiter-Santitätskommission für den Norden, führte aus seiner reichen Praxis verschiedene grelle Streiflichter auf die bestehenden hygienischen Mißverhältnisse vor. Zid, ein Schüler der Arbeiter-Bildungsschule, trat in warmer und bereber Weise für diese ein, an das Liebknecht'sche Wort erinnernd: Macht ist Wissen, Wissen ist Macht. Wagner widerlegte die Legende bestehender Gegensätze zwischen der Arbeiter-Bildungsschule und den Parteigenossen bzw. Parteiführern und nahm Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der Antrag auf Auflösung der Arbeiter-Bildungsschule von ihm nicht gestellt worden sei zu dem Zwecke, dieselbe zu stürzen, sondern nur zu dem Zwecke, dieselbe zu reorganisieren, den allgemeinen Wünschen entsprechend. Im übrigen richtete er einen dringenden Appell an die Parteigenossen, die Bildungsschule mit allen Kräften zu unterstützen. Nachdem auch Ludwig in demselben Sinne gesprochen, wurde die impetante Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiter-Bildungsschule geschlossen.

Die Generalversammlung der Arbeiter-Bildungsschule vom 4. d. M. hat, nachdem der Antrag Wagner auf Auflösung der Schule abgelehnt worden war, die Reorganisation der Schule in der von Platon beantragten Weise beschlossen. Die Elementarfächer, Buchführung und Rechnen, werden somit vom 1. April an nicht mehr gelehrt werden, und soll der Unterricht von diesem Datum an nur noch in Sozialen und zwar bloß in Nationalökonomie, Geschichte, Naturwissenschaften, Deutsch ertheilt werden, daneben sollen Diskussionsrunden abgehalten werden. Durch diese Beschlüsse hat man sich die Gausi derjenigen Parteigenossen wieder erworben, welche der Schule wegen der in ihr gelehrten Elementarfächer mehr oder weniger unsympathisch gegenüberstanden. Die Schule wird, da ihr Finanzstand, wie vom Vorsitzenden Platon des öfteren betont wurde, ein guter ist, weiter bestehen und bemüht sein, die Ansprüche der Berliner Arbeiterschaft zu befriedigen. Vor der eigentlichen Verhandlung wurden noch die elenden Lügenberichte der Berliner bürgerlichen Presse über die letzte Generalversammlung, des edlen „Lokal-Anzeigers“ natürlich an der Spitze, einer herben Kritik unterzogen. Braun kam im Laufe der Diskussion noch einmal auf diesen Punkt zurück und erklärte, daß es ihm ganz und gar nicht eingefallen sei, als Vertreter der Partei gesprochen zu haben, wie die bürgerlichen Organe sich zu sagen erdreiseten, sondern daß er nur seine persönliche Meinung über die Schule entwickelt habe.

Der Verband der Möbelpolier für Berlin und Umgegend hielt am 21. Januar eine Versammlung ab. Aus dem sehr ausführlichen Bericht des Kollegen Weber über die Thätigkeit des Vorstandes im vorigen Jahre ist als

seiner Stärke. Wohl tritt der Versuch wieder an sie heran, doch sie wiedersteht und denkt nur daran, fortan ihrer Liebe zu leben. Aber sie hat bei der Göttin Astarte, deren Priesterin sie ist, den Fährten der Philister geschworen, Simson in ihre Hände zu liefern, und es bleibt ihr keine Wahl als ihren Schwur zu erfüllen, wenn sie das Schlimmste von Simson abwenden will. Die Fährten geloben ihr, seines Lebens zu schonen und daß beide frei aus ein Landgut sich zurückziehen dürfen. Da sollen Simson's Locken, über die nie eine Schere gekommen, weil er ein Ge-weibter des Herrn war.

Jehovah hat seine Hand von ihm abgezogen, weil er sich selbst verlassen hat. Wie oft er gelangt und gegrollt, daß seine Heldenthaten nicht im Hande seien, sein Volk zum bewaffneten Widerstand gegen die Philister zu ermutigen! Als dann aber sein Volk endlich sich aufrafft und ihn ruft, da verpaßt er den günstigen Augenblick in den Armen Delilah's. Das ist seine Schuld. Delilah bündet die ihrige, indem sie der Uppigkeit von Gaga entragt und mit ihrer ehemaligen Sklavin Achsa hart für ihren Lebensunterhalt arbeitet. Eines Tages fährt der Zufall den blinden Simson in die Nähe ihrer Hütte; der boshafte Knabe, der ihn führte, entläßt ihn und bleibt hilflos zurück. Delilah, die ihr Gemwand nach Anabenart ordnet, wird seine treue Führerin, bittet für ihn und sorgt in jeglicher Weise für ihn. In dieser Demuth der Liebe erhebt sie sich höher als es der Ehrgeiz vermocht hätte. Beglückt durch seine Verzeihung, die er sich schwer abringt, fängt sie den nach ihm geschleuderten Speer des Philisterfürsten mit ihrem Leibe auf und stirbt in heiterer Seelengröße zu den Füßen des Geliebten, der sich selbst und damit seine Kraft wiedergefunden hat, und über sie und sich den Festpalast der Philister in Trümmern stürzt.

Die Schwierigkeit, welche der Bühnenkunst dieser unerläßliche Zusammenbruch des Palastes am Schluß des Stückes verursacht, und die Gefahr für die Darsteller, die damit verbunden ist, mögen wohl der Grund sein, warum das Stück bisher noch nirgends aufgeführt wurde, denn dankbarere Aufgaben als es die Darstellung dieser beiden in sich geschleuderten Speer des Philisterfürsten mit ihrem Leibe auf und stirbt in heiterer Seelengröße zu den Füßen des Geliebten, der sich selbst und damit seine Kraft wiedergefunden hat, und über sie und sich den Festpalast der Philister in Trümmern stürzt.

Die Schwierigkeit, welche der Bühnenkunst dieser unerläßliche Zusammenbruch des Palastes am Schluß des Stückes verursacht, und die Gefahr für die Darsteller, die damit verbunden ist, mögen wohl der Grund sein, warum das Stück bisher noch nirgends aufgeführt wurde, denn dankbarere Aufgaben als es die Darstellung dieser beiden in sich geschleuderten Speer des Philisterfürsten mit ihrem Leibe auf und stirbt in heiterer Seelengröße zu den Füßen des Geliebten, der sich selbst und damit seine Kraft wiedergefunden hat, und über sie und sich den Festpalast der Philister in Trümmern stürzt.

besonders erwähnenswert zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl um 200 gestiegen ist. Der Bericht des Kassiers ergab eine Einnahme von 917,88 M. und eine Ausgabe von 704,46 M., mithin ist ein Bestand vorhanden von 213,42 M. Die Einnahmen des Kassiers der Sachkommission betragen 219,82 M., denen eine Ausgabe von 124,05 M. gegenüberliegt, es verbleibt mithin ein Bestand von 94,77 M. Im Arbeitsnachweis wurden 882 Adressen abgegeben, arbeitslose Kollegen waren 604 eingeschrieben, mithin blieben unerledigt 279 Adressen. Die Bibliothek ist auch im vorigen Jahre wieder lebendiger vergrößert und im ganzen 180 Mal in Anspruch genommen worden. Die Abrechnung von der Extra-Vorstellung in der Urania ergab einen Ueberschuß von 36 M., wovon 20 M. den streikenden Schuhmachern und 16 M. den Tischlerkutschern überwiesen wurden. Verschiedene Beschwerden gegen den Arbeitsvermittler des Ostens wurden der Sachkommission zur Erledigung überwiesen.

Ein Antrag des Kollegen H. Suintner betr. Gründung einer Werkstatt-Kontrollkommission wurde dahin erledigt, daß die bereits bestehende Sachkommission die Werkstattkontrolle mit übernimmt und wurde dieselbe aus dem Grunde um fünf Mitglieder vergrößert.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Fingerring- und Stürzer Berlin und Umgegend hielt am 30. Januar seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Kassier Kollege Kühn erstattete zunächst den Kassierbericht vom letzten Vierteljahr, wonach eine Einnahme von 48,80 M. zu verzeichnen ist, der eine Ausgabe von 11,20 M. gegenübersteht, so daß ein Ueberschuß von 37,60 M. erzielt wurde. Der ganze Kassenbestand beträgt sonach 294,15 M. Außerdem ist noch ein Fonds von 120,25 M. vorhanden. Nachdem die Kassieren die Richtigkeit der Kasse bestätigt, wurde dem Kassier Decharge erteilt. Kollege Wagner ertheilte den Bericht des Vorstandes, wonach in dem Vierteljahr 6 Vereins- und 5 Vorstandssitzungen abgehalten wurden. Hieraus begründete Kollege H. Gürtler den Antrag des Vorstandes, wonach jedem arbeitslosen Kollegen 15 M. bewilligt werden sollten, und ersuchte um die Annahme des Antrages. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Alsdann fand die Vertheilung der Biletts zum Massenball statt. Nachdem noch verschiedene Werkstatt-Angelegenheiten geregelt waren, wurde die Versammlung geschlossen. Nächste Versammlung Dienstag, den 18. Februar 1894, Abends 8 1/2 Uhr, bei Stabernack, Pflaferstr. 49.

Die Schlarbeiter hielten am 3. Februar eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Jahn in einem längeren interessanten Vortrage die französische Arbeiterassoziation eingehend besprach. Vom Kollegen Baumgart wurde in der Diskussion angeregt, zur Gewerkschaftskommission einen Delegierten zu entsenden. Dem wurde von der Versammlung zugestimmt und der Kollege Köhler mit diesem Amt betraut. Zum Schluß wurde nach längerer Debatte über die Organisationsfrage vorgeschlagen, unter den Berliner lokalen Vereinen der verwandten Berufe eine lose Zentralisation herbeizuführen. Um diesen Punkt eingehender zu besprechen findet am Montag eine Vereinsversammlung statt; Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen ist es, in derselben zu erscheinen.

Polizeilich aufgelöst wurde am Sonntag, den 4. Februar, eine öffentliche, gut besuchte Schlächterversammlung. Der Referent Schwarz gab in seinem Vortrage ein ergreifendes Bild von der Lage der Schlächtergesellen und resümierte sich dahin, daß genau wie in anderen Gewerben auch hier alle Kleinbetriebe durch das Großkapital aufgezehrt werden. Die Schlächtergesellen sind die schlechtestgestellten Arbeiter. Bei 19 bis 20stündiger Arbeitszeit wird ihnen ein monatlicher Lohn von 9,50 M. zugestanden. Fast durchgängig leiden alle Schlächter an Rheumatismus, was zur Folge hat, daß 25 bis 30jährige Schlächtergesellen nicht mehr arbeiten können. Nicht besser geht es den Schlächtermamsellen, von Morgens 4 auch 5 Uhr bis Abends 10 bis 11 Uhr müssen sie für ein Monatsgehalt von 15 M. arbeiten. Der einzige Weg, hier endlich Wandel zu schaffen, ist die Organisation. Pflicht aller in Schlächterbetriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist es, sich der neugegründeten Vereinigung anzuschließen. Als in sich heranschließender Diskussion Wiener zum zweiten Male das Wort nahm, einmal um gegen den „Vorwärts“ zu Felde zu ziehen, dann aber, um mit bekanntem Revolutionsgeschnatter die alten Pfaffen von Selbsthilfe u. s. w. wieder aufzuwachen, erfolgte die Auflösung der Versammlung.

Eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung tagte am 4. Februar in Scheffer's Lokal in der Inselstraße. Da bei Öffnung derselben der Referent noch nicht anwesend war, gab zunächst der Vertrauensmann Giese die Abrechnung der Listen. Das Gesamtergebnis betrug 88,15 M. Eine lebhafteste Debatte rief die Bestimmung über die Verwendung dieser Summe hervor. Einige Redner waren der Meinung, davon die Kosten für die Eintragung der Gelder zu befreien, die die derzeitigen Vertrauenspersonen auf Listen gesammelt und heute, nach zwei Jahren, noch nicht abgeliefert haben, trotz vielfacher Aufforderung. Kollege Renntaler beantragte, die Angelegenheit mit den Reklanten einer dreigliedrigen Kommission zu überweisen, mit dem gesammelten Gelde aber den Verpflichtungen gegenüber dem Kollegen Jütlich nachzukommen. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag Renntaler angenommen, und die Kollegen Jahn, Mann, Klinge und Giese in die Kommission gewählt. Nunmehr nahm der unterdessen erschienene Referent Dr. med. Heyman zu seinem Vortrage „über die Revolutionswörter des Menschen und die moderne Gesellschaftsordnung“ das Wort. Eine Diskussion folgte dem mit lebhaftem Beifall ausgenommenen Vortrage nicht. Zum Schluß forderte der Vorsitzende auf, die nächsten Sonntag in der Andreasstraße stattfindende Versammlung der freien Vereinigung der Bauarbeiter recht zahlreich zu besuchen.

Briefkasten der Redaktion.

- U. L. Herzberg. Nichten Sie die Mittheilung an den Braunschweigischen „Volkstempel“ oder sonst ein Parteiblatt in Ihrer Nähe.
- J. E. Frankfurt a. M. Wenden Sie sich an den Verleger des Werkes, J. H. W. Ditz in Stuttgart. Vielleicht sieht Herr Ditz Sie mit dem Autor in Verbindung.
- G. M. Der Restaurateur hastet nicht, wenn Sie ihm kein mögliches Versehen nachweisen können.
- G. 500. Die Söhne allein sind die Ehen, wenn die Eltern nicht von Neuem die Ehe mit einander geschlossen hatten.
- Profetariat. Sie können die für den Kreditgeber vorausgelegten Krankenkassenbeiträge einlagern.
- W. 65. Die Mutter und die Geschwister, wenn der Bruder kinderlos verstorben.
- Fr. Macrinus. Das ist zweifelhaft.
- Weiter Ruhe. Die Verfassung können Sie gegen Ein-sendung von 2,20 M. durch uns beziehen.
- G. 6. Das „S. d. G.“ ist zu beziehen durch C. Legien-Hamburg, Zollvereins-Niederlage, Wilhelmstr. 13, und kostet 50 Pf. pro Quartal.
- Oesterreicher M. N. 102. Antrag beim Polizeipräsidium. Die Uebungen stehen nicht im Wege.
- H. H. Rein. Zeigen Sie dem Briefträger aber nicht an, denn die Unannehmlichkeiten, die er hat, sind ihm zu harte Strafe für seine harmlose Neugier.
- M. W. im Allgäu. 1. Das sind die Umlagen, die das Reich von den Einzelstaaten jährlich erhebt. 2. Berlin, Alte Jakobstraße 91. 3. Beauftragen Sie den Geschichtswissenschaftler Otto in Parna mit Zwangsvollstreckung. 4. Das kann bis 10 Mark kosten, wahrscheinlich aber weniger.
- S. 100. Rein.